

Renée Winter, Michael Rittberger,
Elke Renner, Florian Bergmaier

Widerstand

denkbar

sagbar

machbar

Schulheft 167/2017

StudienVerlag

IMPRESSUM

schulheft, 42. Jahrgang 2017

© 2017 by StudienVerlag Innsbruck

ISBN 978-3-7065-5617-0

Layout: Sachartschenko & Spreitzer OG, Wien

Umschlaggestaltung: Josef Seiter

HerausgeberInnen: Verein der Förderer der Schulhefte, Rosensteingasse 69/6, A-1170 Wien

Grete Anzengruber, Florian Bergmaier, Eveline Christof, Ingolf Erler, Barbara Falkinger, Peter Malina, Elke Renner, Erich Ribolits, Michael Rittberger, Josef Seiter, Michael Sertl, Karl-Heinz Walter

Redaktionsadresse: schulheft, Rosensteingasse 69/6, A-1170 Wien;

Tel.: +43/0664 14 13 148, E-Mail: seiter.anzengruber@utanet.at;

Internet: www.schulheft.at

Redaktion dieser Ausgabe: Renée Winter, Michael Rittberger, Elke Renner, Florian Bergmaier

Verlag: Studienverlag, Erlenstraße 10, A-6020 Innsbruck; Tel.: 0043/512/395045,

Fax: 0043/512/395045-15; E-Mail: order@studienverlag.at;

Internet: www.studienverlag.at

Bezugsbedingungen: schulheft erscheint viermal jährlich.

Jahresabonnement: € 37,00

Einzelheft: € 16,50

(Preise inkl. MwSt., zuzügl. Versand)

Die Bezugspreise unterliegen der Preisbindung. Abonnement-Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Aboservice:

Tel.: +43 (0)512 395045, Fax: +43 (0)512 395045-15

E-Mail: aboservice@studienverlag.at

Geschäftliche Zuschriften – Abonnement-Bestellungen, Anzeigenaufträge usw. – senden Sie bitte an den Verlag. Redaktionelle Zuschriften – Artikel, Presseaussendungen, Bücherbesprechungen – senden Sie bitte an die Redaktionsadresse.

Die mit dem Verfasseramen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Redaktion und Verlag keine Haftung. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Offenlegung: laut § 25 Mediengesetz:

Unternehmensgegenstand ist die Herausgabe des schulheft. Der Verein der Förderer der Schulhefte ist zu 100 % Eigentümer des schulheft.

Vorstandsmitglieder des Vereins der Förderer der Schulhefte:

Eveline Christof, Barbara Falkinger, Josef Seiter, Grete Anzengruber, Michael Sertl, Erich Ribolits.

Grundlegende Richtung: Kritische Auseinandersetzung mit bildungs- und gesellschaftspolitischen Themenstellungen.

INHALT

Vorwort	5
Conrad Schuhler	
Widerstand – Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft	11
<i>Demokratisierung der Wirtschaft – der entscheidende Kampf um die gesellschaftliche Macht zwischen Kapital und den bislang „Subalternen“</i>	
Eva Borst	
Trotz allem – Widerstand ist möglich	31
Michael Rittberger	
Buchbesprechung: Armin Bernhard: Pädagogik des Widerstands, Impulse für eine politisch-pädagogische Friedensarbeit	47
Melanie Groß	
Feministischer Widerstand aus post-/queer-/linksradikal-feministischer Perspektive	52
Elke Renner	
Buchbesprechung: Claudia Unterweger: Talking Back. Strategien Schwarzer österreichischer Geschichtsschreibung	68
Lisa Bolyos, Daniela Koweindl	
Wir protestieren	
Arbeitskämpfe von Erntearbeiter_innen in Österreich	73
Sonja Waldgruber, Herbert Waloschek	
Spass am Gerät	84
<i>Ein Weg zu mündigem, selbstbewusstem und kreativem Umgang mit Technik</i>	
Peter Malina	
Widerstand auf katholisch: Ungehorsam als Christenpflicht	93
Gudrun Blohberger	
Widerstandsgeist in Kärnten/Koroška	94

Erich Hackl

Alphabet mit Auslassungen 103

Stichworte zum Thema Heimat, Land, Widerstand

Erwin Riess

Vom Widerstand in Zeiten, in denen das Schreiben der Wahrheit nicht nur umfangreiche Recherchearbeit erfordert. 113

Anmerkungen zu Peter Weiss

Judith Goetz / stopptdierechten.at.

Antifaschismus geht uns alle an! 119

Lisl Rizy / Willi Weinert

„Nicht zittern, sondern kämpfen, nichts ist umsonst.“ 126

Autor_innenverzeichnis 134

Vorwort

Immer mehr Menschen werden aus demokratischen Prozessen ausgeschlossen, auch dort, wo man meint, in Demokratien zu leben. Steigende Armut und Hilflosigkeit auf der einen Seite, die Interessen autoritärer Machteliten auf der anderen Seite vermindern immer mehr eine Demokratisierung der Gesellschaft. Veränderungen wären möglich, sie können und müssen angedacht, kommuniziert und letztendlich umgesetzt werden. Dieses schulheft beschäftigt sich mit den Chancen, Widerstand auf verschiedenen Ebenen und aus unterschiedlichen Perspektiven zu leisten.

Conrad Schuhler knüpft an seine Ausführungen im schulheft 164 „Demokratie – kritische Reflexionen“ an und stellt die Fragen, wie der finanzpolitischen und ökologischen Krise zu begegnen sei. Legitimer Protest und Akte des zivilen Ungehorsams reichen mit dem gegebenen demokratischen Potential für eine Wende in eine solidarische Wirtschaft noch nicht aus. Die Beschäftigung mit historischen Versuchen lassen deren Mängel an Demokratie erkennen und den Schluss zu, dass Menschen in allen Dingen, die sie direkt betreffen, das letzte Wort haben müssten. Um eine radikale Wirtschaftsdemokratie zu erreichen, muss der „Markt“ als zentraler Steuerungsmechanismus überwunden werden. Das letzte Wort sollen nicht „Experten“ im Dienste des Kapitals haben, sondern die Menschen in ihrer Vielfalt und in ihren demokratischen Kollektiven. Zentrale Kategorien einer Demokratisierung in Wirtschaft und Gesellschaft sind „Solidarität/Kooperation/Demokratie“. In der heutigen Wirklichkeit können und müssen die Möglichkeiten wahrgenommen werden, konkretes politisches Handeln im Sinne der Verwirklichung dieser Prinzipien zu unterstützen und zu entwickeln und diejenigen Strukturen zu bekämpfen, die diese Grundsätze niederhalten.

Unter dem Titel „Trotz allem – Widerstand ist möglich“ steht *Eva Borst* zu einer Bildung, die phantasievolle Vorstellungskraft, kritisches Urteilsvermögen und Eigensinn den omnipotenten manipulativen Kräften des Kapitalismus entgegenhält. Die Fähigkeit zur Hoffnung birgt ein kritisches Moment und Potential zu Verän-

derung; Widerstand beruht in diesem Sinn „auf Empörung und Erkenntnis, auf Gefühl und Rationalität“, so Borst. Zentral in Borsts Beitrag ist die Auseinandersetzung damit, dass den Menschen im neoliberalen „Wunderland“ suggeriert wird, Selbstoptimierung sei notwendig, um die Last der Existenz im ausbeuterischen System aus eigener Kraft zu bewältigen. Der zunächst positiv klingende Begriff der „Resilienz“, ursprünglich in der Sonderpädagogik für die Entwicklung psychischer Widerstandsfähigkeit von so genannten „Risikokindern“ gebraucht, wurde mehr und mehr umgedeutet, um Menschen in Schulen und in der Arbeitswelt vorzugaukeln: „Alles wird wieder gut“. Resilienzförderung kann gewaltförmig sein, wenn sie als „Verbot der Klage und Gebot der psychischen Widerstandskraft“ als Stabilisierung neoliberaler Zustände fungiert. Im Zuge der Militarisierung des Begriffs „Resilienz“ erfolgte seine Ausdehnung auf den Nationalstaat: als Instrument eines Verteidigungsdiskurses einer Gesellschaft mit Führungsanspruch. Politische Aufklärung und Selbstaufklärung, Kritik und Selbstkritik als Folge einer humanistischen Bildung wären die Voraussetzung, diesen Entwicklungen entgegenzutreten, denn Bildung ist ein Instrument humanen Widerstandes. Kurz: „Bildung zielt auf Gegengesellschaft“ (Heydorn, Heinz-Joachim, 1995, Werke Bd.4, S.156)

Michael Rittberger rezensiert Armin Bernhards Buch „Pädagogik des Widerstands. Impulse für eine politisch-pädagogische Friedensarbeit“. Die *schulheft*-Redaktion setzt diese Besprechung aufgrund der wichtigen Thematik an Stelle eines Artikels, denn mit der Erkenntnis, Kritische Pädagogik sei immer schon politisch, widerständig und Erziehung zum Frieden, geht Bernhard von der Friedenserziehung der 1970er Jahre aus und entwickelt seine Theorie aus der Negation aller folgenden Friedenspädagogiken, die ihm als Verfallsgeschichte erscheinen. Das Ergebnis ist keine Handreichung für Pädagog_innen, sondern fordert heraus, Bernhards Gebäude weiter zu entwickeln und selbst am Projekt einer radikalen Pädagogik mitzuwirken.

Melanie Groß thematisiert Selbstverständnisse, Strategien und Ziele verschiedener feministischer Zugänge. Sie diskutiert die Aktivitäten, Auseinandersetzungsfelder und Handlungen von queerfeministischen, postfeministischen und linksradikal feministischen

Gruppen vor dem Hintergrund feministischer Theoriebildung der letzten Jahrzehnte. Aus der Beschäftigung mit komplexen Macht- und Herrschaftsformationen, die Geschlechter- und andere Ungleichheiten stützen und hervorbringen, entstehen so verschiedene, sich teilweise widersprechende, aber in permanenter Auseinandersetzung stehende Positionen und Strategien.

Elke Renner bezieht mit Hilfe einer Buchbesprechung über Claudia Unterwegers „Talking back – Strategien Schwarzer österreichischer Geschichtsschreibung“ den Widerstand gegen rassistische Diskriminierung und Ausgrenzung Schwarzer Menschen in Österreich als Themenschwerpunkt in die Reihe der Artikel dieser schulheft-Nummer ein. Unterweger gibt Einblick in die Arbeit der Recherchegruppe „Schwarze österreichische Geschichte“, in der Schwarze österreichische Aktivist_innen auf vielfältige Weise Gegenbilder und Selbstrepräsentationen aus emanzipatorischem Schwarzem Blickwinkel erforschen und präsentieren. Das Buch kann besonders Lehrenden helfen, die eigene Sprache, Haltung und ein entsprechendes gesellschaftliches Agieren nach mehr oder weniger versteckten Rassismen zu durchforsten.

Lisa Bolyos und *Daniela Koweindl* berichten über Arbeitskämpfe von Erntearbeiter_innen in Österreich. Die Arbeitsbedingungen auf den österreichischen Feldern sind – unabhängig von „bio“ oder konventioneller Produktion – geprägt von Prekarisierung und Ausbeutung. Selbst die im Kollektivvertrag vereinbarten Mindeststandards (wie zum Beispiel circa 6 Euro Nettostundenlohn) werden häufig nicht eingehalten. Für die Einhaltung dieser Rechte kämpft die Sezonieri-Kampagne, die von der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE), von Aktivist_innen und NGOs getragen wird.

Im Beitrag „Spas am Gerät. Ein Weg zu mündigem, selbstbewusstem und kreativem Umgang mit Technik“ stellen *Sonja Waldgruber* und *Herbert Waloschek* von CCC, Chaos Computer Club, einen Verein von und für Hacker und Hackerinnen vor, der sich hauptsächlich mit Datenschutz, Informationsfreiheit und Datensicherheit beschäftigt und für ein Menschenrecht auf Kommunikation eintritt. Seit zehn Jahren gibt es auch CmS, Chaos macht Schule, eine Initiative, die mit verschiedenen Bildungsinstitutionen zusammenarbeitet. CmS entpuppt sich als spannendes, mit Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern arbeitendes Projekt, das

den intellektuellen Reiz des Auslotens, des In-Frage-Stellens einerseits anspricht und einen kritischen und widerständigen Umgang mit Technik in Zeiten zunehmender (staatlicher) Überwachungsmöglichkeiten andererseits fördert.

Gudrun Blohberger verknüpft in ihrem Beitrag „Widerstandsgeist in Kärnten/Koroška“ die Recherche nach Familienfotos für die Ausstellung auf dem Peršmanhof in Bad Eisenkappel/Železna Kapla und die damit verbundene Zusammenarbeit mit der Zeitzeugin Ana Sadovnik (sie war eines der drei überlebenden Kinder des Massakers am Peršmanhof) mit Hintergrundwissen über die Zwischenkriegs- und NS-Zeit über die Zeit nach 1945 bis zum Staatsvertrag und die Auseinandersetzung mit der feindlich gesinnten deutschsprachigen Bevölkerung. Diese historischen Hintergründe zeigen eindrucksvoll die Notwendigkeit von Widerstand, die nach wie vor aktuell ist, wie es Blohberger in ihrem Schlusswort festhält: „Kärntner SlowenInnen müssen – wie andere Minderheiten auch – sich widersetzen und widerständig sein, sie müssen ihre Rechte einfordern, um nicht unterzugehen. [...] Wenn sie der Widerstandsgeist verlässt, sind sie verloren.“

Einfühlsam und unaufgeregt wie immer schreibt *Erich Hackl* sein „Alphabet mit Auslassungen – Stichworte zum Thema Heimat, Land, Widerstand.“ Welche Wohltat, welch ein Kontrast zur heute allgegenwärtigen Heimat Österreich-Hudelei! Hackl bringt uns Menschen nahe, die kraft ihrer Arbeit, ihrer Freundschaft und Solidarität liebenswert sind, sie leisteten oder leisten Widerstand gegen Gewalt, Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit. Es sind literarische Texte, Filme und Erinnerungen, in denen Hackl diese Haltung dokumentiert findet, in einem Reigen von namhaften Schriftsteller_innen bis zum „Loser“, der es ablehnt, das Leben für ein verpflichtendes Gewinnspiel zu halten. Die „Zuversicht“, die Hackl empfindet, wenn er die Geschichten dieser Menschen kennenlernt, vermittelt er uns mit seinem Text.

Erwin Riess nennt seinen Beitrag „Vom Widerstand in Zeiten, in denen das Schreiben der Wahrheit nicht nur umfangreiche Recherchearbeit erfordert. Anmerkungen zu Peter Weiss“. Selbst literaturschaffender und politischer Mensch, legt Erwin Riess die Schwerpunkte der kurzen Biographie von Peter Weiss und die Kommentare zu dessen Schaffen entsprechend fundiert und pointiert an. Die Ro-

mantrilogie „Die Ästhetik des Widerstands“ (1975–1981) sollte und könnte auch heute wieder Kultlektüre linker Studierender werden. Erwin Riess: „Mit dem Roman schuf Weiss ein überzeitliches Kompendium des Widerstands von Ausgebeuteten, Marginalisierten und Stimmlosen in der Weltgeschichte, ein stupender Gegenentwurf zur ewiggleichen Eliten-Geschichtsschreibung, in der die Millionen Sklaven und Ausgepowerten ausschließlich als Verfügungsmasse von Herrschaft erscheinen.“

Judith Goetz beschreibt die Arbeit und Zielsetzungen der Kampagne „Stoppt die Rechten“. Die Internetplattform dokumentiert rechtsextreme Vorfälle, informiert über aktuelle Entwicklungen rechtsextremer und neonazistischer Gruppen, über gesetzliche Handlungsmöglichkeiten dagegen und dokumentiert Gerichtsprozesse. Die Plattform, deren Weiterbestehen aufgrund des Ausscheidens der Grünen aus dem Parlament nicht gesichert ist, bietet außerdem Weiterbildungs- und Workshopmöglichkeiten an.

Lisl Rizy und *Willi Weinert* haben in Eigeninitiative und langer Forschungsarbeit in Briefen, Fotos und Dokumenten ungemein viele politische Opfer der terroristischen vernichtenden NS-Justiz vorgestellt. Aus diesen Quellen sprechen der widerständige Humanismus und die politische Überzeugung von Menschen, denen Widerstand gegen den Faschismus ein grundsätzliches Anliegen war. Rizy und Weinert stellen auch die Frage nach den Ursachen, warum es nach 1945 keinen politischen Willen und wenig Interesse in Österreich gab, sich mit dem politischen Widerstand zu befassen und verweisen, auch auf die gegenwärtige Notwendigkeit von Widerstand.

Dieses schulheft leistet es nicht, sich mit der geschichtspolitischen Bedeutung von Revolutionen zu beschäftigen, in der Hoffnung, dass das anlässlich der Jahre 2017/18 in anderen Publikationen passiert. Wir verweisen aber besonders auf die vielen Arbeiten von Hans Hautmann, die sich unter anderem in den Mitteilungen der Alfred Klahr-Gesellschaft (AKG) finden. Zum Thema Widerstand in Österreich möchten wir auch die wertvolle jahrzehntelange Arbeit des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) erwähnen und hoffen, dass Institutionen wie das DÖW und die AKG trotz der politischen Rechtsentwicklung in Österreich in ihrer Arbeit weiterhin gesichert sind.

Conrad Schuhler

Widerstand – Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft¹

Demokratisierung der Wirtschaft – der entscheidende Kampf um die gesellschaftliche Macht zwischen Kapital und den bislang „Subalternen“

Hans-Jürgen Urban spricht von der notwendigen „Regulierung“ des kapitalistischen Konkurrenzmechanismus (Urban 2013, 54), doch muss man sich darüber im Klaren sein, dass es mit dem Übergang von privatkapitalistischem Eigentum in demokratische Formen des Eigentums um die grundsätzliche Entmachtung des Großkapitals geht, nämlich um die Zurückdrängung der wirtschaftlichen Grundlage der politischen Macht dieses Kapitals. (Schuhler 2010, 15) Wird ihm der Zugriff auf die Produktionsmittel entzogen, verschwinden ihm im selben Maße die Mittel seiner politischen und ideologischen Dominanz. Das Großkapital ist erwiesenermaßen gewitzt genug, um diese existenzielle Gefahr zu erkennen. Es wird gegen jeden Versuch, in seine Eigentumsrechte einzugreifen, seine beträchtliche Klassenmacht mobilisieren. „Regulierung“ darf also nicht darüber hinwegtäuschen, dass es um einen Kampf gewissermaßen „in letzter Instanz“ geht. Mit der Entscheidungsgewalt über die Produktionsmittel wird eo ipso entschieden über die Macht in Staat und Gesellschaft.

Schon in den ersten Phasen dieses unvermeidbaren Konflikts – unvermeidbar, wenn man Demokratie und wirkliche Selbstbestimmung will – sieht sich die demokratische Bewegung den Hauptkräften des globalen Kapitals gegenüber. Die Große Krise hat vor allem den Finanzsektor in den Fokus gerückt, hat die Entmachtung der finanzpolitischen Eliten als eine Voraussetzung der Bewältigung der Krise auf die Tagesordnung gesetzt. Die ökologische Krise verlangt ihrerseits kategorisch die Demokratisierung des umweltzerstören-

1 Der Artikel ist ein mit Genehmigung des Autors für das schulheft ausgewählter Teil des isw-report Nr. 96, 2014: Conrad Schuhler, Widerstand – Kapitalismus oder Demokratie.

den „fossilistischen Kapitalismus“. Beide Gruppen führen aber das Kapital weltweit an und verfügen über die größten Mittel im politisch-ideologischen Kampf, die sie auch skrupellos einsetzen. In den „Fortune Global 500“ werden jährlich die größten Multis nach Umsatz und Profit aufgeführt. Unter den 100 (Umsatz-) Größten befinden sich 2012 aus dem direkt mit der „fossilistischen Produktion“ verbundenen Bereich 22 aus „Öl und Gas“ und 8 Automobilfirmen. Aus dem Sektor Banken/Versicherungen/Finanzdienstleistungen, also dem Zentrum des Finanzmarktkapitalismus, kommen 20 Unternehmen. (de.wikipedia.org/wiki/Fortune_Global_500) Der Stoß gegen die „Macht der Monopole“ richtet sich also von Anfang an gegen deren stärkste Fraktionen.

Das derzeitige demokratische Potential erzielt Wirkung, ist aber noch zu schwach, um diesen Kampf bis zur gesellschaftlichen Wende zu führen

Das derzeit aktive demokratische Potential ist stärker, als es die neoliberal dominierten Medien darstellen. Der Protest lebt also gerade in den Bereichen, in denen es direkt um die Macht des Finanzkapitals geht. Doch ist er noch zu schwach, die gesellschaftliche Maßgabe in Richtung solidarische Wirtschaft zu drehen. Der Hauptmangel ist das seit langem anhaltende Verharren der Gewerkschaften in Positionen der Sozialpartnerschaft und des Krisenkorporatismus. Die Gewerkschaften sind, vor allem in Deutschland, insgesamt weit davon entfernt, dem antineoliberalen Protest die „Macht der organisierten Lohnarbeit“ (Urban, 2013, 270) hinzuzufügen. Ohne eine aktive Rolle der Organisationen der Arbeiterbewegung in den Kämpfen um Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft ist dieser Grundsatzkonflikt aber nicht zugunsten der Demokratie zu entscheiden. Die arbeitenden Klassen sind das Zentrum des Nervensystems auch des Finanzmarktkapitalismus. Vorstellungen eines „virtuellen Kapitalismus“, der im Finanzsektor Profite eigener Macht kreieren könnte, haben sich spätestens in der Großen Krise als Illusionen herausgestellt. Profite, die nicht von der Realwirtschaft abgestützt sind, werden binnen Kurzem sich als Blasen herausstellen und platzen. Auch das neoliberal operierende Kapital ist auf die reale Leistung der Beschäftigten angewiesen. Andererseits ist das Kapital

zum Profitgenerieren nicht angewiesen auf die Haltung der als unnützlich und unproduktiv Ausgegrenzten oder noch Auszugrenzenden. Die gilt es, aus der Sicht des Kapitals, auf möglichst billige und konfliktarme Weise zu „entsorgen“. Solange die Beschäftigten und die Organisationen der Arbeiterbewegung in ihrer Mehrheit sich in dem Gefüge der kapitalistischen Produktion einordnen, läuft diese Produktion samt den Profiten und der ständigen Erstellung der materiellen und politischen Grundlagen der Hegemonie des Kapitals. Erst wenn sich die arbeitenden Klassen quer stellen und wenn sie zum Widerstand übergehen, kommt das neoliberale System in ernsthafte Schwierigkeiten.

Es gibt eine Menge Gründe, warum Gewerkschaften sich an diese Aufgabe nicht heranwagen oder nicht an sie herangehen wollen. Ein erster ist darin zu sehen, dass die Gewerkschaften sich in prinzipiellen Auseinandersetzungen mit dem Kapital in den letzten Jahrzehnten blutige Nasen geholt haben. Der letzte große Streik der IG Metall fand 2003 statt, als die Verhandlungen über die Einführung der 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland gescheitert waren. Nach vier Wochen brach z.B. die IG Metall den Streik ab, ohne dass ein Ergebnis erzielt worden wäre. Was Margaret Thatcher in England Mitte der 80er Jahre nach einem 12-monatigen, das ganze Land erschütternden Streik der Bergarbeiter gelungen war – nämlich das Ende einer kämpferischen Gewerkschaft – erreichte das deutsche Kapital binnen eines Monats quasi im Vorbeigehen. Verbündeter der Kapitalseite war die „öffentliche Meinung“: „Der ‚Spiegel‘ nannte den Streik absurd und gefährlich, die ‚Süddeutsche‘ sprach von Irrsinn, das ‚Handelsblatt‘ von Anmaßung und die ‚Zeit‘ von Machtspielen zum falschen Zeitpunkt.“ (Augstein, 2013, 235)

In der öffentlichen Meinung wie in den Augen der Beschäftigten waren die Gewerkschaften an einem Tiefpunkt ihres Ansehens und ihrer Gestaltungskraft angelangt. Nun, in der Großen Krise und ihren großen Auswirkungen, sprechen manche angesichts steigender Mitgliederzahlen von einer „Renaissance“ der Gewerkschaften. Nur – diese Wiedergeburt findet statt im Zeichen des Krisen korporatismus, der Beschwörung eines neuen Wir-Gefühls mit wachsender Opferbereitschaft auf Seiten der Beschäftigten und verringerter Einsicht in die Unvermeidlichkeit des Konflikts mit dem Neoliberalismus. Die IG Metall feiert diese Rolle als Partner eines wettbewerbs-

starken neoliberalen Deutschland: „Die Gewerkschaften hatten noch nie so einen großen Einfluss auf die Politik wie jetzt beim Koalitionsvertrag.“ (metallzeitung 1/2014) Die „Renaissance“ führt eher zu einer Intensivierung der „Partnerschaft“ als zu wachsender Kampfbereitschaft gegen den Klassengegner.

Der Untergang des realen Sozialismus ist ein weiterer Grund für das korporative Verhalten der Gewerkschaften. „Spätestens seit dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen real existierenden Sozialismus- und Kapitalismusmodellen fehlten auch den Gewerkschaften vielfach Lust und Fähigkeit, über die Leitidee der sozialen Marktwirtschaft oder eines marktwirtschaftlichen Keynesianismus hinauszudenken. Dabei erwies sich insbesondere die relativ unkritische Zuwendung zum Allgemeinplatz der sozialen Marktwirtschaft als programmatisch-strategische Selbstentwaffnung. Heute ist eine gewisse „programmatische Leere“ (Dörre, 2013 117) aufseiten der Gewerkschaften – wie der Linken insgesamt – nicht zu leugnen.“ (Urban, 2013, 250).

Nicht nur der reale Sozialismus, auch der zweite gesamtgesellschaftliche Großversuch, den Kapitalismus in seinen Grundlagen zu überwinden, das so genannte „skandinavische Modell“, war fehlgeschlagen. (Schuhler 2010, 25f) Der Meidner-Plan, 20 % der Profite der großen, besonders rentablen Unternehmen in überbetriebliche Arbeitnehmerfonds zu überführen, die von den Gewerkschaften verwaltet werden sollten, war in Schweden 1983 zu Teilen eingeführt, 1993 aber wieder annulliert worden. Heute regieren in Skandinavien neoliberale Imperative wie in allen Ländern des globalen Kapitalismus.

Wie die Widerstandskräfte mobilisiert werden können

Widerstand – das Gebot der Stunde

Die deutsche Verfassung räumt dem Widerstand einen hohen Rang ein. Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes lautet: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Zu der Ordnung, auf die hier verwiesen wird, gehört unter dem Rubrum „Die Grundrechte“ in Artikel 14: „(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.“ Nun ist die erste Frage: Dient der Gebrauch des Eigentums durch das große Kapital zugleich dem Wohle der Allgemeinheit? Die Fakten zeigen, dass dieser verbindliche Auftrag des Grundgesetzes von den Privateigentümern des Kapitals missachtet wird: 1) Von 2000 bis 2012 ist die Lohnquote, der Anteil der Beschäftigten am Volkseinkommen, gewaltig gesunken. Durch diese Veränderung der Verteilungsverhältnisse haben die Kapitalisten über eine Billion (= 1000 Milliarden) Euro in diesem Zeitraum mehr eingenommen, die abhängig Beschäftigten dieselbe Summe weniger. 2) Die ärmste Hälfte des Volkes hat weniger Einkommen als vor zehn Jahren, das reichste 1 % hat 48 % mehr. 3) Die obersten 10 % haben 66,6 % des Gesamtvermögens, die unteren 50 % ganze 1,4 %. Es drängt sich der Schluss auf, der Gebrauch des Eigentums in Deutschland durch die Kapitalisten dient nicht dem Wohl der Allgemeinheit, sondern dem Wohl der Reichsten zu Lasten der Allgemeinheit. (Vgl. isw-Wirtschaftsinfo 47)

Stellt sich die zweite Frage: Ist eine andere Abhilfe möglich als die des Widerstands gegen dieses Unrechtsregime? Womit die Kernfrage der Gewalt in der politischen Auseinandersetzung aufgeworfen wird. Wolfgang Kraushaar, Politologe am Hamburger Institut für Sozialforschung, lehnt den aktiven, sozusagen überlegalen Widerstand kategorisch ab: „Noch einmal zur Occupy-Bewegung. Ich halte wirklich nichts davon, Banken oder Börsen zu besetzen. Das Problem sind weder die Börsen noch die Banken – sondern deren politische Kontrolle. Der Verzicht auf Gewalt ist ein hohes Gut, in der Politik wie in den Protestbewegungen. Es gibt zivilisatorische Erzungenschaften, die einfach nicht zur Disposition gestellt werden sollten. Es kommt darauf an, die legitimen Protestpotentiale politisch zur Geltung zu bringen.“ (Augstein, 2013, 200)

Schon Kraushaars Axiom – das Problem seien nicht die Banken, sondern deren politische Kontrolle – trifft daneben, denn offenbar haben Banken und andere Finanzinstitute ihrerseits eine enorme Kontrolle über die Politik. Einer der wichtigsten Ursprünge der politischen Macht liegt nicht in den Parlamenten, sondern in den Zentralen der großen Konzerne und Unternehmerverbände. Sie beherr-

schen den „öffentlichen Diskurs«. So erreichen wir die nächste Frage: Sind die „legitimen Protestpotentiale“, die nach Kraushaar zur Geltung gebracht werden müssen, ausreichend, um die politische Lage in Übereinstimmung mit der Verfassung zu bringen? In diesem Zusammenhang auch: Was ist dann ein „legitimer“ Protest, ab wann ist er illegitim? Peter Schneider hat zu diesen Fragen im Mai 1967, ein Jahr vor dem „Mai 68“, in der Freien Universität Berlin eine Rede gehalten: „Wir haben in aller Sachlichkeit über den Krieg in Vietnam informiert, obwohl wir erlebt haben, dass wir die unvorstellbarsten Einzelheiten über die amerikanische Politik in Vietnam zitieren können, ohne dass die Phantasie unserer Nachbarn in Gang gekommen wäre, aber dass wir nur einen Rasen betreten zu brauchen, dessen Betreten verboten ist, um ehrliches, allgemeines und nachhaltiges Grauen zu erregen ... Da haben wir es endlich gefressen, dass wir gegen den Magnifizenzwahn und akademische Sondergerichte, gegen Prüfungen, in denen man nur das Fürchten, gegen Seminare, in denen man nur das Nachschlagen lernt, gegen Ausbildungspläne, die uns systematisch verbilden, gegen Sachlichkeit, die nichts weiter als Müdigkeit bedeutet, gegen die Verketzerung jeder Emotion, aus der die Herrschenden das Recht ableiten, über die Folterungen in Vietnam mit der gleichen Ruhe wie über das Wetter reden zu dürfen, gegen demokratisches Verhalten, das dazu dient, die Demokratie nicht aufkommen zu lassen, gegen Ruhe und Ordnung, in der die Unterdrücker sich ausruhen, gegen verlogene Rationalität und wohlweisliche Gefühlsarmut – dass wir gegen den ganzen alten Plunder am sachlichsten argumentieren, wenn wir aufhören zu argumentieren und uns hier in den Hausflur setzen. Das wollen wir jetzt tun.“ (Urban, 2013, 263)

Schneiders Philippika enthält einen Ton der intellektuellen Überheblichkeit gegenüber den „Nachbarn“, die besorgter um ihren Rasen als um die Wohlfahrt des vietnamesischen Volkes seien. Aber er trifft die fundamentale Frage: Was tun, wenn alles Argumentieren und Rasonnieren nichts nützt, um die öffentliche Meinung in lebenswichtigen Fragen zum Umschwung zu bringen? Dann sind Akte des zivilen Ungehorsams angesagt, das Sich-Setzen in Hausflure, vor Kasernen und AKWs, das Umzingeln von Banken, Behörden und Betrieben. Ohne solche Aktionen hätten die Schwarzen in den USA nicht mehr Gleichberechtigung durchgesetzt (Martin Luther

King), noch die Schwarzen in Südafrika ihre Autonomie (Nelson Mandela), noch Indien seine Unabhängigkeit gegenüber Großbritannien (Mahatma Gandhi). Ziviler Ungehorsam ist ein legitimer Protest in einem System „struktureller Gewalt“, wie sie der norwegische Friedensforscher Johan Galtung definiert: „Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung.“ (Galtung 1975, zitiert bei Augstein, 2013, 273) Diese Gewalt liegt in Deutschland vor, man muss sich ihr widersetzen. Wir reden also hier einem Widerstand das Wort, der sowohl die „legitimen Protestpotentiale“ entfacht als auch Akte des zivilen Ungehorsams einschließt.

Widerstand – trotz der Misserfolge der Vergangenheit und der aktuellen Übermacht der Gegenseite

Die Misserfolge der sozialistischen Versuche, die Niederlagen in großen Kämpfen gegen die Kapitaleseite, die ständig neu erfahrene Ohnmacht der unterlegenen Klassen und die anhaltende Zustimmung des Großteils der „Subalternen“ zu den neoliberalen Eliten auch in Zeiten schwerer Krisen hat auch Menschen, die sich lange gegen das kapitalistische Diktat zur Wehr gesetzt haben, schließlich in die Resignation getrieben. Sie stellen ihre Aktivitäten ein oder üben sie nur noch zaghaft aus.

Solche Haltungen sind nur zu verständlich. Aber sie sind trotzdem falsch. Die Theoretiker des gesellschaftlichen Fortschritts haben das Dilemma des großen Einsatzes und des ausbleibenden Erfolgs immer wieder aufgerollt. Rosa Luxemburg sagte zu „Protesten“: „Auch wenn sie in der Sache wirkungslos geblieben sind. Sie sind in den Gesamthaushalt unserer Gesellschaft eingegangen. Sie haben unsere Hirne wacher und unsere Herzen wärmer gemacht.“ Oskar Negt fügt hinzu: „Nicht immer ist das Gelingen das Entscheidende, sondern gerade das Unterlassen des Versuchs. Das hat etwas zu tun mit der Verkümmernung des überschreitenden Denkens. Adorno hat einmal gesagt, wer nicht weiß, was über die Dinge hinaus geht, der weiß auch nicht, was sie sind. (Negt 2013, 100) Der auf die Herstellung von Demokratie zielende Widerstand ist selbstverständlich auf Erfolg aus, aber in seinem Versuch reißt er bereits die

Defizite der Praxis und die Konturen der Alternative auf. Wer Widerstand leistet, verändert dadurch sowohl sich als auch die Umgebung, sein eigenes Bild der Welt und das der Mitmachenden, der Gegner, des Publikums. „Wenn eine Schranke gespürt wird, wurde sie bereits überschritten. Eine Maus, die in ihrem Kreis herumläuft, gefangen, und nicht an die Mauer stößt, erfährt ja gar nicht, dass sie gefangen ist. Aber der Gefangene, der gegen die Mauer trommelt, hat die Mauer bereits überschritten. Er ist noch nicht in Freiheit, aber er transzendiert trotzdem zur Freiheit.“ (Bloch 1970, 7)

Das Dilemma unserer Tage könnte darin gesehen werden, dass – in Blochs Worten – die Mäuse sehr wohl an die Mauer stoßen, aber die Gefangenen nicht mit den Fäusten dagegen trommeln, sondern ihre Gefangenschaft für gerechtfertigt halten und glauben, auch im Gefängnis ihre wesentlichen Wünsche realisieren zu können. In die Sprache der IG Metall und ihrer Auswertung der Beschäftigtenbefragung übersetzt: dass sich die Sicherung des Arbeitsplatzes, die Bewahrung der Gesundheit in der Arbeit, das menschenwürdige Erreichen der Altersgrenze und eine gute Rente in Kooperation mit der neoliberalen Gegenseite des Kapitals erreichen lassen. Die neoliberale Logik des globalen Wettbewerbs lässt aber diese Ziele, diese Sozialpartnerschaft nicht zu. Die Mauern rücken immer näher, das Gefängnis wird enger, es bleibt kein Raum für ein würdiges Leben, schon gar nicht für ein selbstbestimmtes.

Wirtschaftsdemokratie – das Ziel und der Weg dahin **Wirtschaftsdemokratie – „ein Verein freier Menschen“**

Wenn die Notwendigkeit einer solidarischen Wirtschaft und Gesellschaft zu begründen ist, beziehen sich die Befürworter, ob Marxisten oder nicht, gerne auf den Imperativ von Karl Marx, es müsse darum gehen, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEW 1, 385). Über das, was umzuwerfen ist, besteht weithin Übereinkunft. Was an seine Stelle treten soll, ist indes umstritten.

Marx selbst hat im „Kapital“ Umriss der neuen Gesellschaft entworfen: „Stellen wir uns, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten

und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben.“(MEW 23, 92). Schon hier melden sich bei nicht wenigen Zweifel und Widerspruch. Was soll das heißen, gemeinschaftliche Produktionsmittel, und was hat es zu bedeuten, wenn die individuellen Arbeitskräfte „als gesellschaftliche Arbeitskraft“ verausgabt werden? An anderer Stelle gibt Marx seine Antwort, nämlich dass „die Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen“ (MEW 25, 859 – diese und weitere Aussagen von Marx finden sich bei Fülberth (2013, 108 ff) auf der Basis des gemeinschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln auch gesellschaftlich festgelegt wird. Marx ist also für die gesellschaftliche Planung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit, von den zu befriedigenden Bedürfnissen bis zur Verteilung der Arbeitskraft und zur Entlohnung der Arbeiter.

Allerdings beginnen auch für Wirtschaftsdemokraten, die das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigen Produktionsmitteln für die Voraussetzung einer solidarischen Gesellschaft halten, hier die drängenden Probleme.

Das Spannungsverhältnis Plan und Markt – die Antwort: radikale Demokratie

Angesichts der anhaltenden Krise ist festzustellen, dass die Marktwirtschaft offenbar nicht für die „beste Allokation der Ressourcen“ sorgt. Seit den Zeiten von Adam Smith war die Behauptung der ökonomischen Effizienz die Rechtfertigung dafür, dass auch erhebliche Unterschiede bei Einkommen, Vermögen und gesellschaftlicher Stellung und Einfluss hinzunehmen wären. Doch erweist sich das System nicht nur als ungerecht und ausbeuterisch, es schadet auch der wirtschaftlichen Entwicklung. Aber kann eine Planwirtschaft das besser? Die bisherigen Versuche sozialistischer Planwirtschaften sind gescheitert. Als wesentliche Gründe sieht Raul Zelik, hierin im Mainstream linker Kritiker des realen Sozialismus, die „Verweigerung von unten“ und die ökonomische Ineffizienz: „Planungsökonomien, die Prozesse ex ante bestimmen, tendieren offensichtlich zur Statik. Als Produktionsbeziehungen komplexer wurden und die Vorhersehbarkeit von Prozessen abnahm, scheiterten die staatssozialistischen Planungsmechanismen.“ (Zelik 2009, 218)

Das ist eine Erklärung nach dem Muster, die Armut komme von der Poverté. Denn die Frage ist doch, wie kam es zur „Verweigerung von unten“, und hatten die Fehler der Pläne wirklich vor allem damit zu tun, dass alles so viel komplexer und unvorhersehbarer wurde?

Wir schlagen eine andere Antwort für das Scheitern des realen Sozialismus vor. „Der reale Sozialismus ist nicht gescheitert an den Prinzipien der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der gesamtgesellschaftlichen Planung, sondern vor allem an seinem entscheidenden Mangel, dem Fehlen von Demokratie. Dieses Fehlen hat viel zu tun mit seinem Geburtsfehler, dass die neue Gesellschaftsordnung nicht von demokratischen Massenbewegungen, sondern von Avantgarde-Parteien, Guerillas oder ausländischen Truppen eingeführt wurde. Dazu kamen erhebliche „endogene“ Fehler (und auch Verbrechen) der machtausübenden Parteien. Im Ergebnis: Es kann nicht darum gehen, Elemente des Marktes und der Konkurrenz in den Sozialismus einzubauen, sondern durchweg – von der zentralen Ebene bis in Betriebe und Wohnviertel – Demokratie durchzusetzen. Die Menschen haben zu entscheiden, was sie produzieren, und wie sie es verteilen.“ (Schuhler 2010, 31) Die „Verweigerung von unten“ rührt nach dieser Sicht daher, dass die „unten“ nicht oder nicht genügend zu den Entscheidern über die Bedingungen ihres Lebens wurden, weder in den großen gesellschaftlichen Fragen noch denen ihres betrieblichen und allgemeinen Alltags.

Nur zum Teil geht es darum, dass wirtschaftlich-technische Fragen an Komplexität zunehmen, an Vorhersehbarkeit entsprechend abnehmen. Dass die Menschen vor Ort, im Betrieb, in der Kommune, die letzte Instanz für Entscheidungen über ihre Arbeit und ihr Alltagsleben sein müssen, das ist das Entscheidende. Die zentrale Planung muss sich auf Anreize und Argumente zurücknehmen, sie kann keine Direktiven für die Menschen vor Ort anordnen. Wenn ich den Plan und die Potenzen der Menschen zusammenbringen will, müssen die Menschen über alle Dinge, die sie direkt betreffen, das letzte Wort haben.

Urban möchte in seinem Modell der Wirtschaftsdemokratie „die optimale Nutzung der Effizienzpotenziale des Marktes und der Demokratiepoteziale politischer Regulation“ vereinen. (Urban 2013, 260) So kämen „in einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung Markt und Wettbewerb sowie politische Planung und Regulation

zugleich zu ihrem Recht“. Er zitiert Peter von Oertzen, einen linken SPD-Vordenker der Wirtschaftsdemokratie: „Die Informationsgrundlagen und Orientierungsdaten sowohl für die privaten Unternehmensentscheidungen als auch für staatliche Rahmensetzung und direkten staatlichen Eingriff liefert die gesellschaftliche Rahmenplanung. Um sie zu ermöglichen, müssen Staat, Kommunen, öffentliche Institutionen und öffentliche Unternehmen ihre Prognosen und Projektionen, ihre Planungen und Aktivitäten auf allen Ebenen (Kommune, Region, Land, Bund) und in allen Politikfeldern koordinieren und zu einem einheitlichen nationalen Entwicklungsplan zusammenfassen... Wirtschafts- und Sozialräte können die Informationsgrundlage des staatlichen Handelns verbreitern, das gesellschaftliche Interesse verdeutlichen und auf diese Weise die Rahmenplanung wirklichkeitsnäher und flexibler gestalten.“ (Oertzen 2004, 405) Urban/Oertzen reduzieren ihr Modell von Wirtschaftsdemokratie zu einem größeren, nicht näher bestimmten Teil auf eine „demokratische Rahmenplanung“, die den nach wie vor zum großen Teil privaten Unternehmen die Informationen und die Anreize zu vernünftigem Handeln vorgibt. Damit fallen sie noch hinter die Vorstellungen eines „Konkurrenzsozialismus“ zurück, wie er in den 1930ern von Oskar Lange und Abba Lerner für die Sowjetunion entwickelt wurde. Danach waren, und das würde heute mutatis mutandis genauso für das Oertzen/Urban-Modell gelten, die sozialistischen Unternehmen nicht nur gehalten, ihren Gewinn zu maximieren, sondern zwei weitere Normen der Planbehörde zu beachten: „Minimalkostenkombination“ und „Produktpreis gleich Grenzkosten“. Dies sind zwei Maximen der klassischen Marktwirtschaft, wie der Höchstprofit zu erzielen ist, nämlich zu den geringsten Kosten und in der Ausstoßmenge bis zu dem Punkt, da das letzte Produkt noch seine Entstehungskosten hereinholt. „Das Modell definiert de facto die sozialistischen Unternehmen als staatlich gesteuerte Einheiten, die sich am Markt als reinrassige Konkurrenzmaschinen aufzuführen haben.“ (Schuhler 2010, 29)

So wäre es auch bei der von Urban gedachten Versöhnung von Markt und Plan, bei der es sich in Wahrheit um die Beibehaltung der Marktwirtschaft unter möglichst demokratischen Rahmenbedingungen und unter Einschluss eines größeren öffentlichen Sektors handelt. Die Unternehmen würden demnach, wenn der Markt das

bestimmende „Allokationsprinzip“ ist, ihre Tätigkeit am Markterfolg messen. Es geht aber gerade darum, von dieser Rationalität wegzukommen. Marktwirtschaft – d.h. Höchstprofit, Konkurrenz, Preiswettbewerb – führt zu ähnlichen Resultaten, gleich ob die konkurrierenden Unternehmen nach innen genossenschaftlich, als Aktienfirmen oder staatlich-gesellschaftlich auftreten. Der „Markt“ als Steuerungsinstanz ist das Hauptproblem. Auf jeden Fall lassen sich private Kleinbetriebe in eine Wirtschaftsdemokratie einbauen. Aber das Prinzip „Markt“ als zentraler Steuerungsmechanismus wirtschaftlicher Tätigkeit muss überwunden werden, an seine Stelle tritt die demokratisch ermittelte Entscheidung der Beteiligten – in den Betrieben, den Gemeinden, der Region und welche Ebenen auch immer notwendig sind. Das Geheimnis einer erfolgreichen Wirtschaftsdemokratie ist radikale Demokratie – nicht die Verschmelzung von Plan und Markt.

Die vielfachen Ebenen der demokratischen Entscheidung

Wie und wohin auch immer der Weg der Demokratisierung der Wirtschaft verläuft, er muss auf zahlreichen Ebenen beschritten werden. Das hat einmal eine „lokale“ Dimension – in welcher Region oder Institution (z.B. Betriebe) und mit welchen Teilnehmern hat Demokratie stattzufinden? Zum anderen stoßen wir auf die Frage des Inhalts der demokratischen Prozesse – worauf beziehen sich die Entscheidungen?

Die Demokratisierung der Politik – die Lehren der Pariser Kommune

Wenn wir mit dem Zweiten beginnen, so ist zunächst festzustellen, dass es keine Demokratisierung geben kann, die sich auf die Ökonomie beschränkt. So wie im Neoliberalismus die politische und ideologische Macht im Wesentlichen von Mittelsmännern und -frauen des großen Kapitals und in seinem Interesse ausgeübt wird, so muss in einer solidarischen Gesellschaft die Macht in Wirtschaft und Gesellschaft, und damit auch im politischen Sektor, prinzipiell und praktisch vom Volk ausgeübt werden. Dabei geht es nicht einfach darum, den Staatsapparat nun demokratisch zu kontrollieren. Bei der Analyse der „Pariser Kommune“ von 1871 stellte Marx fest, dass das Volk „nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen

und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen“ konnte. (MEW 17, 336) Er sah in der Kommune die „endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen kann“. (MEW 17, 342) Als wesentliche politische Prinzipien stellte er heraus: „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht ein parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit... Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt.“ (MEW 17, 339)

Die Kommune wurde nach knapp drei Monaten militärisch zer schlagen. 25.000 Kommunarden kamen dabei ums Leben. Trotz der Kürze des „Experiments“ scheinen diese Erfahrungen der „Kommune“ für Konzepte der Wirtschaftsdemokratie heute wichtig:

- In einer demokratischen Gesellschaft gehört die Verfügungsmacht über Wirtschaft wie über die politischen Institutionen in die Hand des Volkes. Es muss das „territoriale“ Prinzip gelten, die Einheit von Arbeiten, privatem und gesellschaftlichem Leben; und über alle Dimensionen muss frei und demokratisch entschieden werden, nicht nur von den Arbeitern in den Betrieben, sondern von allen Bürgerinnen und Bürgern.
- Die alten Formen des Parlamentarismus, die Trennung des Wahlbürgers von der effektiven Staatsmacht, muss aufgehoben werden. Die vom Volk Gewählten müssen auch zuständig für die Verwaltung sein, und sie müssen ständig von den Gewählten kontrolliert und abgesetzt werden können. (Schuhler 2010, 21)

Die Erfahrungen der Rätebewegung in Deutschland 1918/19 – wo bleiben die Menschen außerhalb der Betriebe?

Allerdings darf man nicht übersehen, dass die Kommune nicht nur zeitlich, sondern auch örtlich einen sehr begrenzten Rahmen hatte. Sie bezog sich nur auf Paris, also einen Raum, der von den Einwohnern im Alltag erlebt wurde, den sie kannten, wo sie kenntnisreich

waren und entscheidungsfähig. Schon die Rätebewegung in Deutschland 1918/19 stand angesichts des weit größeren Raumes vor dem Problem der Verzahnung der verschiedenen Ebenen. Die bisherige parlamentarische Struktur sollte durch eine Pyramide von Arbeiterräten ersetzt werden. (MEW 17, 344) In den Betrieben sollten Betriebsräte gewählt werden; Berufstätige, die nicht in Betrieben erfasst sind, und Selbständige wählen auf Bezirksebene „gemeinschaftliche Berufsräte“. Aus diesen Betriebs- und Berufsräten sollten auf Branchenebene „Bezirksgruppenräte“ gewählt werden, die Delegierte in die „Reichsgruppenräte“ entsenden, wo die Branchen auf nationaler Ebene organisiert sind. Diese Reichsgruppenräte wählen ihrerseits einen „Reichswirtschaftsrat“, der für die allgemeine zentrale Planung zuständig ist. Auch die Rätebewegung wurde nach wenigen Monaten militärisch zerschlagen, konnte also ihre Räteideen nicht entfalten und einer geschichtlichen Bewährungsprobe unterziehen. Dennoch lassen sich für die heutige Diskussion über Wirtschaftsdemokratie einige wichtige Kritikpunkte ableiten (Demirovic 2009, 199ff).

1. Das Konzept konstituierte den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter zum politischen Träger des Gemeinwohls. Wie steht es mit der Teilhabe derer, die nicht als Produzenten an der „sozialen Fabrik“ teilnehmen (Menschen in Ausbildung, Hausarbeit, Kranke, Alte etc.)?
2. Es birgt die Tendenz zum Ökonomismus. Wichtige gesellschaftliche Fragen – z.B. Sicherheit, Medien, Verkehr, Energie, Gesundheit, Kultur – stehen in vielem gewissermaßen quer zu rein ökonomischen Fragen und Interessen. Wie werden solche Interessen im Entscheidungsprozess mit dem nötigen Nachdruck vertreten?
3. Es trägt auch die Gefahr in sich, den Menschen vor allem als ökonomischen Leistungsträger anzusehen. Das Recht auf Muße, auf „gute Arbeit“, auf Privatheit, auf mehr Freizeit kann in Widerspruch geraten zu den Zielen immer höherer Pläne der Arbeitskollektive.
4. Schließlich bleibt die Frage, auch wenn in der ganzen Struktur stets von unten nach oben gewählte VertreterInnen entscheiden, wie die Menschen in Betrieb und Gemeinde wirklich an den Entscheidungen der zentralen Gremien teilnehmen können und die-

se nicht nur in Form von Kennziffern entgegen nehmen. In einer weit verzweigten und sozio-ökonomisch komplexen Struktur erweist sich als zentrales Problem, effektive Entscheidung einerseits und Demokratie durch die Basis zusammen zu bringen. (Schuhler 2010, 22)

Lehren für heute – alle einbeziehen und für alle private Räume frei lassen

Aus dieser Kritik ergeben sich entscheidende Konsequenzen für das Konzept der Wirtschaftsdemokratie:

1. Das schon von Marx in seiner Kommune-Analyse angemahnte „territoriale Prinzip“ muss angewendet werden – neben die Betriebe treten Kommunal- und Stadtteilräte, in denen auch VertreterInnen von Sozialverbänden, Wohnungsgenossenschaften, Bürgerinitiativen usw. ihren Platz haben müssen.
2. Auf allen Ebenen müssen Verbände und Bürgerinitiativen beteiligt sein, die sich in gesellschaftlichen Fragen engagieren, die nicht unmittelbar mit Produktion und Wirtschaft zu tun haben, von der Gesundheit über den Verkehr bis zur Medien- und Bildungspolitik.
3. Es müssen bewusst Freiräume bemessen werden, wo die Bürger vor Zumutungen und Ansprüchen der Planungen geschützt sind. Dafür muss es gesetzliche Regelungen geben und ein demokratisch organisiertes Amt, das auf die Einhaltung der privaten Räume drängt.
4. Wirtschaftsdemokratie kann nur funktionieren, wenn die verschiedenen Bereiche und Ebenen in einem ständigen Diskussionsprozess stehen. Wenn eine Ebene ihre Entscheidungen getroffen hat, gehen diese in die Entscheidungsfindung der nächsten ein. Wenn die zentralen Entscheidungen gefallen sind, werden viele Abstriche an den ihren zu verzeichnen haben. Die zentralen Vorgaben müssen deshalb auf Reaktion der „unteren“ Stellen ausgerichtet, dürfen im ersten Schritt nicht „ultimativ“ sein. Es wird stets ein mühsamer und konfliktreicher Prozess sein. Die zentralen Festlegungen können auch im letzten Schritt nicht ultimativ sein. Sie sind nur Anregungen, benennen Voraussetzungen und Konsequenzen der Entscheidungen der betrieblichen/regio-

nalen Instanz, geben einen Spielraum für örtliche Entscheidungen an. Das letzte Wort über diese Entscheidungen hat die Basis.

Globalisierung – neue Ebenen der Entscheidung – Europa und die Nationalstaaten

Alle diese Entscheidungen zusammenzuführen, die Konflikte durchzustehen und schließlich Vorgaben zu schaffen, mit denen sich die Menschen in den verschiedenen Bereichen identifizieren können, ist eine gewaltige Herausforderung, die unter den modernen Bedingungen der Globalisierung noch zunimmt. Jetzt geht es nicht mehr nur darum, die Ebenen Betrieb, Kommune, Region, Staat zu verzahnen, sondern nun kommt die internationale Ebene dazu. Die großen Unternehmen in Deutschland sind alle „Multis“, Transnationale Konzerne (TNK). Siemens hat Produktionsanlagen und Verkaufsunternehmen in über 190 Ländern, ist so global wie die Vereinten Nationen. Die Beschäftigten aller dieser Nationen müssen nicht nur in die lokalen Betriebsräte, sondern auch in den zentralen Betriebsrat des Unternehmens. Sie sind das in der Regel auch heute schon im kapitalistischen Siemens-Unternehmen; das Problem wird insofern aber komplizierter und zugleich lösbarer, als es auch um das Ziel der Rückführung des multinationalen Kapitals von heute in Formen lokalen gesellschaftlichen Eigentums geht. Weit über die Hälfte des deutschen Kapitals der größten deutschen Konzerne (DAX-Konzerne) ist im Eigentum von Ausländern. Der Transnationalitätsindex der großen TNK, d.h. Aktienbesitz, Beschäftigte, Umsatz in der Hand von Akteuren außerhalb der eigenen Nation, liegt bei über 60 %. (UNCTAD I). Das uns entgegentretende Kapital ist globales Kapital. Die Institutionen der Globalisierung haben einen überragenden Einfluss auf die Abläufe in den einzelnen Ländern. Die EU bestimmt mit dem Fiskalpakt, die EZB mit ihrer Zinspolitik, der Internationale Währungsfonds mit seinen Krediten und Auflagen Grundlagen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in den einzelnen Ländern. Wenn wir Produktion, Mehrwertproduktion und Verteilung der Produkte demokratisieren wollen, wenn es darum geht, mit tiefgreifenden sozialen, ökologischen und demokratischen Reformen eine Alternative zum Neoliberalismus durchzusetzen, dann müssen wir dies im globalen Maßstab angehen.

Der Mensch als Gestalter seines Schicksals – ein hoher Anspruch

Auf die Frage nach seiner Haltung zum Sozialismus hatte der englische Bonvivant und Schriftsteller Oscar Wilde seinerzeit geantwortet, er möge ihn nicht, er bedeute zu viele Versammlungen. Was würde er angesichts der Anforderungen an die Mitglieder einer solidarischen, demokratischen Gesellschaft sagen, die in den verschiedensten Bereichen und auf mehreren Ebenen untereinander und mit den Vertretern anderer Bereiche und Ebenen zu verhandeln und zu entscheiden haben? Er würde abwinken, sich auf die Unterhaltungen im privaten Klub und seine ironischen Texte konzentrieren und die politischen Entscheidungen den zuständigen Eliten seiner Klasse überlassen.

Diese Alternative haben die „Subalternen“ von heute nicht. Sie wollen endlich ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, die wesentlichen Entscheidungen über Arbeit und Kultur, über Daseinsvorsorge und Gesellschaftsplanung selbst treffen. Das bedeutet, dass sie sich auskennen, sich informieren, sich einbringen in die Diskussionen, Konflikte aushalten, Kompromisse zwischen den vielen unterschiedlichen Meinungen finden und effektiv vertreten. Der mündige, nicht mehr erniedrigte, nicht mehr verächtliche Mensch, um die Marx-Begriffe aufzugreifen, wird ein vielbeschäftigter Zeitgenosse sein.

Der von Wilde befürchteten Überforderung kann er aus zwei Gründen begegnen. Zum ersten geht es bei allen Diskussionen und Entscheidungen um sein Ureigenes, um die Bedingungen und konkreten Ausformungen seines Lebens und das seiner Kinder, FreundInnen, KollegInnen. Nicht abstrakte Lehrstunden eines Seminars stehen an, sondern die Grundlagen seiner Existenz. Es ist zu erwarten, dass die Entscheidung über die eigene Altersvorsorge den Menschen in einer solidarischen Gesellschaft mehr interessiert als die Quizfragen von „Wer wird Millionär?“ Der Unterschied zu heute liegt darin, dass in einer wirklichen Demokratie auch wirklich jeder eingreifen kann in die Entscheidungsfindung. Über das eigene Leben wirklich zu entscheiden ist spannender, als Quiz-König oder Shopping-Queen zu werden. Der Rückzug ins Private, in Entertainment und Event-Begeisterung hat wesentlich damit zu tun, dass die Menschen in der

Politik nichts zu sagen haben. Der zweite Punkt bezieht sich auf die intellektuelle Anstrengung, die von den Menschen zu erbringen ist. Wer über Energiefragen mitentscheidet, sollte Bescheid wissen über den Zustand der Energieträger, über Trassenführung der Leitungen, über Gefahren der Atomenergie und den CO₂-Ausstoß der Kohlekraftwerke usw. Ähnliches gilt für Arbeitspolitik, für die Fragen von Gesundheit, Vorsorge, Bildung, Medien, Ernährung, Recht, Verteidigung, Verkehr und einiges mehr. Hier lauert die Gefahr einer neuen Expertokratie, diesmal unterm Mäntelchen demokratischer Teilhabe. Franz Walter und die Seinen haben belegt, dass in den entsprechenden Bürgerinitiativen heute die vorderen Ränge von AkademikerInnen besetzt sind, die Rede ist von expert citizens. Der Mensch hat umso mehr Mitsprache, je größer seine Expertise ist. Dieser Gefahr kann begegnet werden – auch heute müsste das schon ein Anliegen der Initiativen sein – indem die Experten zu bloßen Dienstleistern der Entscheidenden gestuft werden. Das letzte Wort haben die Menschen in ihrer Vielfalt und Nicht-Expertenhaftigkeit. Hier gilt Bob Dylans Wort: You don't need to be a weatherman to know where the wind blows – Du musst kein Meteorologe sein, um zu wissen, woher der Wind weht. Du musst nicht wissen, wie ein Atom zusammengesetzt ist, um zu verstehen, dass Atomkraft verschwinden muss. Du musst nicht die Einzelheiten der Palliativmedizin kennen, um zu entscheiden, dass und wie die Altersvorsorgeregeln human verändert werden. Du musst kein Studienrat sein, um zu wissen, welche Änderungen in einem demokratischen Bildungssystem vorzunehmen sind. Um nicht missverstanden zu werden: Experten sind notwendig, doch liegt die Entscheidung bei den demokratischen Kollektiven und die sind dazu sehr wohl imstande.

Das Ziel ist ein Orientierungspunkt – die konkrete Ausformung ergibt sich aus den Kämpfen dorthin

Die Spannung zwischen Weg und Ziel ist eine Grundfrage der radikaldemokratischen Bewegung. Marx und Engels haben sie so beantwortet: „Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach sich die Wirklichkeit zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen erge-

ben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung. (MEW 3, 35) So steht es auch mit dem Ziel, das wir mit „Wirtschaftsdemokratie“ bezeichnet haben. Die Zielsetzungen sind Orientierungspunkte für das politische Handeln. Dieses hat unter der Vorherrschaft des Kapitalismus stattzufinden. Schon dieser prinzipielle Klassen-Kampf ist in seinem Ausgang offen. Eine „Naturgesetzlichkeit“, nach der die ausgebeuteten Klassen den Kapitalismus aufheben würden, ist nicht gegeben. Rosa Luxemburg sprach von der Alternative „Sozialismus oder Barbarei“. Sollte es nicht gelingen, den Kapitalismus durch eine solidarische Gesellschaft abzulösen, wäre diese Barbarei eine generationenlange, immer härter werdende Niederdrückung der „Subalternen“ durch den herrschenden Kapitalismus, die zu erwartende Zukunft. Fassen wir unseren Kerngedanken zur Wirtschaftsdemokratie in diesem Kontext zusammen:

„Es geht zwar einerseits um ein Ideal, das wir erreichen wollen in Wirtschaft und Gesellschaft. Aber wie wir dahin gelangen, müssen wir von den Möglichkeiten abhängig machen, die in der heutigen Wirklichkeit stecken, um zu diesem Ideal zu gelangen. Wenn das Ideal sich zusammensetzt aus den Kategorien „Solidarität/Kooperation/Demokratie“, dann geht es um zweierlei: 1) Alle Strukturen zu bekämpfen, die solche Prinzipien niederhalten – das wäre dann die ‚Negation des Kapitalismus‘. 2) Alle Elemente und Strukturen, die in die ideale Richtung weisen, zu unterstützen und zu entwickeln.“ (Schuhler 2010, 31)

Literaturverzeichnis

- Augstein, Jakob: Sabotage. Warum wir uns zwischen Demokratie und Kapitalismus entscheiden müssen. München 2013
- Beigewum 2012 – Beigewum (Hrsg): imagine economy. Wien 2012
- Bloch 1970 – Bloch, Ernst: Marx als Denker der Revolution. In Bloch u.a.: Marx und die Revolution. Frankfurt/Main 1970, S. 7–11
- Demirovic, Alex: Räte-demokratie oder das Ende der Politik In: Prokla, Jg. 39 (2009), Nr. 2, S. 181–206
- Dörre 2013 – Dörre, Klaus / Happ, Anja / Matuschek, Ingo: Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Hamburg 2013
- Fülberth 2013 – Fülberth, Georg: „Das Kapital“ kompakt. Köln 2011/2013
- Kraushaar 2012 – Kraushaar, Wolfgang: Der Aufruhr der Ausgebildeten. Hamburg 2012

- MEW 1 – Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Marx-Engels-Werke, MEW 1, 378–391
- MEW 3 – Marx; Karl / Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie. MEW 3
- MEW 17 – Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich. MEW 17, 313–365
- MEW 23 – Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals. MEW 23
- Negt, Oskar 2013 – „Wir müssen uns erinnern“. Gespräch mit Oskar Negt. In: Augstein, aa.O., S. 99–105
- Oertzen 2004 – Oertzen, Peter von: Wirtschaftsdemokratie – Umriss eines Konzepts. In: Buckmiller/Kritidis/Vester (Hrsg): Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft. Hannover, S. 73–99
- Schuhler 2010 – Schuhler, Conrad: Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung. isw-Report Nr. 79 (Januar 2010)
- Schuhler 2010 – Schuhler, Conrad: Die Mär von der Zähmung der Finanzmärkte. isw-Report Nr. 82 (November 2010)
- Urban 2013 – Urban, Hans-Jürgen: Der Tiger und seine Dompteure. Hamburg 2013
- Zelik 2009 – Zelik, Raul: Nach dem Kapitalismus: Warum der Staatssozialismus ökonomisch ineffizient war und was das für Alternativen heute bedeutet. In Prokla 155, 207–228

Weitere Artikel für die Politische Bildung finden Sie unter:
www.isw-muenchen.de

Eva Borst

Trotz allem – Widerstand ist möglich

Bildung entbindet den Gedanken an Widerstand, sie „verführt“ geradezu zum Widerstand (vgl. Winkler 2016, S. 27), weil sie eine Kreativität freizusetzen vermag, die sowohl einer phantasievollen Vorstellungskraft als auch einem kritischen Urteilsvermögen zu verdanken ist. Uneingeholt von jeglichem Versuch der Steuerung und Kontrolle, entfaltet sie sich subversiv in denjenigen Subjekten, die das Risiko der Selbstentfremdung bereitwillig und bei klarem Verstand in Kauf nehmen und ebenso eigensinnig wie selbstbestimmt der Konformität entratend sich in einer Welt voller Widersprüche auf die Suche nach den Spuren von Freiheit und Humanität begeben. Wenngleich auch Barrieren, hoch aufgerichtet und von omnipotent sich wahnenden Wächtern abgesichert, diese Spurensuche zu verhindern trachten, wenngleich auch das Bildungssystem seinen Dienst zum Gefallen der Wirtschaft allzu fraglos und devot verrichtet und die manipulativen Optimierungsexperimente kein Ende zu finden scheinen, so ist doch gewiss, dass Bildung, ist sie einmal in Gang gesetzt, dazu beitragen kann, Sand ins Getriebe der gut geölten Maschinerie zu streuen.

Dies, weil die selbsternannten Bildungsexperten in Politik und Wirtschaft die Rechnung *ohne* das Subjekt machen, das etwa für Helmuth Plessner der *homo absconditus*, der unergründliche, mithin auch jeder Fremdbestimmung enthobene Mensch ist. (Vgl. Plessner 1983, S. 134) In den alpträumerhaften Vorstellungen der Bildungsexperten allerdings existiert das Individuum nicht mehr als Mensch mit dem vitalen Bedürfnis nach Anerkennung seiner Freiheit und Würde, sondern nur noch als algorithmisierte Kennziffer oder gar als Störfaktor, der, um schnell wieder zur Totalität der Einheit zurückkehren zu können, effizient zu beseitigen ist. Diese Einheit ist zwar auf die Unterschiedlichkeit ihrer Teile angewiesen. Sie bleibt aber Stückwerk, weil sie, willfährig den partikularen Interessen einzelner ausgeliefert, alle Menschlichkeit vermissen lässt.

Menschenverachtung freilich führt durchaus nicht zur erwarteten Systemanpassung, sondern über kurz oder lang zur Zerstörung

des Systems selbst; möglicherweise in einem eruptiven Ausbruchsvorfall, vielleicht aber auch in einem originellen, einfallreichen Protest, der *Hoffnung* auf die Herstellung einer Ordnung macht, deren Priorität nicht nur soziale Gerechtigkeit ist, sondern in der der Kampf um soziale Rechte als legitimer Ausdruck menschlicher Freiheit gewürdigt wird. Da der neoliberale Kapitalismus im Begriff ist, die sozialen Rechte, wie sie u.a. in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* festgelegt sind, in Frage zu stellen, ist der Kampf um sie eine existenzielle Notwendigkeit.

Denken wir über *Hoffnung* nach. Sie ist es, die dazu verhilft, ein Bewusstsein über diejenigen gesellschaftlichen Mängel zu schaffen, die den Albtraum zur Realität werden lassen. Hoffnung, so, wie sie einst von Ernst Bloch verstanden wurde, ist nicht etwa naive Zuvorsicht. Sie ist unverzichtbar das kritische Moment in einer Situation der Ungerechtigkeit, die für die Erkenntnis steht, dass Macht und Herrschaft immer schon ihr Gegenteil enthalten und daher höchst instabil sind. Hoffnung ist die Kraft, gewissermaßen das energetische Potenzial, zur Veränderung. Wenn keine Hoffnung bestünde, wenn sich alles auflösen würde in einem lähmenden Defätismus, dann könnten wir weder aus der Vergangenheit noch aus der Gegenwart schöpfen, noch unsere Zukunft perspektivisch entwerfen. Die Hoffnung treibt, wenngleich auch immer am Rande des Abgrunds, den Prozess der Veränderung an. Hoffnung wirft ihr Licht in die Zukunft, die jeder Zeit als offen zu begreifen und daher in historisch-gesellschaftlicher Verantwortung zu gestalten ist. Auch auf das Risiko des Scheiterns hin darf Zukunft nicht verdunkelt werden, etwa in angsteinflößenden Indoktrinationen, in ideologisch verblendender Perspektiv- und Alternativlosigkeit.

Insbesondere das Eingeständnis des Scheiterns und die Reflexion auf die Fehler, die jedem Scheitern anhaften, stellen nicht nur das dynamische Moment der Veränderung dar, sondern sie sind die Signaturen der Menschlichkeit überhaupt. Diese anthropologische Bedingung des Menschen, so bitter sie zuweilen im Ergebnis auch sein mag, unterscheidet ihn von den Maschinen. Eine Maschine braucht zu ihrem optimalen Betrieb das passgenaue Ineinandergreifen ihrer Einzelteile. Abweichungen erscheinen als funktionale Störungen. Die individuelle und gesellschaftliche Unvollkommenheit ist aber weder eine ontogenetische noch phylogenetische Störung,

sondern die notwendige Voraussetzung zur Reflexion auf die menschlichen Angelegenheiten, die zu jeder Zeit verändert und verbessert werden können. In der steten Erinnerung an die eigene Unvollkommenheit liegt denn auch der Kern zur Erkenntnis, die aber, will sie nicht zum bloßen Instrument verkommen, der schieren Funktion angepasst, stets sich dialektisch mit der Erfahrung verbinden muss. Es ist dies die „bildende Erfahrung“ (Adorno), die den reflexiven Zugang zur menschlichen Unvollkommenheit in produktiver Weise offen hält und das Andere der Vernunft zum Sprechen bringt. „Irreduzibel ist das somatische Moment als das nicht rein cognitive an der Erkenntnis“ (Adorno 1998, S. 194), so schreibt Adorno und plädiert ganz entschieden für die formende Bewahrung der Natur im Subjekt, zu dessen Fähigkeiten eben auch die Reflexion auf die eigene leiblich-affektive Konstitution zählt, die zum Ausdruck drängt. Insofern die instrumentelle Vernunft also imstande ist, Menschlichkeit systematisch auszulöschen, ist darauf hin zu wirken, dass das Subjekt zur Erfahrungsfähigkeit erzogen wird; das ist nicht wenig und heißt nichts anderes, als zur Empfindungsfähigkeit. Der Entfremdung, die sich insbesondere dort zeigt, wo es um reine Anpassung an ein schon gesellschaftlich Gesetztes geht, ist entgegen zu arbeiten.

Widerstand beruht dergestalt auf Empörung *und* Erkenntnis, auf Gefühl *und* Rationalität. Denn Ungerechtigkeit, Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung werden zuallererst *empfunden*, schreiben sich in den Körper ein, haben somatische Anteile und schlagen sich in der Seele nieder. Sie werden *tatsächlich* erfahren und nicht nur abstrakt wahrgenommen. Aber erst die Reflexion auf den körperlichen Affekt macht sie begreifbar. Die Rationalität freilich darf den Affekt nicht identisch mit sich selbst machen, sondern sie muss die Lücke zwischen der Vernunft und ihrem Anderen, dem somatischen Moment, dem körperlichen Ausdruck offenhalten, weil sie andernfalls die Aussicht auf das, was sein könnte, zum Verschwinden brächte und wiederum nur in pure Anpassung münden würde.

Allerdings entbehrt alleine der *Gedanke* an Widerstand jeglicher Praxis. Ohne ihn ist Widerstand aber auch nicht möglich. Im schlechtesten Fall allerdings führt er geradewegs in die innere Emigration. Eine individuelle Lösung für ein gesellschaftliches Pro-

blem freilich vergrößert das Problem, weil sich Innerlichkeit der öffentlichen Auseinandersetzung entzieht und sich aus den Geschäften der Herrschaft heraushält. Sie verweigert sich zwar, aber unauffällig und nur insoweit diese Verweigerung nicht als Störfaktor ins Gewicht fällt. Im Grunde ist auf diese Weise Kritik und ein daraus resultierender politischer Widerstand gegen gesellschaftliche Zwänge stillgestellt. Ein *coram publico* ausgesprochenes ‚Nein‘ ist von ihr nicht zu erwarten. Anders dagegen ein politischer Widerstand, der sich für alle hörbar und für alle sichtbar entäußert und in aller Deutlichkeit die Beseitigung sozialer Missstände fordert.

Erlaubter Widerstand im neoliberalen Wunderland

Besonders bemerkenswert ist es nun, dass seit einigen Jahren gezielt ein Modell des Widerstandes popularisiert wird, das in Erfüllung der Wünsche der neoliberalen Eliten dazu angetan ist, die gesellschaftlichen Ursachen für Zwang und Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung zu verschleiern, die dafür Verantwortlichen unsichtbar zu machen und sie der Kritik zu entziehen. Gefordert wird dieses Modell ausgerechnet von jenen, die für die Gewaltförmigkeit der gesellschaftlichen Strukturen haftbar zu machen wären, jene also, gegen die sich der Widerstand recht eigentlich richten müsste.

Es handelt sich dabei um einen brillanten Schachzug im Kontext neoliberaler Strategien zur Festigung der eigenen Herrschaft, dem viele Menschen auf den Leim gehen. Weil ihnen nämlich suggeriert wird, sie seien alleine zuständig für ihr Wohlergehen und müssten daher die Last ihrer Existenz selbständig schultern und gegen andere verteidigen, wird Widerstand gegen das eigene, manchmal ohnmächtige, zuweilen leistungsunfähige und den gesamtgesellschaftlichen Anforderungen scheinbar nicht mehr genügende Selbst im Sinne der Selbstoptimierung mobilisiert. Die auf diese Weise dem Individuum zugemutete Schuld am eigenen Schicksal trifft unmittelbar und mit aller Wucht auf ein überfordertes, aus dem Gleichgewicht geratenes Ich, das verzweifelt versucht, wieder ins Lot zu kommen und dafür ein hohes Maß an selbstregulierenden Kräften aufbieten muss. Gesellschaftlich opportun ist es daher in der Zwischenzeit, einen großen Teil der Aufmerksamkeit von anderen abzuziehen und sich dauerhaft selbst zu beobachten.

Die fortgesetzte Suche nach dem inneren Ausgleich, die Hoffnung auf eine möglichst effiziente Lebenspraxis entspricht dabei haargenau der Funktionslogik des neoliberalen Kapitalismus, der rücksichtslos alles der Verwertung unterwirft und darauf aus ist, den kleinsten Funken Widerstand schon im Keim und das bedeutet für den vorliegenden Fall im Individuum selbst zu ersticken. Diese Ungeheuerlichkeit erklärt sich aus dem Umstand, dass ein politischer in einen psychischen Widerstand umgebogen werden muss, um ohne größere Probleme und mit Zustimmung der Bevölkerung den Sozialabbau, die Privatisierung öffentlichen Eigentums und eine damit einhergehende Entdemokratisierung vorantreiben zu können.

Dafür bedient man sich eines Begriffs, der für Unkundige zunächst einen guten Klang besitzt: Resilienz. Bei näherer Betrachtung wird freilich schnell klar, dass es sich bei besagter Popularisierung um einen propagandistischen Feldzug handelt, der alle Anzeichen der Verfälschung und der Täuschung in sich vereinigt. (Vgl. Borst 2015, 2017)

Eigentlich beschreibt der Begriff eine psychische Widerstandskraft, die ihren Ursprung zwar in der Ökologie hat, von der 1929 geborenen US-amerikanischen Entwicklungspsychologin Emmy S. Werner aber auf die Psychopathologie übertragen wurde, nachdem sie in ihrer legendären Kauai-Längsschnittstudie (1977) zu dem Ergebnis gekommen ist, dass Kinder durchaus in der Lage sind, nicht restlos an ihren katastrophalen, Trauma auslösenden Bedingungen zu zerbrechen. In erster Linie wird der Begriff in der Heil- und Sonderpädagogik für sogenannte Risikokinder gebraucht, denen es gelungen ist, trotz ungünstiger Ausgangsbedingungen wie etwa Gewalterfahrung, Behinderung, Armut, dauerhafte familiäre Dissonanzen und Konflikte eine psychische Widerstandsfähigkeit zu entwickeln. „Resilienz liegt vor“, so der Entwicklungspsychologe Norbert Wieland in seinem lesenswerten Aufsatz, „wenn jemand eine *extrem bedrohliche*, d.h. hoch riskante Situation *unerwartet* gut bewältigt“ (Wieland 2011, S. 185, Herv. E.B.). Obwohl sich zahlreiche Studien mit dem Phänomen der Resilienz beschäftigen, konnte bislang nicht geklärt werden, aufgrund welcher Faktoren etwa *ein Drittel* aller hochbelasteten Kinder und Jugendliche resiliente Strukturen ausbilden konnten. Das Phänomen der Resilienz ist demnach

noch überhaupt nicht abschließend wissenschaftlich geklärt. In diesem Sinne plädiert auch Emmy E. Werner für eine vorsichtige Umgangsweise, wenn die Rede auf Resilienz*förderung* kommt, und warnt aufgrund der individuellen Ver- bzw. Bearbeitungsmechanismen vor Patentlösungen (vgl. Werner 2011, S. 45), zumal eine einmal erworbene Resilienz durchaus nicht dauerhaft über ein Leben lang anhalten muss.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es sich um eine Minderheit von traumatisierten Kindern und Jugendlichen handelt, denen es gelingt, mit posttraumatischen Belastungsstörungen und den damit verbundenen Konflikten so umzugehen, dass sie die Kontrolle über ihr Leben zurück gewinnen. In der Zwischenzeit weiß man allerdings auch, dass sich Resilienz durchaus „in sozialunverträglichen Handlungsmustern niederschlagen“ kann (Wieland 2011, S. 182, vgl. von Freyberg 2011, S. 222, Hervh. E.B.). Nicht nur ist es also eine Minderheit von resilienten Kindern und Jugendlichen, über die wir hier reden, sondern das Phänomen wirft auch ethische Fragen auf, die unter einer gesellschaftskritischen Perspektive zu diskutieren wären. Der Begriff taugt also keinesfalls für Verallgemeinerungen jeglicher Art. Entwicklungspsychologisch ist der Begriff zwar durchaus sinnvoll und notwendig, weil er es vermag, einer bestimmten psychischen Konstitution einen Namen zu geben. Damit ist er aber noch nicht gesellschaftlich vermittelt.

Zwei besonders aufschlussreiche Beispiele mögen dafür stehen, wie die Umdeutung des Begriffs klammheimlich von statten geht und er sich in seiner semantischen Verdrehung gegen die Menschlichkeit richtet. Zum einen geht es um die Etablierung einer Resilienz*förderung* in den Schulen, zum anderen um die Militarisierung des Begriffs.

Resilienzkompetenz: Alles wird gut

Der Begriff kommt notorisch dort zum Einsatz, wo persönliches Ungemach droht, denn er suggeriert auf wohlfeile Art, dass wir unser Leben in den Griff bekämen, entwickelten wir nur eine innere, also psychische Widerstandskraft, die uns hilft, über Lebensrisiken inklusive Traumata oder ähnlich katastrophale Krisen hinwegzukommen. Mehr noch sogar gelte es, gewissermaßen präventiv, sich

auf erst noch kommende, also in der Zukunft liegende krisenhafte Ereignisse vorzubereiten, die, hat man erst mal eine Resilienzkompetenz erworben, ohne große Umstände zu bewältigen seien. So ist es auch wenig erstaunlich, dass es der Begriff bis in die Vorstandsetagen der Unternehmen geschafft hat. In der Zwischenzeit ist ein regelrechter Markt an Angeboten zu Coachings mit dem Ziel der Resilienz entstanden. Auch auf dem Büchermarkt finden sich Veröffentlichungen, die damit werben, resiliente Menschen könnten auf Anforderungen in wechselnden Situationen flexibel reagieren und mögliche Arbeitswiderstände, wie beispielsweise ein Burn-out, leicht überwinden, man könne sich also gegen existenzgefährdende Widerfahrnisse aller Art im Akt der Selbstregulation immunisieren. (vgl. Wellensiek 2011) Auf diese Weise wird der gehaltvolle Kern dessen, was der Begriff der Resilienz seinem Ursprung nach geheißen hat, in eilfertiger und überaus zynischer Weise seiner Marktgängigkeit geopfert und seine Bedeutung derart verunstaltet, dass am Ende der fatale Eindruck entsteht, es handele sich um die Fähigkeit zur Belastbarkeit, ausgelöst durch eine innere Stärke, die durch ein entsprechendes Training angeeignet werden könne.

Die ideologische Fracht, die der Begriff mit sich führt, ist enorm, weil er sich in geradezu idealer Weise dazu eignet, objektive soziale Bedingungen und gesellschaftliche Verhältnisse sowie die daraus resultierende Macht und Herrschaft nicht nur zu ignorieren, sondern ganz und gar zu verleugnen. Gehen wir nämlich davon aus, dass die Entfaltung der Psyche in einem großen Maß von den gesellschaftlichen Entwicklungen abhängt, gehen wir also davon aus, dass, wie es Marx einst formulierte, der Mensch das Ensemble seiner gesellschaftlichen Verhältnisse ist, so kommen wir nicht umhin, einen kritischen Blick auf deren Entstehungsbedingungen zu werfen, um die traumatisierenden Faktoren zu erkennen und zu minimieren. Letztlich bedeutet das, das Negative ans Licht zu holen, um seiner habhaft zu werden. Das aber sieht die neue Deutung des Begriffs nicht vor.

Die Erziehungswissenschaftlerin Corina Wustmann Seiler etwa ist der Überzeugung, dass es Ziel des „Resilienzparadigmas“ sein muss, „alle‘ Kinder im Hinblick auf zukünftige Belastungssituationen noch stärker zu machen“ (Wustmann Seiler 2012, S. 72), wobei der Hauptanteil dem Kind selbst überlassen bleibt, weil es als „Mit-

gestalter seines eigenen Lebens“ zu einem, wie sie schreibt, „effektiven Gebrauch seiner internen und externen Ressourcen“ (ebd., S. 69) in der Lage sei. Das Ziel der Resilienzförderung sind dementsprechend „Problemlösefähigkeiten, Selbstwirksamkeitsüberzeugungen und positive Selbsteinschätzung“ (ebd., S. 71). In einfacher Sprache verfasst, gibt das Buch von Wustmann Seiler Rezeptwissen zum Besten, das vor allem darin besteht, die Effektivität bei der Herausbildung einer Resilienzkompetenz zu erhöhen. (vgl. ebd., S. 123) Abgesehen davon, dass der Begriff der Effektivität in der Regel im Kontext von Managementtechniken gebraucht wird und dort die Nützlichkeit einer Arbeit für die Zielerreichung beschreibt, geht es im Kern darum, die „kindliche Funktionsfähigkeit“ zu erhalten bzw. die „normale kindliche Funktionsfähigkeit“ wiederherzustellen. Letzteres bezieht sich auf „die positive bzw. schnelle Erholung von traumatischen Erlebnissen“ (ebd., S. 19).

Statt die zumeist gesellschaftlich verursachten Belastungssituationen zu beseitigen, werden Kinder und Jugendliche damit beauftragt, für sich selbst zu sorgen. Diejenigen aber, denen die Kraft dazu fehlt, lässt ein solches, nur auf Innerlichkeit gerichtetes Konzept regelrecht *schuldig* erscheinen, denn ihr Unglück ist es, dass offenbar niemand sonst die Verantwortung für ihr Schicksal zu übernehmen bereit ist. Der bislang noch verhaltene, gleichwohl aber deutliche Appell aus Teilen der Wirtschaft zu einer *Erziehung zur Leidensfähigkeit* (vgl. Pohl 2007, S. 193) nimmt angesichts dessen überaus bizarre Formen an, denn die gesellschaftlich erzeugten Pathologien muss nun der einzelne Mensch im Dienste einer auf Profitmaximierung hin ausgerichteten Wirtschaft kritiklos auf sich nehmen.

Das Programm der *Förderung* von Resilienz nimmt damit einen prominenten Rang in der Einschränkung eines gesellschaftskritischen Denkens ein, denn Resilienz wird zum Substitut für eine Heilserwartung, die unerfüllt bleiben muss, da sie einem positiven Denken entspringt, das im Grunde sinnentleert jede Form der negativen Erfahrung zurückweist, die Sinne narkotisiert, gesellschaftliche Zwänge, Macht und Herrschaft der Wahrnehmung entzieht und, wen wundert es, selbst zum Zwang wird. In der permanenten Auseinandersetzung mit sich selbst darf der Zwang nicht in Erscheinung treten.

Eine der vielleicht wichtigsten Erkenntnisse der Psychoanalyse ist es aber, dass die Verdrängung des Leids destruktive Züge annimmt, wenn es nicht gelingt, es aus der Dunkelheit zu heben. Um über die Negation negativer Erlebnisse nachdenken und sie vorausschauend vermeiden zu können, bedarf es zunächst einmal, das Leid und die Schmerzen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Das ideologische Regime von Resilienz hält das aber nicht vor, weshalb Resilienzförderung durchaus von gewaltförmigem Zuschnitt ist. Das *Verbot der Klage* und das *Gebot der psychischen Widerstandskraft* im allgegenwärtigen Kampf ums Überleben gewinnen strategischen Charakter im autoritären Gefüge des Neoliberalismus, der vermeint, sich so Kritik vom Leib halten zu können. Widerstand richtet sich dergestalt gegen das Subjekt selbst, das sich als Person selbst zerstört.

Gesamtgesellschaftliche Resilienz oder: Wie wir unsere Feinde erkennen

Insbesondere in Deutschland ist die Ausdehnung des Begriffs auf das Militär bereits soweit gediehen, dass über die Einrichtung eines „Bundesbeirats für Resilienzförderung“ (German-Foreign-Policy 2017, S. 1) und über einen „Nationalen Aktionsplan Resilienzstärkung“ (Hanisch 2017, S. 1) nachgedacht wird. Da sich die folgenden Ausführungen allein auf die Deutsche Bundeswehr beziehen, ist dieser Teil relativ kurz gehalten. Gleichwohl aber zeigt dieses Beispiel auf eine sehr anschauliche Weise, wie weit die inhaltliche Verdrehung eines Begriffs gehen kann.

Was die Befürworterinnen und Befürworter einer Resilienzkompetenz im Individuum vorzubereiten glauben, nämlich die psychische Absicherung gegen zukünftige Risiken und Krisen, gewinnt eine besondere Bedeutung im Grundsatzdokument der Bundesregierung zur Zukunft der Bundeswehr, wirbt dort doch die Bundeskanzlerin Angela Merkel höchstpersönlich für eine „gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Resilienz“ (Weißbuch 2016, S. 7). Bezeichnete der Begriff bislang die psychische Widerstandskraft eines Individuums, so erfolgt nun seine Übertragung auf die innere Widerstandskraft eines Nationalstaates gegen äußere Bedrohungen, zur Verteidigung des Wohlstandes, zur Absicherung von Handels- und

Versorgungswegen, zur Stabilisierung der Märkte und des Freihandels und zur Sicherung der Rohstoffzufuhr. (Vgl. ebd., passim) Bemerkenswerter Weise richtet sich der Aufruf nicht etwa nur an die Bundeswehr, sondern an alle in Deutschland lebenden Menschen und Institutionen: „Für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge ist die Stärkung von Resilienz und Robustheit unseres Landes gegenüber aktuellen und zukünftigen Gefährdungen von besonderer Bedeutung. Dabei gilt es, die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organen, Bürgerinnen und Bürgern sowie privaten Betreibern kritischer Infrastruktur, aber auch den Medien und Netzbetreibern zu intensivieren. *Das Miteinander aller in der gemeinsamen Sicherheitsvorsorge muss selbstverständlich sein.*“ (Ebd., S. 48, Herv. E.B.) Nach der Doktrin des „vernetzten Ansatz[es]“ (ebd., S. 60) ist die Kooperation von zivilen und militärischen Einrichtungen unverzichtbar. Und so verwundert es auch kaum, wenn im Weißbuch nachzulesen ist, dass die „Sicherheitsvorsorge [...] immer mehr zu einer gemeinsamen Aufgabe von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft [wird]. Ein gemeinsames Risikoverständnis ist die Grundlage für den Aufbau gesamtgesellschaftlicher Resilienz“ (ebd., S. 59).

Die Fokussierung auf ein gemeinsames Risikoverständnis und die Entdifferenzierung von Bereichen, denen eigentlich sehr unterschiedliche Aufgaben zukommen, unterläuft dabei die Grundstruktur einer demokratischen Gesellschaft. Die Homogenisierung von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft *und* Gesellschaft beschwört eine nationalstaatliche Gemeinschaft herauf, deren Zusammenhalt durch eine gemeinsam geteilte Perspektive auf drohende Gefahren gewährleistet und durch die Herausbildung von Resilienz im Innern gestärkt werden soll. Jedes Individuum ist demnach gehalten, Resilienz zu entwickeln, nicht nur, um für den Fall eines Krieges gewappnet zu sein, sondern auch, um als Mitglied der Gemeinschaft Risiken schon im Vorfeld erkennen und abwehren zu können. Die Verquickung von individueller Widerstandsfähigkeit mit gemeinschaftlicher Widerstandskraft lässt in letzter Konsequenz den Schluss zu, dass es sich hierbei um die Unterwerfung des Individuums unter vermeintlich gemeinschaftliche Ziele handelt. Anders ist nicht zu erklären, weshalb soviel Wert auf ein gemeinsames Risikoverständnis gelegt wird, dessen Kern die Verteidigung des neoliberalen Gesellschaftssystems ist.

Durch die Gleichschaltung im vorgeblich gemeinsamen Interesse wird das „System gesellschaftlicher Friedlosigkeit“ (Bernhard 2017, S. 10) als Ausdruck sozialer, kultureller und ökonomischer Verwerfungen festgeschrieben. Nicht mehr in den Blick kommt eine im Innern sich verfestigende Verrohung der Menschen untereinander.

Der so harmlos klingende Begriff der Resilienz wird auf diese Weise umstandslos zur Legitimationsgrundlage für die Entgrenzung des Militärischen; oder schärfer noch: Er wird zum Instrument der Militarisierung der Gesellschaft im nationalstaatlichen Interesse, das darauf gerichtet ist, einen Führungsanspruch auf internationaler Ebene zu behaupten (vgl. ebd., S. 68).

Vor diesem Hintergrund ist es um so beängstigender zu beobachten, dass die *konkurrenzinduzierte Resilienzkompetenz* allmählich das Bildungswesen durchdringt und so auf eine gesamtgesellschaftliche Resilienz im Rahmen von Militäreinsätzen vorbereitet. Ob dahinter ein systematischer Plan steht, weiß ich nicht, gleichwohl aber sind diese Bezüge unübersehbar.

Im Zuge seiner Militarisierung erfährt der Begriff eine an Absurdität nicht zu überbietende, makabere Überschreibung, die dazu angetan ist, die Erinnerung an seine ursprüngliche Bedeutung völlig auszulöschen. Als Fachbegriff büßt er auf eine dramatische Weise die Autorität ein, um im Namen der Psychopathologie und der Traumaforschung zu sprechen.

Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar¹

Das Recht auf politischen Widerstand in Form eines oppositionellen Protestes gegen inhumane gesellschaftliche Tendenzen ist dort eingelöst, wo eine lebendige Demokratie den unvermeidlichen Einspruch als produktive Auseinandersetzung im Ringen um eine menschliche Form des Zusammenlebens versteht. Widerstand wird aber, wie wir gesehen haben, im Begriff der Resilienzkompetenz nicht nur neutralisiert, sondern völlig entpolitisiert. Mehr noch sogar richtet er sich gegen jegliches subjektives Unbehagen, das, so die Versprechungen, in einem selbstregulativen Akt anstrengungsfrei

1 Ingeborg Bachmann anlässlich der Entgegennahme des „Hörspielpreises der Kriegsblinden“ 1959.

als lediglich vorübergehende Störung nivelliert werden kann. Der Anpassung an das Gegebene steht so nichts mehr im Wege und die Pathologien der Gesellschaft werden dem Bewusstsein entzogen.

Wo Konflikte mit der Außenwelt vermieden werden, wo der *Widerstand gegen* einer *Anpassung an* die herrschenden Verhältnisse weicht, wo also eine Konfliktvermeidungsstrategie Besitz von den Menschen ergreift und sie zu gesellschaftskonformen Verhalten zwingt, werden sie „zu potentiellen Stützpunkten der Herrschaft. Die Aggression, die ursprünglich der herrschenden Gewalt hätte Grenzen setzen sollen,“ notiert Mario Erdheim, „wird durch die Wendung nach innen zum Vehikel, das dem Machtbereich der Herrschaft nun auch auf die Psyche des Individuums ausdehnt.“ (Erdheim 1984, S. 417/418). Resilienzförderung ist daher die reakti-onäre Antwort auf eine Erziehung zur Leidensfähigkeit, wobei sich das Leid erbarmungslos im Innern sedimentiert, nicht mehr zum Ausdruck kommt und sich als ungerichtete Aggression etabliert.

Nun könnte man glauben, dass in Zeiten von Resilienzförderung und Konkurrenzkompetenz aller Widerstand zwecklos ist. Das aber ist gerade nicht der Fall, denn das Bildungs- und Erziehungssystem ruft einen nicht einzuholenden Widerspruch hervor, an dem sich Widerstand herausbilden kann. So sehr sich das Bildungssystem auch der neoliberalen Doktrin verschrieben hat und eine Bildung zur Anpassung forciert, so kann es die Freisetzung von Rationalität nicht verhindern. Ein wesentliches Kriterium für Widerstand ist die Fähigkeit, über die eigene Entfremdung nachdenken zu können. Das kann zur Anpassung führen, aus Angst vor den Konsequenzen, die Widerstand nach sich zöge. Diese Erkenntnis kann aber auch dem humanen Widerstand förderlich sein.

Auch wenn der Kapitalismus „tief verinnerlicht [...] die Vorstellung besetzt“ hält (Heydorn 1995, S. 303) und von Beginn an für die „psychische Versehrtheit“ verantwortlich ist, so kann Bildung einen Bewusstseinsprozess initiieren, in dessen Verlauf sich das Bildungs-subjekt als Ausdruck seiner Mündigkeit zum „Nicht-Mitmachen“ (Adorno) entschließt. Das entspricht der Entscheidung, Inhumanität und, ganz wichtig, unsolidarisches Handeln im gesamtgesellschaftlichen Kontext nicht hinzunehmen. Dabei spielt die psychische Widerstandsfähigkeit eine außerordentlich bedeutsame Rolle, wenn wir denn davon ausgehen, dass es an Mut nicht mangeln darf,

sich gegen autoritäre, gewaltförmige Strukturen, wie sie etwa der Neoliberalismus hervorbringt, zu wehren.

Erst das Wechselverhältnis von *psychischer Widerstandsfähigkeit* und *politischer Widerstandskraft* erlaubt es, sich der verordneten dauerhaften Schmerz- und Leidvermeidung zu entziehen. Das bedeutet, die Beschädigungen der Seele als das zu erkennen, was sie sind: Symptome für eine kranke, zutiefst gesplante Gesellschaft, in der eine hochmütige Herrschaftselite glaubt, durch die „Methode der Massensuggestion“ (Fromm 1999, S. 412) in Form der Resilienzförderung ganze Bevölkerungsschichten für sich zu vereinnahmen zu können.

In seinem nun schon zum Klassiker gewordenen Radiobeitrag „Erziehung nach Auschwitz“ von 1966 sagt Adorno: „Wer hart ist gegen sich, der erkaufte sich das Recht, hart auch gegen andere zu sein, und rächt sich für den Schmerz, dessen Regungen er nicht zeigen durfte, die er verdrängen mußte. Dieser Mechanismus ist ebenso bewußt zu machen wie eine Erziehung zu fördern, die nicht, wie früher, auch noch Prämien auf den Schmerz setzt und die Fähigkeit, Schmerzen auszuhalten.“ (Adorno 1971, S. 96) Und er fährt fort: „Erziehung müsste Ernst machen mit einem Gedanken, [...] daß man die Angst nicht verdrängen soll. Wenn Angst nicht verdrängt wird, wenn man sich gestattet, real so viel Angst zu haben, wie diese Realität Angst verdient, dann wird gerade dadurch wahrscheinlich doch manches von dem zerstörerischen Effekt der unbewußten und verschobenen Angst verschwinden.“ (ebd., S.97)

Sollte es also gelingen, die Verletzungen auf gesellschaftliche Ursachen zurückzuführen, dann könnte es auch gelingen, den Verblendungszusammenhang transparent zu machen und die Vorstellung, jetzt noch besetzt vom kapitalistischen Konkurrenzmechanismus, auf eine solidarischere und humane Zukunft hin zu öffnen. Politische Aufklärung und Selbstaufklärung, Kritik und Selbstkritik als Folge einer humanistischen Bildung wären die Voraussetzungen dafür.

Auch wenn, so viel steht fest, Aufklärung über die bestehenden Herrschaftsverhältnisse Angst hervorrufen, weil die eigenen Überzeugungen zur Disposition stehen, weil das Subjekt sich selbst riskiert bei dem Versuch, bisherige Selbstverständlichkeiten als Illusionen zu entlarven, so müsste doch die Angst vor der Selbstzerstö-

rungen der Menschheit durch den digital-militärisch-industriellen Komplex des globalen Kapitalismus weit aus größer sein.

Die Wahrheit freilich ist dem Menschen zumutbar. Auch wenn die Wahrheit viele Gesichter hat, so ist doch hier eine radikalhumanistische Sichtweise angesprochen, die es erlaubt, die Gefährdung der menschlichen Zukunft insgesamt thematisch werden zu lassen, ohne jedoch auf Unterscheidungen und differenzierte Analysen zu verzichten. Wahrheit ist niemals universalistisch. Sie spricht im Namen der Unterdrückten sehr verschiedene Sprachen, ja nach dem, wer, in welcher Weise, wo und wie den Unterdrückungsmechanismen ausgeliefert ist. Daher führt eine „pathetische Identifikation“ (Žižek 2001, S. 320) mit dem Leid der anderen zu dem übereilten Schluss, „dass unser eigenes Leid faktisch dasselbe ist wie das der wahren Opfer“ (ebd., S. 319). Solidarisches Handeln, eines der wesentlichsten Kriterien des politischen Widerstandes, bemisst sich dementsprechend an dieser Unterscheidung. Der Verzicht auf eine solch differenzierte Sichtweise würde nicht nur noch tiefer in den Herrschaftskomplex hineinführen, sondern das Leid der Betroffenen erhöhen.

Unter Umständen sind die neoliberalen Kräfte stärker. Aber die Unterdrückungsmaschinerie in Form von Neokolonialismus und Imperialismus, in Form von Kriegen und Umweltzerstörung, in Form von Hunger und Unterernährung, in Form rassistischer und sexistischer Gewalt, in Form fehlender medizinischer Versorgung und der systematischen Verarmung von großen Teilen der Bevölkerung, national wie international, wird wohl auf Dauer nicht unwidersprochen bleiben und zu enormen Konflikten führen. Selbst dann, wenn das politische und wirtschaftliche Establishment versucht, Menschen und Menschengruppen gegen einander auszuspielen, um unterhalb des Wahrnehmbaren seinen schmutzigen Geschäften zum Erfolg zu verhelfen, ökonomischer Druck und Entrechtung erzeugen, das hat die Geschichte gezeigt, Gegendruck.

Bildung ist ein Instrument des humanen Widerstandes. Die politisch-widerständige Praxis kann von ihr allerdings nicht initiiert werden. Sie kann allenfalls der Grund zu politischem Engagement werden, und auch nur dann, wenn die *Empörung* über die herrschenden Zustände sich nicht schon wieder im Augenblick ihrer Entstehung in der Sickergrube des zu Kritisierenden auflöst, son-

dern wenn sie in der berechtigten Hoffnung auf Veränderung in eine argumentativ abgestützte *Reflexion* über die bedingenden Ursachen umschlägt. Kurz: „Bildung zielt auf Gegengesellschaft“ (Heydorn 1995, S. 156; vgl. Bernhard 2014, S. 179f.; Bierbaum 2007, S. 160/161).

Literatur

- Adorno, Theodor (1998): Negative Dialektik. In: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 6, hrsg. von Rolf Tiedemann, Darmstadt, S. 7–412.
- Adorno, Theodor (1971): Erziehung nach Auschwitz. In: ders.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt am Main, S. 88–104.
- Bernhard, Armin (2014): Gegengesellschaft – die pädagogische Utopie. In: ders.: Bewusstseinsbildung. Einführung in die kritische Bildungstheorie und Befreiungspädagogik Heinz-Joachim Heydorns, Baltmannsweiler, S. 179–189.
- Bernhard, Armin (2017): Pädagogik des Widerstands. Impulse für eine politisch-pädagogische Friedensarbeit, Weinheim/Basel.
- Bierbaum, Harald (2007): Bildung-Wissenschaft-Engagement. Be(un)ruhigung durch Bildungstheorie? Eine Diskussion via E-Mail (mit Carsten Büniger). In: ders., Peter Euler, Katrin Feld u.a. (Hg.): Nachdenken in Widersprüchen. Gernot Koneffkes Kritik bürgerlicher Pädagogik, Wetzlar, S. 155–171.
- Borst, Eva (2015): Zauberworte der Pädagogik: das Beispiel Resilienz. Ein Essay über die Stilllegung pädagogischer Kritik. In: dies., Armin Bernhard, Harald Bierbaum u.a. (Hg.): Kritische Pädagogik. Eingriffe und Perspektiven, Heft 2: Pädagogik als konkrete Kritik, Baltmannsweiler, S. 59–79.
- Borst, Eva (2017): Resilienz als Legitimationsgrundlage gesamtgesellschaftlicher Mobilmachung. Zur Geschichte eines Begriffs. In: dies., Armin Bernhard, Harald Bierbaum u.a. (Hg.): Kritische Pädagogik. Eingriffe und Perspektiven, Heft 4: HERRSCHAFT MACHT GESCHICHTE, Baltmannsweiler, S. 33–45.
- Freyberg, Thomas von (2011): Resilienz – mehr als ein problematisches Modewort?. In: Margherita Zander (Hg.): Handbuch Resilienzförderung, Wiesbaden, S. 219–239.
- Fromm, Erich (1999): Irrwege der Selbsterfahrung. In: ders.: Gesamtausgabe in zwölf Bänden, Bd. XII, Stuttgart, S. 402–415.
- German-Foreign-Policy (20.06.2017): Bürgerbeteiligung I (letzter Aufruf 08.08.2017).
- Hanisch, Michael (2017): Vorwärts Resilienz! – Vorschläge zum Resilienzausbau in Deutschland, Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 16/2017 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (letzter Aufruf 08.08.2017).
- Heydorn, Heinz-Joachim (1995): Werke, Bd. 4, hrsg. Von Irmgard Heydorn, Hartmut Kappner, Gernot Koneffke, Edgar Weick.

- Plessner, Helmuth (1983): Über einige Motive der Philosophischen Anthropologie. In: Gesammelte Schriften, Bd. VIII: *Conditio humana*, hrsg. von Günter Dux, Odo Marquard, Elisabeth Stöcker, Frankfurt am Main, S. 117–135.
- Pohl, Manfred (2007): *Das Ende des weißen Mannes. Eine Handlungsaufforderung*, Berlin/Bonn.
- Weißbuch (2016): *Zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr*.
- Werner, Emmy E. (2011): Risiko und Resilienz im Leben von Kindern aus multiethnischen Familien. Ein Forschungsbericht. In: Margherita Zander (Hg.): *Handbuch Resilienzförderung*, Wiesbaden, S. 32–46.
- Wieland, Norbert (2011): Resilienz und Resilienzförderung – Eine begriffliche Systematisierung. In: Margherita Zander (Hg.): *Handbuch Resilienzförderung*, Wiesbaden, S. 180–207.
- Winkler, Michael (2016): Freiheit der Bildung-Bildung der Freiheit. Eine Geschichte mit überraschendem Ausgang. In: Kira Nierobisch, Manuel Rühle, Helga Luckas (Hg.): *Widerstände und Perspektiven. Kritische Zugänge zur Theorie der Bildung*, Baltmannsweiler, S. 11–31.
- (2012): *Beiträge zur Bildungsqualität: Resilienz. Widerstandsfähigkeit von Kindern in Tageseinrichtungen fördern*, hrsg. von Wassilios E. Fthenakis, Berlin.
- Žižek, Slavoj (2001): *Die Tücke des Subjekts*, Frankfurt am Main.

Michael Rittberger

Buchbesprechung: Armin Bernhard: Pädagogik des Widerstands, Impulse für eine politisch-pädagogische Friedensarbeit

Weinheim, Basel, 2017

Wenn Sie sich von diesem Buch eine praktische Anleitung für Erziehung und Unterricht erwarten, werden Sie enttäuscht sein. Wenn Sie aber eine grundlegende Einführung in das Thema einer allgemeinen kritischen Pädagogik erwarten, wird Sie das Buch genauso zufrieden stellen, wie jemanden, der sich gerne mit einer erneuerten linken Theorie beschäftigen will.

Gemäß seinem Inhalt ist auch die Form so angelegt, dass die Lesenden nicht mit fertigen Konstrukten bedient werden, sondern, wie Bernhard es von seinen Schüler*innen erwartet, Eigenleistungen erbringen müssen. Es handelt sich also um eine Basisliteratur, die in vielfältiger Weise fortgesetzt werden will.

Bernhard beginnt schon im Vorwort mit zwei Paradigmen. Er schreibt einerseits: *„Die menschliche Gemeinschaft ist in der Lage, Frieden als gesellschaftlichen Zustand herzustellen“*, und zwar als *„einen nachhaltig die Tiefenstrukturen von Gesellschaft und Individuum bestimmenden zivilisatorischen Zustand, der durch die Überwindung der menschlichen Atavismen Krieg, Gewalt, Unfrieden gezeichnet ist.“*¹

Andererseits legt er dar: *„Krieg, Friedlosigkeit, Gewaltsamkeit, Unfrieden charakterisieren Phänomene, die zwar Begleitmomente der bisherigen, hinter uns liegenden Gesellschaftsgeschichte der menschlichen Gattungswesen sind, aber nicht notwendig in der Beschaffenheit der menschlichen Sozialnatur verankert sind“*²

Er legt sich damit auf eine Anthropologie fest, die einerseits, ab-

1 Bernhard 2017, S. 13

2 Ebd.

weichend von vielen Lehrmeinungen, Gewalt und Unfrieden nicht als eine Grundlage der menschlichen Natur sieht und lässt andererseits die optimistische Aussicht zu, dass Unfrieden überwunden werden kann, also auch keine überzeitliche gesellschaftlich-historische Notwendigkeit ist. Bernhard selbst bezeichnet sein Buch als provisorisch und fragmentarisch, er möchte also den Beginn von weiterführenden Diskussionen setzen.

Er beginnt sein Buch mit einer Geschichte der Friedenspädagogik, und zwar mit Erasmus von Rotterdam, der Friedensfähigkeit als etwas Naturgegebenes betrachtete, mit Comenius' politisch pädagogischem Programm zur Erziehung zum Frieden und Kants Forderung nach Stiftung von Frieden durch Erziehung.

Die Geburtsstunde moderner Friedenspädagogik setzt Bernhard in den späten 60ern und frühen 70ern an, die sich als Opposition zum Kalten Krieg und in Folge der 68er Revolten gebildet hatte. Sei die Friedensbewegung anfänglich christlich-idealistisch gewesen, entwickelte sich bald auch eine linke kritische Friedenspädagogik in der Frage nach Friedensfähigkeit in einer Gesellschaft organisierter Friedlosigkeit. Sie nahm ihren Ausgang in der Erforschung der Ursachen und Strukturen kollektiven Unfriedens. Es entstand der Ausdruck „strukturelle Gewalt“ als eine nicht vordergründig erkennbare, in Systemen eingebaute Gewalt. Nach Bernhard sei das Problem dieses Begriffes aber, dass ohne genaue Analyse Gewalt entpersonalisiert werde und ökonomische Voraussetzungen unbeachtet blieben. Er kehrt mit dieser Kritik zu den marxistischen Grundlagen zurück, die die Dialektik von Produktionsverhältnissen und Überbauphänomenen beschreiben. Nach einer längeren Periode, in der Diversität und Identitätsfindung im Mittelpunkt standen, scheinen heute, bedingt durch Wirtschaftskrise und die Auswirkungen einer neoliberalen Deregulierungs- und Prekarisierungspolitik, vermehrt wieder Diskurse in den Mittelpunkt zu rücken, die Ökonomie und Produktionsverhältnisse zum Thema haben.

Die danach entstandenen Massenbewegungen für den Frieden entwickelten den materialistisch-kritischen Ansatz nicht weiter, sondern befassten sich mit psychologischen Deutungen von Aggressivität und der Humanisierung der Persönlichkeit. Im Mittelpunkt stand eine kulturologische Friedenspädagogik, die sich nicht mehr

mit sozioökonomischen Fragen befasste, sondern das Individuum verändern wollte. Sie vernachlässigte die bereits gemachte Erkenntnis, dass Kultur auf Produktions- und Reproduktionszwängen aufbaue und dass Gewalt gesellschaftliche Urheber hat.

Ständige Kriege und die gegenwärtigen neoliberalen Privatisierungs- und Deregulierungsstrategien haben, Bernhards Ansicht nach, die strukturell gewalttätigen Lebens- und Sozialisationsumstände noch verschärft. Die Folgen seien ununterbrochenes Konkurrenzverhalten und Entsolidarisierung. Für Bernhard helfen letztlich nur eine weltweite Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse, die Rückbettung des Marktes in die Gesellschaft und eine weltweite Verteilung des Reichtums.

Damit zeigt Bernhard aber auf, dass eine Pädagogik allein nicht zu Friedfertigkeit führen kann, und er verweist auf eine genauso notwendige grundlegende Veränderung der Produktions- und Reproduktionsverhältnisse.

Die Friedenserziehung verortet Bernhard in einer allgemeinen Pädagogik. *„Sind Erziehung und Bildung auf individuelle und kollektive Mündigkeit hin angelegt, dann schließt Pädagogik kritische Friedenserziehung [...] zwangsläufig ein.“*⁴³

Jede Pädagogik, die Selbständigkeit, Autonomie und solidarisches Denken und Handeln fördert, ist zugleich schon Friedenspädagogik. Mit der Friedenswissenschaft wird zwar eine Kooperation eingegangen, die Friedenspädagogik kann dieser jedoch nicht untergeordnet werden. Letztere verbleibt innerhalb einer allgemeinen Pädagogik, deren Grundfragestellung die Subjektwerdung angesichts der Vergesellschaftung von Kindern und Jugendlichen und die Förderung einer kritischen Widerständigkeit ist.

Aber schon der gegenwärtigen vorherrschenden allgemeinen Pädagogik liegt ein System der Friedlosigkeit zu Grunde, aus deren Negation aber eine konkrete Utopie von Frieden entwickelt werden kann. Somit soll keine individuelle Friedfertigkeit gefördert werden, welche zugleich nur eine Befriedung darstellt, sondern eine Analysefertigkeit gegenüber Unfrieden und (struktureller) Gewalt, verbunden mit einer Förderung von Sensitivität und Empathie.

Bernhard vertritt eine Sozialisationstheorie, nach der im konkreten Menschen die gesellschaftlichen Verhältnisse zusammenlaufen, jeder Mensch aber auch einen Eigenanteil hat, also nicht determiniert ist. Erziehung sieht er als konkreten Eingriff in die Subjektwerdung mit dem Ziel von Mündigkeit. Wesentlich sind ihm dabei Angstfreiheit bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen bzw. die Bearbeitung von bestehenden Ängsten. Wichtig ist, dass sich keine rigiden Überich-Strukturen bilden, sondern ein Keim von Ungehorsam entsteht, ein Hang zur Nonkonformität. Emotionen müssen thematisiert werden, Empörung muss gegen Unrecht entstehen. Provokative Inhalte und Irritationen im Unterricht sollen bei diesem Unterfangen helfen.

Wichtig ist auch eine radikale Selbstreflexion, Bernhard weiß, dass unserem Denken eine Fülle von nicht bewussten Vorannahmen, Vorurteilen und Ideen zugrunde liegen, die vieles „normal“ erscheinen lassen, was nicht „normal“ ist – etwa Wettkampf statt Gemeinschaftlichkeit – und dass jeder Einzelne und nicht die Gemeinschaft um Freiheit kämpfen müsse. Somit ist Selbstkritik auch Ideologiekritik, Gewalt rechtfertigende Ideen müssen genau analysiert werden.

Wichtig ist auch eine Aufdeckung von Herrschaftsinteressen, durch die Geschichtsauslegungen geleitet sind, und von Stabilisierungsprozessen, die von Medien geleistet werden. Dadurch komme es zu einer kritischen Durchdringung des ideologisch-kulturellen Gesamtkomplexes unserer Gesellschaft, die mündiges Denken und Handeln ermöglicht. Pädagogik soll so „Erkenntnisvermögen entwickeln helfen, das Menschen ein reflektiertes Verhältnis zur Welt und zu sich ermöglicht.“⁴

Die Pädagogik muss sich einer radikalen Selbstkritik unterziehen, um sich vor Herrschaftsinteressen zu schützen und eine naive Erziehung zum Frieden zu überwinden. Das gängige Wettbewerbs- und Kampfprinzip, Konkurrenz, Selektion und Selbstvermarktungsstrategien müssen von Empathie, Identifikationsvermögen, Sensitivität und Scham gegen Gewalt abgelöst werden. Der Bildungsprozess muss verlangsamt werden, um eine libidinöse Verbindung mit den Bildungsinhalten zu ermöglichen.

4 A.a.O.: S. 189

Letztlich befürwortet Bernhard „die partielle [...] Vorwegnahme eines friedvollen Lebens“ im Unterricht als konkrete Utopie. Weil dies „der Hässlichkeit friedloser gesellschaftlicher Verhältnisse den Spiegel vorhält und damit zu einer indirekten Form kritischer Beurteilung bestehender Umstände“ werde.⁵ Dies erzeugt eine Kontrasterfahrung womit man den normalen Druck, der auf den Schüler*innen lastet, thematisieren kann. Sich eine andere Welt vorstellen zu können wirkt nach Bernhard am Ende gesellschaftsverändernd.

Bernhard deckt mit seinem Buch, das etwa 220 Seiten und drei frühere Arbeiten umfasst, Themen wie Marxismus und k(K)ritische Theorie, k(K)ritische Erziehungswissenschaft, Allgemeine Pädagogik und Bildungstheorie sehr grundlegend ab, wie er selbst zugibt, nicht als einen Kanon von praktischen Handlungsanweisungen, sondern als Basis für weitere Ideen und Diskussionen über Widerstand, Friedensfähigkeit, aber auch Bildung allgemein. Es ist aber auch noch eine sehr ausführliche Darstellung einer Rückkehr zu den Wurzeln eines linken Denkens, das um die Dialektik von ökonomischen Verhältnissen und dem Reichtum von Überbauphänomenen weiß, auch von deren gegenseitiger Durchdringung und Abhängigkeit.

Feministischer Widerstand aus post-/queer-/ linksradikal-feministischer Perspektive¹

*»Also, wie kann man sich jetzt überhaupt noch organisieren?
Natürlich auch feministisch oder postfeministisch – auf jeden
Fall vor so einem Hintergrund. Wie kann man das?«*

Diese Frage stellt sich eine Probandin in einer Gruppendiskussion im Anschluss an eine Diskussionssequenz, in der die Teilnehmenden sich über ihre Kritik am Feminismus und an der linken Autonomem Szene ausgetauscht haben. Sie sind sich einig darüber, dass der Feminismus weiß und bürgerlich, auf Anpassung an das Bestehende fixiert, ausgrenzend und tendenziell rassistisch sei. Normativ und ausgrenzend sei auch die linke Szene und die sich dort verortenden feministischen Gruppen. Von Frauen wollen viele der Teilnehmenden nicht mehr sprechen, denn dass es eine Gruppe gäbe, die mit dem Begriff Frauen repräsentierbar sei, lehnen sie als gewaltförmig ab. Und dennoch: Über die Notwendigkeit, in Bezug auf die Kategorie Geschlecht widerständig handeln zu müssen, besteht angesichts von Phänomenen wie Sexismus, Heterosexismus, struktureller und sexualisierter Gewalt Einigkeit. Wie kann also feministisch gehandelt werden – trotz all dieser Kritikpunkte?

In diesem Artikel werden drei verschiedene Angriffsziele und Selbstverständnisse postfeministischer, queer-feministischer und linksradikal feministischer Gruppen vorgestellt und gezeigt, wie es ihnen gelingt, gleichzeitig verschiedene Macht- und Herrschaftsformationen anzugreifen. Zuvor wird ein kurzer Einblick in die theore-

1 Der vorliegende Text ist ein gekürzter und bearbeiteter Wiederabdruck eines bereits erschienenen Textes in: Melanie Groß, Gabriele Winker (Hg.): Queer-/Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse, Unrast, Münster 2007. Der Text behandelt – auch nach zehn Jahren – für aktuelle Debatten in feministischen Zusammenhängen nach wie vor relevante theoretische und begriffliche Grundlagen und daraus folgende Möglichkeiten widerständiger Handlungsstrategien.

tische Debatte gegeben, die nachhaltigen Einfluss auf die untersuchte Szene und ihre Auseinandersetzungen hat.

1. Selbstreflexive feministische Auseinandersetzungen

Wie feministisch gehandelt werden kann, ist für aktivistisch orientierte und in einzelnen Gruppen organisierte linke Autonome Szenen genauso wie für feministische Theorieansätze hochgradig relevant. Diskutiert wird diese Frage vor allem im Kontext des so genannten Paradigmenwechsels, mit dem aus postkolonial, queer und poststrukturalistisch geprägten feministischen Debatten ein radikales Misstrauen gegenüber dem emanzipatorischen Gehalt feministischer Ideen formuliert wird. In diesen Theorieansätzen wird festgehalten, dass Kategorien wie *race* oder Geschlecht nicht etwa bereits Existierendes bezeichnen würden, sondern dass Begriffe stets einen normativen Charakter haben und machtvoll das erschaffen würden, was sie vermeintlich nur beschreiben. Beteiligt sich feministische Theorie an der Verwendung solcher Kategorien, sei sie auch beteiligt an der Gewaltförmigkeit, die diese zur Folge haben.

Diese selbstreflexive Erkenntnis ist durch den Einzug poststrukturalistischer Ansätze in den Sozial- und Kulturwissenschaften geschärft worden. Sie verweist auf den realitätsproduzierenden Gehalt von Sprache und Diskursen und stellt jegliche Vorstellung von Natürlichkeit in Frage. Die Form der diskursiven Hervorbringung von Realität nennt Michel Foucault (1998) die produktive und gleichzeitig disziplinierende Seite der Macht. Judith Butler (1991) nennt sie die performative Wirkung von Sprache, die durch permanentes Wiederholen im Laufe der Zeit relativ stabil wirkende scheinbare Normalitäten produziert, durch die Individuen reguliert werden.

Diese auf den ersten Blick sehr abstrakte Vorstellung hat sehr konkrete Auswirkungen auf die Frage danach, wie und in wessen Namen feministisch gehandelt werden kann: Wenn Sprache und Diskurse Realität erzeugen, stellt sich für feministische Ansätze die Frage, was das für den Begriff Frau bedeutet. Welche homogenisierte Gruppe wird durch diesen Begriff erzeugt und welche Gruppen werden ausgeschlossen?

Die Figur des Aus- und Einschlusses zeigt, dass die Bezeichnung des Einen auch stets die Markierung eines Anderen zur Folge hat,

dass Differenz in dieser Logik nur als Entweder-Oder denkbar ist (Derrida 2004). Binäre Begriffspaare sind differentielle Verweisungen – das Eine ist nicht ohne das Andere denkbar, die Spuren des Anderen sind notwendigerweise Teile des Einen (Plößer 2005: 39f.). Die binäre Differenzsetzung führt zu einer Homogenisierung und zugleich zu einer Hierarchisierung. Das systematische Denken eines Dazwischen, Daneben, Quer-dazu-Verlaufens ist in der westlichen Denktradition nicht verankert. In Bezug auf Kategorien wie Frau oder Mann schafft eine solche dualistische Denkweise Zonen des Unbewohnbaren (Butler 1997: 23). Es ist in gegenwärtigen west-europäischen Gesellschaften schwer möglich, sich nicht als entweder männlich oder weiblich zu identifizieren. Erst die Annahme eines Geschlechts lässt uns zu Subjekten werden: »Die Matrix der geschlechtsspezifischen Beziehungen geht dem Zum-Vorschein-Kommen des ›Menschen‹ voraus« (Butler 1997: 29; Hervorh.i.O.). Erfolgt die Annahme eines exklusiven Geschlechts nicht – aus welchen Gründen auch immer – verlassen die Individuen die als normal markierte Zone und werden durch Systeme des Rechts, der Psychologie und Psychiatrie sowie der Medizin reguliert (Dietze 2003). Die Differenzsetzung Frau – Mann ist untrennbar verwoben mit der heterosexuellen Matrix (Butler 1991), innerhalb derer Frauen und Männer als komplementäre und durch wechselseitiges Begehren aufeinander bezogene Identitäten erscheinen (müssen). Geschlecht ist demnach untrennbar verwoben mit Sexualität – sexuelles Begehren jenseits der heterosexuellen Matrix nicht vorstellbar.

Innerhalb des feministischen Diskurses herrscht einmal mehr und einmal weniger Einigkeit über die Berechtigung des selbstkritischen Gehalts dieser theoretischen Positionen. Vor allem die Debatte um Ein- und Ausschluss ist inzwischen ein häufig aufgegriffenes feministisches Thema (vgl. dazu auch Wehr 2007). Gleichzeitig werden die daraus folgenden Konsequenzen für feministische Theorie und Politik sehr kontrovers diskutiert, was durchaus als Streit um Hegemonie (Niekant/Schuchmann 2003: 10) bezeichnet werden kann. Poststrukturalistische feministische Positionen werden etwa von Barbara Holland-Cunz (2003: 167) als »intellektuell außerordentlich anregend« aber »weitgehend entpolitisiert« bezeichnet. Auch aus der Perspektive der feministischen Kritischen Theorie ist es schwer möglich, die Kategorie Frau grundsätzlich zu hinterfragen, denn genau

diese Kategorie wird benötigt, um Ungleichheit entlang der Achse Geschlecht bestimmen zu können. So fragt Regina Becker-Schmidt (1998: 91), ob die berechtigte Zurückweisung des Zwangssystems der Zweigeschlechtlichkeit auch als sozialpolitische Orientierung taue, »wenn es darum geht, die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern aufzuheben«. Das Problem sprachphilosophisch orientierter, auf symbolisch kulturelle Formen der Normierung und Disziplinierung von Subjekten konzentrierter feministischer Strömungen liegt darin, dass sie strukturelle Ungleichheitsverhältnisse vernachlässigen und diese auch nur schwer systematisch erfassen können. Der sich hieraus ableitende Streit um Hegemonie innerhalb des feministischen Feldes suggeriert bisweilen, dass feministisch orientierte Menschen sich nun entweder für die eine, die sozio-ökonomische, oder die andere, die symbolisch-kulturelle Seite der Theoretisierung zu entscheiden hätten, da beide Positionen von als unvereinbar geltenden Prämissen ausgehen (Fraser 1993).

In diesem Artikel wird nun die Perspektive eingenommen, dass der Streit um Hegemonie ein Dilemma produziert, das aufgrund jeweils verschiedener Prämissen und jeweils unterschiedlich fokussierter gesellschaftlicher Verhältnisse tatsächlich nicht völlig lösbar ist. Zu unterschiedlich und paradox erscheinen Macht- und Herrschaftsformationen in der gegenwärtigen Gesellschaft, als dass eine theoretische Position sie in ihrer Gänze erfassen könnte. Damit stellt sich auch die Frage, wie derart komplexe Macht- und Herrschaftsformationen überhaupt angegriffen werden können, also wie und an welchen Stellen zumindest produktive Anknüpfungspunkte zwischen den Positionen bestehen.

Der Blick in aktivistische feministische Szenen kann für die Beantwortung dieser Frage hilfreich sein und der theoretischen Debatte wichtige Impulse liefern. Denn innerhalb dieser Szenen existieren ebenfalls konkurrierende Positionen, die dort nicht als rein theoretisches Dilemma behandelt werden können. Durch ihre Orientierung am konkreten politischen Handeln und der Planung von Aktionen sind sie gezwungen, sehr konkrete und punktuelle Lösungen zu finden. Solche Lösungen und die jeweils dahinter stehenden feministischen Selbstverständnisse und Positionen, Angriffsziele und Interventionsarten sind dabei immer umstritten und führen zu Kämpfen um Definitionsmacht.

Grundlage des Artikels bilden drei Gruppendiskussionen, die innerhalb der postfeministischen, queerfeministischen und linksradikalen feministischen Szene in einer mittelgroßen Stadt in Nordrhein-Westfalen geführt wurden. Die Gruppendiskussionen wurden im Stile der *Grounded Theory* nach Anselm Strauss und Juliet Corbin (Strauss 1991; Strauss/Corbin 1996; Corbin 2003) in Verbindung mit der Dokumentarischen Methode nach Ralf Bohnsack (Bohnsack 2000, 2003; Bohnsack/Nentwig-Gesemann/Nohl 2001) erhoben und ausgewertet. Alle drei Gruppen sind Teil der Autonomen Szene und zwischen der Universität und dem Autonomen Zentrum verortet. Die Anlässe für ihr jeweiliges aktivistisches Handeln wurden analysiert und das damit korrespondierende Selbstverständnis der aktivistischen AkteurInnen in den Blick genommen, um schließlich die Verknüpfungen der Gruppen untereinander herausarbeiten zu können.

2. Angriffsziele und Selbstverständnisse

In feministischen Szenen spiegelt sich die oben dargestellte theoretische Diskussion wider und hat bereits zu einer Vervielfältigung aktivistischer Strategien geführt. Es werden beispielsweise Taktiken eingesetzt, die als symbolische Guerillastrategien verstanden werden können. Mit Aktionen wie *radical cheerleading* (Amann 2005), Ladyfesten (Groß 2006), Kommunikationsguerilla (autonome a.f.r.i.k.a gruppe/Blissett/Brünzels 2001), Cyberfeminismus (Weber 2001) oder *riot grrrlism* (Gottlieb/Wald 1995; Baldauf/Weingartner 1998; Kailer/Bierbaum 2002; Groß 2003) wird auf aktivistischer Ebene versucht, Sehgewohnheiten zu irritieren, Grenzen zu überschreiten und Normalität in Frage zu stellen. Gleichzeitig werden nach wie vor Strategien zum Einsatz gebracht, die von der Wirkmächtigkeit der Zweigeschlechtlichkeit ausgehen und deren Auswirkungen angreifen.

In dem hier zugrunde gelegten Material lassen sich aus der Vielfalt politischer Interventionsformen feministischer Szenen insgesamt drei zentrale Angriffsziele herausarbeiten: Normativität, Zuschreibung und Wirkmächtigkeit. Diese drei Angriffsziele bilden die jeweiligen thematischen Knotenpunkte der drei Gruppendiskussionen, denn die Gruppen stellen ihre Ansichten und Ideen

dazu, was für sie Widerstand ist oder was für sie Macht ist, immer wieder in Bezug zu diesen Knotenpunkten. Darüber hinaus tauchen diese Begriffe in allen drei Diskussionen auf und stehen in Beziehung zueinander. Jede Gruppe legt jedoch einen deutlichen Schwerpunkt auf einen dieser drei Punkte.

Um den Knotenpunkt herum spannt sich in jeder Gruppendiskussion die Selbstpositionierung und Beschreibung des eigenen Selbstverständnisses als entweder postfeministisch, queer-feministisch oder linksradikal-feministisch. Mit diesen Selbstverständnissen gehen bestimmte Orientierungsrahmen und Verständnisse von Begriffen einher, aufgrund derer konkrete politische Praxen favorisiert werden. So sprechen alle Gruppen von Geschlecht, Macht und Widerstand, allerdings verbergen sich dahinter zum Teil sehr unterschiedliche Ideen und Vorstellungen. Diese verschiedenen Vorstellungen führen zu abweichenden Einschätzungen darüber, welche politischen Strategien sinnvoll sein könnten und welche nicht.

3. Komplexe Macht- und Herrschaftsformationen

Michel Foucault weist darauf hin, dass die Analyse von Widerstand auch dazu beitragen kann, überhaupt zu erkennen, welche Machtverhältnisse existieren (Foucault 1987: 245). Dafür ist es notwendig, alle drei von der untersuchten Szene formulierten Angriffsziele (Normativität, Zuschreibungen und die Wirkmächtigkeiten der Geschlechterdualismen) zusammenzuführen und dadurch zu einem Verständnis davon zu gelangen, welche spezifische Macht- und Herrschaftskonfiguration mit welchen Mitteln angegriffen wird. Macht- und Herrschaftsformationen, die zusammen eine spezifische Macht- und Herrschaftskonfiguration bilden, werden – wie im Folgenden sichtbar wird – durch Individuen, Gruppen, Diskurse und Systeme artikuliert, hervorgerufen und stabilisiert.

Normativität ist eine von der Szene thematisierte Macht- und Herrschaftsformation. Sie wird zum Beispiel durch die Mittel des Ausschlusses, der Homogenisierung sowie der Definition von Wahrheiten ausgeübt. Davon ist auch eine sich als kritisch verstehende Szene nicht frei, was auf die Unmöglichkeit verweist, sich außerhalb der herrschenden Verhältnisse zu positionieren. Der Begriff Normativität umfasst also auch Mittel, die sich in klaren politischen

Forderungen mit Wahrheitsansprüchen ausdrücken. Normativität wird nicht notwendigerweise bewusst eingesetzt, sondern wird zu meist als ungewollter Nebeneffekt produziert. Doch auch ungewollte Normativität kann eine sehr hohe Intensität erreichen, wenn zum Beispiel innerhalb feministischer Szenen reguliert wird, um deutlich zu machen, was unter der Bezeichnung feministisch verstanden werden soll und wie sich die Einzelnen dabei jeweils zu verhalten und zu organisieren haben. Wenn Normativität bewusst eingesetzt wird, kann das allerdings auch positiv eingeschätzt werden. Das ist dann der Fall, wenn beispielsweise das Vertreten konkreter politischer Inhalte, wie etwa die Verteidigung von Frauenräumen, als wichtiger Teil der eigenen Widerstandsform angesehen wird. Ebenso wird eingeräumt, dass Widerstand möglicherweise nicht ohne Normativität funktionieren kann, weil im widerständigen Verhalten stets politische Positionen eingenommen werden, die als besser oder richtiger erscheinen. Normativität wird insofern zum einen durch konkrete einzelne Individuen und Gruppen, jedoch auch durch eher unpersönlich wirkende normative, Wahrheit produzierende Diskurse eingesetzt.

Prozesse der Zuschreibung werden durch Sozialisation oder allgemeiner durch Erfahrung vermittelt und auch verinnerlicht. Die Ebenen, auf denen solche Zuschreibungen greifen, sind neben der Geschlechtsidentität auch sexuelle Begehrensformen. In allen drei Gruppen werden darüber hinaus auch Zuschreibungsprozesse entlang der Kategorie Nationalität/Ethnie thematisiert. Mit Zuschreibungsprozessen sind vor allem identitäre Anrufungen als ein auf bestimmte Art und Weise positioniertes Subjekt gemeint. In dieser Perspektive erscheint das exklusive und lebenslange Eingebordnet-Werden in das System der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit als ein Prozess, der nicht in erster Linie vom Subjekt selbst vorgenommen wird und in dessen Wesenhaftigkeit begründet liegt. Vielmehr wird dieser Prozess machtvoll durch den hegemonialen heterosexuellen zweigeschlechtlichen Diskurs durchgesetzt. Innerhalb dieses Diskurses agieren Systeme und Individuen, die an dem Prozess der Zuschreibung durch Anrufungen beteiligt sind und dies durch Wiederholungen zitieren und kräftigen.

Durch das Aufsuchen von subkulturellen Nischen wird versucht, sich der Allgegenwärtigkeit heteronormativer Diskurse zu entzie-

hen. Dabei wird der Fokus stärker auf diejenigen Individuen gerichtet, die sich innerhalb dieser Nischen aufhalten und als aktive UnterstützerInnen des Diskurses eingeschätzt werden. In diesem Fall kann Zuschreibung als partial erlebt werden, wenn beispielsweise im Autonomen Zentrum Gruppe A Transgender anerkennt, also von deren Existenz selbstverständlich ausgeht, Gruppe B dies jedoch nicht tut. In solchen Konstellationen variiert auch die Wahrnehmung der Intensität von Zuschreibungsprozessen. Sie wird vor allem von denjenigen als niedrig eingestuft, die sich relativ problemlos in das System der Zweigeschlechtlichkeit einordnen können.

Die Wirkungsweisen von Zuschreibungen werden überwiegend als repressiv eingeschätzt. Die produktive Seite von Zuschreibungsprozessen, nämlich die Seite des Zum-Subjekt-Werdens durch die Einordnung in sozial sinnhafte Seinsformen, wird weniger thematisiert. Dieser Aspekt taucht aber trotzdem an solchen Stellen auf, an denen beispielsweise die zuvor verweigerte und dann durch das Kürzen der Haare plötzlich erfahrene Anerkennung als Lesbe angesprochen wird.

Der Bedeutungsrahmen von Wirkmächtigkeit des Geschlechterdualismus umfasst in erster Linie strukturelle Auswirkungen von heterosexuell verfasster Zweigeschlechtlichkeit. Die Wirkmächtigkeit eines Diskurses zeigt sich in der Verfestigung innerhalb von Systemen wie geschlechtlich segregierten Arbeitsmärkten oder Gewaltverhältnissen. In dem Fall greifen Individuen, Gruppen, Systeme und Diskurse ineinander und scheinen nicht mehr unterscheidbar zu sein. Durch Unterdrückung und Diskriminierung werden diese Strukturen wirkmächtig aufrechterhalten. Durch sie werden heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit und rassistische Normierungen (gewaltvoll) abgestützt und permanent wiederholt. Das Ausmaß erscheint somit meist allgegenwärtig. Je nach aufgesuchtem Raum, etwa der subkulturellen Nische, kann die Intensität der Wirkmächtigkeit von Kategorien wie Geschlecht oder Nationalität/ Ethnie zumindest für eine Weile abgeschwächt werden. Trotzdem wird davon ausgegangen, dass ihr nicht ausgewichen werden kann.

Das Zusammenspiel dieser drei Macht- und Herrschaftsformationen bildet also die spezifische Macht- und Herrschaftskonfiguration, die diese Szene durch ihre Widerstandsformen angreift und spiegelt. Sie besteht aus drei zentralen Elementen: erstens normati-

ven Wahrheitsansprüchen, zweitens identitären Prozessen der Subjektivierung und drittens verfestigten strukturellen Ungleichheitsverhältnissen. Diese drei Formationen treten in der Regel gemeinsam und gleichzeitig in Erscheinung oder bedingen sich sogar.

4. Komplexer Widerstand

Gegen diesen Machtkomplex setzen die drei Gruppen eine ganze Reihe von Aktionen ein. Mit Radiosendungen, *radical cheerleading*, Bühnenperformances oder Straßentheater wird dem Widerstand Ausdruck verliehen. Damit sind bestimmte Strategien verbunden, die die jeweilige Zielrichtung des Widerstandes deutlich werden lassen. Diese Ziele sind neben der Verteidigung freier Räume oder der Aufklärung auch Provokation, Sichtbarmachung und Bedeutungsverschiebung. Die Angriffsziele umfassen also die verschiedensten Ebenen von gesellschaftlichen Prozessen: Die Kritik an Prozessen der Anrufung als geschlechtliches Subjekt genauso wie die Verteidigung von Frauenhäusern.

Insgesamt lassen sich vor allem drei Widerstandsarten unterscheiden: Einige der eingesetzten Aktionen können als Interventionen auf der symbolischen Ebene der Repräsentation bezeichnet werden und dienen vor allem der Bedeutungsverschiebung und der Vervielfältigung. Hierzu gehören Mittel wie Bühnenperformances, *pink & silver* Demonstrationen und *radical cheerleading*.

Neben diesen Strategien werden Mittel zur Skandalisierung und Sichtbarmachung eingesetzt. Das geschieht auf zwei Ebenen: Zum einen wird versucht, Grenzen der Lebbarkeit sichtbar zu machen und zu skandalisieren. Dies wird vor allem von der queer-feministischen Gruppe beispielsweise durch Straßentheater oder dem Organisieren von queeren Musikkonzerten verfolgt. Zum anderen dient die Sichtbarmachung und Skandalisierung auch dem Aufzeigen und Angreifen von gesellschaftlichen Missverhältnissen. Dies wird auch von den linksradikalen Feministinnen zum Beispiel durch Flugblätter und politische Veranstaltungen eingesetzt.

Die dritte Gruppe der eingesetzten Aktionen lässt sich mit Information und Aufklärung beschreiben und wird vor allem von der Gruppe der linksradikalen Feministinnen favorisiert. Hiermit ist zum Beispiel das Schreiben von informativen und aufklärenden

Flugblättern, das Gestalten von Radiosendungen oder das Veran-
stalten von Vorträgen gemeint.

Die jeweilige Widerstandsart ist durch verschiedene Ressourcen geprägt und aus verschiedenen biografischen Erfahrungen und innerfeministischen Kämpfen hervorgegangen. Kollektivität ist beispielsweise im Einzelnen hochgradig umstritten, für viele Aktionen jedoch unerlässlich. Es geht hier allerdings nicht um eine Kollektivität qua Geschlecht oder Begehren, sondern um strategische, temporäre und spontane kollektive Formationen.

Den herausgearbeiteten Widerstandsformen Postfeminismus, Queer-Feminismus und Linksradikaler Feminismus lassen sich also bestimmte Widerstandsarten zuordnen. Es ist dabei keineswegs so, dass jede Diskussionsgruppe, also die konkret handelnden Personen, sich auf eine Widerstandsart beschränken würde. Sie setzen vielmehr verschiedene Mittel ein, wobei ihre Präferenz, Begeisterung und auch die erhofften Wirkungen verschieden sind. Alle drei Gruppen verbinden die drei Arten und Formen des Widerstandes, jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß.

Widerstand erscheint in der Zusammenschau der drei Gruppen als ein sehr facettenreiches Phänomen, das nicht immer eines gezielten Einsatzes bedarf, sondern auch unbewusst durch alltägliches Handeln entstehen kann. Widerstand kann ausgeübt werden mit konkreten partialen Interessen und Motivationen, findet aber auch im alltäglichen Umgang statt, z.B. im Überschreiten von Grenzen der Lebbarkeit. Widerstand erscheint allgegenwärtig, wenn beispielsweise die widerständige Person sich grundlegend im Widerstreit mit strukturellen gesellschaftlichen Bedingungen befindet und somit das Einmischen in alltäglichen Situationen, wie z.B. in rassistische oder homophobe Gespräche an Supermarktkassen als genauso widerständig einordnet wie die Teilnahme an einer Demonstration.

Dabei stellt sich immer die Frage, welche Wirkung widerständiges Verhalten auf einzelne Personen und auf gesellschaftliche Prozesse hat. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der Sichtbarkeit, denn – so wird befürchtet – wenn eine widerständige Handlung für Betrachtende nicht lesbar ist, ist sie möglicherweise wirkungslos.

Die Orte, an denen Widerstand stattfinden kann, sind ebenso

vielfältig wie der Widerstand selbst: Im privaten Raum, in der Öffentlichkeit, in der Subkultur, in der linken Szene und auch in der feministischen Szene wird widerständiges Verhalten eingesetzt. Besonders interessant sind hier diejenigen Erscheinungsorte, die auf den ersten Blick von Gleichgesinnten aufgesucht werden. Dabei wird deutlich, dass die Gruppen ihre spezifische Form des Widerstandes nicht nur nach außen richten, sondern sich auch in einem Kampf um Hegemonie innerhalb der eigenen Szene befinden.

Der komplexe Bedeutungsrahmen von Widerstand kursiert innerhalb der Szene und sorgt an manchen Stellen für Konflikte. Solche entstehen immer dann, wenn zum Beispiel die jeweilige Sichtbarkeit und Wirksamkeit von Mitteln verschieden eingeschätzt werden oder verschiedene und möglicherweise auch konkurrierende Ziele verfolgt werden.

5. Gleichzeitigkeiten

Mit den drei herausgearbeiteten Widerstandsformen postfeministischer Widerstand, queer-feministischer Widerstand und linksradikaler feministischer Widerstand wurde eine Verengung dessen vorgenommen, was in den Gruppendiskussionen jeweils insgesamt thematisiert wurde, um ein jeweils deutliches Profil einer Widerstandsform zu erhalten. Interessant ist hierbei, dass die Gruppen und Gruppenmitglieder auch als Grenzgängerinnen zwischen den Widerstandsformen aktiv oder zumindest begeisterungsfähig sind. Zwar haben sie eine favorisierte Widerstandsform für sich gefunden, aber sie bleiben in einer kritischen Auseinandersetzung, im Austausch oder in Abgrenzung zu den beiden anderen Widerstandsformen. Diese drei idealtypisch, analytisch getrennten Formen befinden sich in einem Kampf um Hegemonie. Doch es wird nicht nur um Hegemonie gekämpft, sondern vor allem wird gemeinsam Politik gemacht. Dies geschieht auf mehreren Ebenen: Erstens führt der inhaltliche Austausch zu permanenten Reflexionen und Präzisierungen der eigenen Positionen. Zweitens gehen alle drei Gruppen Bündnisse miteinander ein, wenn sie zum Beispiel an den gleichen Demonstrationen teilnehmen. Die Szene als Ganzes zeigt eine große Vielfalt. Sie ist vielseitig aktiv und schafft es somit, zwar nicht in Personalunion, aber trotzdem als Bewegung, an mehreren

Fronten gleichzeitig zu kämpfen. Das Ringen um Definitionsmacht untereinander kann insofern auch als besondere Qualität gelesen werden, weil hier versucht wird, die verschiedenen Haltungen zu begreifen. Dass dabei auch verschiedene Ergebnisse herauskommen, unterstreicht die Kontextgebundenheit von Wahrheitsansprüchen in der politischen Praxis, die ebenso in der theoretischen Debatte deutlich wird.

Vor allem in der Gleichzeitigkeit des Auftretens der Anlässe für widerständige Aktionen, also Normativität, Zuschreibung und Wirkmächtigkeit, zeigt sich, dass diese drei Angriffsziele miteinander verwoben sind, voneinander abhängen und sich gegenseitig abstützen. Sie gehen mit verschiedenen, gleichzeitig existierenden feministischen Selbstverständnissen einher und bringen drei Arten widerständigen Handelns hervor, die ein Ensemble jeweils spezifischer Praktiken bilden. Es ist also besonders interessant, die analytisch getrennten Widerstandsformen und die damit einhergehenden Widerstandsarten als ein gemeinsames Widerstandskonzept zu verstehen.

6. Schluss

Es konnte gezeigt werden, dass innerhalb der feministischen Szene differente Prämissen und politische Haltungen existieren, die in permanenter Auseinandersetzung mit denen anderer Gruppen stehen. Das hat auf zwei Ebenen zentrale Bedeutung: Erstens werden durch die verschiedenen Angriffsziele der einzelnen Gruppen innerhalb einer Szene gleichzeitig verschiedene Macht- und Herrschaftsformationen angegriffen. Zweitens ist das Vertreten verschiedener Angriffsziele konflikthaft, konkurrent und unentscheidbar und erfordert deshalb eine permanente selbstreflexive Auseinandersetzung mit den eigenen politischen Zielen und Idealen.

So kann die Gleichzeitigkeit verschiedener post-/queer-/linksradikal-feministischer Positionen als Spiegel komplexer Macht- und Herrschaftsformationen verstanden werden. Es muss also davon ausgegangen werden, dass Macht- und Herrschaftsverhältnisse keinen monolithischen Block bilden, sondern dass sie vielmehr als historisch spezifische Macht- und Herrschaftskonfiguration wirken, die ein Konglomerat aus symbolischen und strukturellen Effekten

bildet. Um diese Konfigurationen erfassen zu können, kann eine partial und temporär verbindende Perspektive anstelle einer polarisiert geführten Auseinandersetzung hilfreich sein.

Es zeigt sich, dass ähnlich wie innerhalb der Theoriedebatten zum einen gegen strukturelle Ungleichheit und zum anderen gegen symbolische Normalisierungen angekämpft wird. Die nebeneinander existierenden Strategien zeigen zum einen den Kampf um Hegemonie innerhalb der untersuchten Szene, zum anderen aber auch, welche konkreten Unterordnungsverhältnisse von der Szene als relevant eingeschätzt werden. Diese werden durch die verschiedenen Widerstandsformen gespiegelt. Mit Postfeminismus, Queer-Feminismus und Linksradikelem Feminismus versuchen die Gruppen der als eingrenzend empfundenen Normalisierungs- und Subjektivierungsmacht wie auch struktureller Macht in einer Mehrfachstrategie neue Entwürfe entgegenzustellen. Diese Strategie ist jedoch nicht als Form eines Konsenses zu verstehen, in dem sich alle drei widerstreitenden Selbstverständnisse wieder finden könnten. Sie muss vielmehr als Fotografie eines Moments innerhalb eines sich permanent erneuernden Konfliktes verstanden werden.

Der Konflikt wird von den einzelnen Personen oder Gruppen innerhalb einer Szene nicht gelöst, jedoch ist die Szene genau wegen dieses Konfliktes in der Lage, der Gleichzeitigkeit widersprüchlicher Machtformationen zu begegnen. Denn der Konflikt verweist darauf, dass kein Konzept formuliert werden kann, das universal für alle drei Gruppen gelten würde. Die widerstreitenden Positionen zeigen hingegen auf jeweils verschiedene Machtformen, die gleichzeitig angegriffen werden. So gelingt es der untersuchten Szene die Ebenen der symbolischen und der strukturellen Ungleichheit durch den Einsatz dreier verschiedener Formen von Interventionsarten miteinander zu verbinden: Erstens Interventionen auf der Ebene der Repräsentation, zweitens Intervention durch Skandalisierung und Sichtbarmachung und drittens Interventionen durch Information und Aufklärung. Erstere werden vor allem zum Zwecke der Bedeutungsverschiebung und der Vervielfältigung von ›Normalität‹ und ›Natürlichkeit‹ eingesetzt, um die Grenzen der heterosexuell verfassten Zweigeschlechtlichkeit anzugreifen; die zweite Interventionsebene, um Ungleichheit und marginalisierte Lebensformen zu skandalisieren und dadurch sichtbar zu machen und die dritte, um

Missverhältnisse zu thematisieren und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu kritisieren.

Die verschiedenen, auf bestimmte Machtformationen gerichteten Strategien erzeugen im Gesamtbild paradoxe Effekte, denn was die eine Gruppe bekämpft, ist für die andere Gruppe eine notwendige Voraussetzung ihrer Politik. Die dadurch bedingte Konflikthaftigkeit hat eine permanente Auseinandersetzung mit den immer notwendigen Grenzen von Gleichheit und Gerechtigkeit zur Folge, die durch die verschiedenen Konzeptionen von Widerstand sichtbar werden. Jede Form des Widerstandes erzeugt durch die Fixierung Ausschlüsse und muss genau deshalb stets umkämpft bleiben. Die Differenzen zwischen den Gruppen brauchen innerhalb der Szene ihren Platz. Es kann nicht darum gehen, Konsense zu erzwingen, sondern vielmehr ist der konflikthafte Charakter der Auseinandersetzungen die Möglichkeit, plurale und unentscheidbare Werte zu verhandeln, zu schärfen und zu präzisieren. In dieser Perspektive wird der Kampf um Bedeutungen nicht zu einem Phänomen, das konsensuell gelöst werden sollte, sondern vielmehr drückt er die Anerkennung der Unlösbarkeit von Bedeutungskämpfen aus.

Literatur

- Amann, Marc (2005): radical cheerleading. Akrobatik und subversives Reimen. In: Amann, Marc (Hg.): go.stop.act! Die Kunst des kreativen Straßenprotests. Geschichten – Aktionen – Ideen. Grafenau, Frankfurt am Main, 137–140.
- autonome a.f.r.i.k.a gruppe; Blissett, Luther; Brünzels, Sonja (2001): Handbuch der Kommunikationsguerilla. Berlin.
- Baldauf, Anette; Weingartner, Katharina (1998): Lips. Tits. Hits. Power? Popkultur und Feminismus. Wien, Bozen.
- Becker-Schmidt, Regina (1998): Zum feministischen Umgang mit Dichotomien. In: Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne. Frankfurt am Main, 84–152.
- Bohnsack, Ralf (2000): Gruppendiskussion. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbeck bei Hamburg, 369–384.
- Bohnsack, Ralf (2003): Dokumentarische Methode. In: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried; Meuser, Michael (Hg.) (2003): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. Ein Wörterbuch. Opladen, 40–44.

- Bohnsack, Ralf; Nentwig-Gesemann, Iris; Nohl, Arnd-Michael (Hg.) (2001): Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Opladen.
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main.
- Butler, Judith (1997): Körper von Gewicht. Frankfurt am Main.
- Corbin, Juliet (2003): Grounded Theory. In: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried; Meuser, Michael (Hg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. Ein Wörterbuch. Opladen, 70–75.
- Derrida, Jacques (2004): Grammatologie. 9. Aufl., Frankfurt am Main.
- Dietze, Gabriele (2003): Allegorien der Heterosexualität. Intersexualität und Zweigeschlechtlichkeit – eine Herausforderung an die Kategorie Gender? In: Die Philosophin. Forum für feministische Theorie und Philosophie. Themenheft: Intersex und Geschlechterstudien, Dezember 2003, Heft 28, 9–35.
- Foucault, Michel (1987): Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, Hubert L.; Rabinow, Paul: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt am Main, 241–261.
- Foucault, Michel (1998): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I. 10. Aufl., Frankfurt am Main.
- Fraser, Nancy (1993): Falsche Gegensätze. In: Benhabib, Sheila; Butler, Judith; Cornell, Drucilla; Fraser, Nancy: Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. Frankfurt am Main, 59–79.
- Gottlieb, Joanne; Wald, Gayle (1995): Smells Like Teen Spirit. Riot Grrrls, Revolution und Frauen im Independent Rock. In: Eichhorn, Cornelia; Grimm, Sabine (Hg.): Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik. Berlin, Amsterdam, 167–189.
- Groß, Melanie (2003): Von riot grrrls, Cyberfeminismus und Kommunikationsguerilla – Postfeministische Strategien. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Heft 87, 81–91.
- Groß, Melanie (2006): »All genders welcome« – Ladyfeste im Netz. In: Tillmann, Angela; Vollbrecht, Ralf (Hg.): Abenteuer Cyberspace. Jugendliche in virtuellen Welten. Berlin, 77–87.
- Holland-Cunz, Barbara (2003): Die alte neue Frauenfrage. Frankfurt am Main.
- Kailer, Katja; Bierbaum, Anja (2002): Girlism. Feminismus zwischen Subversion und Ausverkauf. Berlin.
- Niekant, Renate; Schuchmann, Uta (Hg.) (2003): Feministische Erkenntnisprozesse. Zwischen Wissenschaftspraxis und politischer Praxis. Opladen.
- Plößer, Melanie (2005): Dekonstruktion ~ Feminismus ~ Pädagogik. Vermittlungsansätze zwischen Theorie und Praxis. Königstein im Taunus.
- Strauss, Anselm L. (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. München.
- Strauss, Anselm; Corbin, Juliet (1996): Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim.

-
- Weber, Jutta (2001): Ironie, Erotik und Techno-Politik: Cyberfeminismus als Virus in der neuen Weltunordnung? Eine Einführung. In: Die Philosophin. Forum für feministische Theorie und Philosophie, Heft 24, 81–97.
- Wehr, Christiane (2007): Queer und seine Anderen. Zu den Schwierigkeiten und Möglichkeiten queerer Bündnispolitik zwischen Pluralismusansprüchen und Dominanzeffekten. In: Melanie Groß, Gabriele Winker (Hg.): Queer-/Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse. Münster, 149–168.

Buchbesprechung: Claudia Unterweger: Talking Back.

Strategien Schwarzer österreichischer Geschichtsschreibung

Wien 2016

Geschichtsschreibung nach herkömmlich wissenschaftlichen Kriterien über Menschen afrikanischer Herkunft in Österreich, die gibt es selten genug und findet noch seltener Eingang in den Unterricht an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen.

Claudia Unterweger, Historikerin, Journalistin und Aktivistin der *Recherchegruppe Schwarze österreichische Geschichte*, zeigt, dass das bei weitem nicht genügt. *Weiß*e Österreicher_innen müssen sich bei der Lektüre von „Talking back“ immer wieder an der Nase nehmen und erkennen, wo ihre Wissenslücken liegen, wo sie unsensibel, besserwisserisch und von vergangenen und gegenwärtigen gesellschaftlichen Umständen belastet sind.

Die Autorin hat den Mut zu einem ganz wesentlichen Schritt, nämlich den Spieß umzudrehen und in einem radikalen Perspektivenwechsel Geschichtswissenschaftlichkeit neu zu definieren, um sie in den Dienst jener Menschen zu stellen, die bisher die „Anderen“, die Beobachteten und Beschriebenen aus der Perspektive der westlichen, *weißen* Herrschenden waren und sind.

In dominanter Geschichtsschreibung und Öffentlichkeit werden die als „Anderer“ und als „fremd“ Definierten, nach wie vor exotisiert oder kriminalisiert, ihre Sprechpositionen und Selbstrepräsentationen werden marginalisiert. Daher ist das Sichtbarmachen der Erfahrungen Schwarzer Menschen in Österreich an sich schon als Widerstand gegen Unterdrückung und Diskriminierung einer minorisierten Position durch den *mainstream* zu werten. Zentrale Begriffe und Sprachverwendungen im Sinne einer emanzipatorischen antirassistischen Geschichtsschreibung, wie etwa der Ausdruck

Rassifizierung (der auf den Prozess der Zuschreibung hinweist), die Schreibweisen „Schwarz und weiß“, die strategische Verwendung der Selbstbezeichnung als Menschen afrikanischer Herkunft werden eingangs ausführlich erläutert.

Claudia Unterweger bezieht in ihre Forschung die Ergebnisse und Ansätze aus den Postcolonial Studies ein und orientiert sich an afrozentrischen und feministischen Wissenschaftstheorien. Sie stellt ihre Theorie-Ansätze vor und beschäftigt sich mit Fragen zu Gedächtnistheorie und Geschichtspolitik, deren Erzählstrategien *minority histories* als Instrument politischer Befreiungsbewegungen dienen können. Als Analysegrundlagen gelten z.B. die Forschungen von Stuart Hall, Michel Foucault, bell hooks, Achim Landwehr, Gayatri Chakravorty Spivak und vieler anderer. Die von der Soziologin bell hooks beschriebene Praxis des *talking back* spielt dabei eine bedeutende Rolle, sie bezeichnet „das Sprechen unterdrückter, kolonisierter, ausgebeuteter Menschen, die im Prozess der Selbstermächtigung eine eigene Stimme und Sprache entwickeln und ihre Anliegen hörbar machen.“ (Unterweger 2016, 44)

2005 wurde in Wien die *Recherchegruppe zu Schwarzer österreichischer Geschichte* gegründet, deren Teilnehmer_innen ihre Erfahrungen und eigenen Geschichten in ein gemeinsames Kollektivgedächtnis einfließen lassen. Ihre jeweils eigene, vom sozialen Status und der genderspezifischen Zuordnung geprägte Lebensrealität birgt für sie als Schwarze, in Österreich lebende Aktivist_innen viel Potential für Bewusstseinsarbeit, um sich darüber hinaus als gesellschaftlich unterrepräsentierte soziale Gruppe mit dem Kampf um gleiche Bürger_innen- und Menschenrechte im heutigen Österreich identifizieren zu können. Die *Recherchegruppe* hält den österreichischen Traditionen historischer Überlieferung und den damit verbundenen Bildern von Schwarzen Menschen vom 18. Jahrhundert bis heute Gegenbilder, eben ein „Talking back“, entgegen.

Rassismus, Gewalt und Benachteiligung prägen in der heutigen Gesellschaft die Erfahrungen Schwarzer Menschen in Österreich. „Talking back“ gibt Einblicke ins Geschehen der letzten Jahrzehnte – tödliche Übergriffe der Exekutive, mediale Hetze, gesetzliche Benachteiligungen usw. 2006 nahm die *Recherchegruppe* im Rahmen des Wiener Mozartjahres die Möglichkeit wahr, ein Ausstellungsprojekt zu verwirklichen, um den kritischen Blick vom 18. Jahrhun-

dert ins gegenwärtige Geschehen wandern zu lassen und die nationale österreichische Selbstwahrnehmung in Vergangenheit und Gegenwart öffentlich zu machen. Unter dem Titel „Verborgene Geschichte/n. remapping Mozart“ wurden soziale Ungleichheit und Ausschlüsse in der heutigen österreichischen Gesellschaft thematisiert und die historischen Hintergründe dafür aufgezeigt. Claudia Unterweger erläutert die Erfolge und die Schwierigkeiten der *Recherchegruppe*. Der transnationale Blick auf die Erfahrungen Schwarzer Menschen hilft, die heute gängigen Stereotypen, die von jahrhundertealten Klischees über Afrika und Afrikaner_innen bestimmt sind, im verzweigten (post-)kolonialen Netz zu orten. Die Forschenden suchen vor allem nach Handlungen widerständiger Art, seien sie noch so klein. Die Quellenlage für diese historische Forschung ist nicht nur für die *Recherchegruppe* lückenhaft, Selbstzeugnisse zur Klärung von Fragen nach Identität und Selbstwahrnehmung Schwarzer Menschen sind kaum überliefert.

Die *Recherchegruppe* fokussiert koloniale Herrschaftsverhältnisse und rassistische Praktiken in der Geschichte Österreichs, denn gerade diese Zusammenhänge gehen in der „großen“ Geschichte unter, werden in der traditionellen Historiographie verharmlost und finden sich verräterisch in unserem Sprachgebrauch wieder. Wichtig für den heutigen Sprachgebrauch, selbstkritisch betrachtet, vor allem in der Verantwortung von Lehrenden, ist demnach eine emanzipatorische Sprachpraxis, die sich an den Wünschen und Rechten Schwarzer Menschen orientiert.

Ein eurozentrisch geprägtes Verständnis von Wissenschaftlichkeit steht der selbstbestimmten Geschichtsschreibung Schwarzer Befreiungsbewegungen konträr entgegen. Im Rechercheverlauf und in den Projektergebnissen der Gruppe gibt es unterschiedliche Zugänge und werden unterschiedliche Formen von Wissen mit gleicher Wertschätzung wahrgenommen. Verschiedene Sprachen, Gestaltungsmöglichkeiten, Medienzugänge, Rap-Skills und popkulturelle Mittel zur Wissensweitergabe erfahren Akzeptanz und Respekt.

Im Kapitel über Gedächtnis, Sprache und Wissen wird eine Fülle an Analysen und Informationen geboten: Über den Zusammenhang von kollektivem Gedächtnis, Geschichtspolitik, Geschichte als Instrument politischer Befreiungsbewegungen und das Sprechen als

Subalterne, zum Diskurs und dem Herstellen von Bedeutung sowie über Sprache als Zeichensystem zur Bedeutungsproduktion und über Wissen und Macht.

Claudia Unterweger und die *Recherchegruppe* arbeiten dabei interdisziplinär und beziehen sich auf Theorien und Ansätze der Postcolonial Studies, insbesondere in der Dekonstruktion von historisch überlieferten Darstellungen Schwarzer Frauen und Männer. Diese Darstellungen erfahren eine postkoloniale Kritik, es werden ihnen im Gegenzug eigene Bilder und emanzipatorische Gegenentwürfe, wie die „*African queen*“ und die Verbundenheit herstellende Begriffe der *sisters* und *brothers*, gegenübergestellt. Der Bezug auf ethnisierte Identitäten hat dabei, wie Unterweger zeigt, für minorisierte Positionen eine wesentliche und andere Bedeutung als für Vertreter_innen einer strukturell privilegierten *weißen* Dominanzgesellschaft.

Als Fazit gibt das letzte Kapitel einen Überblick über die Strategien einer Schwarzen österreichischen Geschichte. „*Die Schwarze österreichische Geschichte ist eine Vergangenheitserzählung, in der die Aktivist_innen der Recherchegruppe die Subjektstärkung Schwarzer Menschen heute im Blick haben.*“ (Unterweger 2016, 202)

Dazu gehört

- dass mit der Anwesenheit Schwarzer Menschen in Österreich eine Verwurzelung hier und eine entsprechende Behandlung auf Augenhöhe verlangt werden kann.
- die Strategie des *claiming*, ein Rückgriff auf widerständige Leitfiguren, wie sie zum Beispiel in der Ausstellung „Was aller Welt unmöglich scheint“ der *Recherchegruppe* 2006 umgesetzt wurde.
- die Strategie des Imaginierens, die das Element der Utopie mit Geschichtsschreibung kombiniert. Die *Recherchegruppe* verwendet den imaginären Eigen-Sinn als Strategie in ihrer Konstruktion einer widerständigen Geschichte Schwarzer Menschen.
- das Erstellen eines großen virtuellen Kollektivs von Schwarzen Frauen und Männern aus unterschiedlichen Zusammenhängen und Jahrhunderten als *sisters* und *brothers* präsent ist.
- der Versuch historische Schauplätze Schwarzer Geschichte im Stadtplan von Wien exakt zu verorten (z.B. Josefine Soliman Straße).

- das Erforschen und Anwenden einer emanzipatorischen Sprachpraxis notwendig ist.
- Herrschaftsmechanismen wie Sexismus und Rassismus offenzulegen sind.
- Marginalisierten nach Möglichkeit Gehör zu verschaffen ist.

„All diese Strategien dienen der Recherchegruppe in ihrem Reden über Vergangenes dazu, in die gegenwärtige Repräsentation Schwarzer Menschen einzugreifen und ermächtigende Entwürfe und Positionen auf verschiedenen Ebenen zu vermitteln“, heißt es abschließend in *„Talking back“* (Untergere 2016, 212).

Ein angeschlossenes Glossar, ein Anhang mit Bildern und Textbeispielen, sowie ein Quellen-, Materialien- und Abbildungsverzeichnis ergänzen hilfreich die Arbeitsmöglichkeiten speziell für lesende Lehrende.

Lisa Bolyos, Daniela Koweindl

Wir protestieren Arbeitskämpfe von Erntearbeiter_innen in Österreich

Violeta Popa hat es getan, Andrei und Bogdan Oancea haben es getan, 70 weitere Kolleg_innen gemeinsam im Inntal in Tirol ebenso: Sie alle sind für ihre Rechte als Erntearbeiter_innen eingetreten und haben einen Arbeitskampf geführt, um vorenthaltene Löhne einzufordern. Sie haben sich gewerkschaftliche Unterstützung geholt, sich mit ihren Anliegen an die Medien gewandt. Sie haben sich nicht kleinkriegen lassen und haben ihre Rechte gerichtlich oder außergerichtlich erkämpft. Was ist das für ein Arbeitskampf, den Erntearbeiter_innen führen müssen?

Erntearbeit (oft auch rechtlich etwas unscharf „Erntehilfe“ oder „Saisonarbeit“ genannt) ist in Österreich wie in ganz Europa ein sehr prekäres Arbeitsfeld. Die Landwirtschaft ist in vielen Arbeitsschritten von äußeren Faktoren Wetter und Jahreszeit abhängig. Der Bedarf an Arbeitskraft ist unregelmäßig, und es gibt kulturbedingte Arbeitsspitzen: vom Spargel im Frühling, über Erdbeeren, Gurken, Salat bis hin zu den Äpfeln und der Weinlese im Herbst.

Für viele Landwirt_innen ist es daher wünschenswert, Arbeitskräfte nur temporär und nicht das ganze Jahr über anzustellen. Darum wurde von der Arbeitgeber_innenseite, ähnlich wie in der Tourismusbranche, die Möglichkeit ausgehandelt, saisonale Arbeitsverträge abzuschließen. Die erlauben es, etwa zur Ernte wochen- und monatsweise Arbeitskräfte zu beschäftigen. Saisonale Arbeit hat mehrere Nachteile, der augenscheinlichste darunter: Sie bietet keine Versorgungssicherheit. Wer weiß, ob der Bauer, die Bäuerin im nächsten Jahr wieder Arbeitskräfte braucht und ob wieder dieselben Leute eingestellt werden? Diese Vertragsunsicherheit macht es extrem schwer, sich für die eigenen Rechte einzusetzen. Wer protestiert, riskiert die Wiedereinstellung im nächsten Jahr. Oft dauern

die Arbeitsverhältnisse aber weit länger an als die Erntesaison; viele Arbeiter_innen werden über Jahre hinweg jeweils sechs bis neun Monate am Stück angestellt. Was also offiziell als kurzfristiges Arbeitsverhältnis zum Decken des Bedarfs bei Arbeitsspitzen gedacht war, ist zum prekären „Normalarbeitsverhältnis“ in der Branche geworden.

Arbeitsrechte? Die stehen im Kollektivvertrag

Es gibt jedoch auch eine Reihe von Mindeststandards, die nicht unterschritten werden dürfen. Die Erntearbeit unterliegt in Österreich bundesländerspezifischen Kollektivverträgen. Diese sind bindend, das heißt, alle Arbeitgeber_innen – alle Bauern und Bäuerinnen – haben sich daran zu halten. Im Kollektivvertrag sind insbesondere Mindestlohnhöhe, Überstundenvergütung und maximale Arbeitszeiten geregelt, aber auch Unterbringungs- und Verpflegungskosten. Letztere sind in der landwirtschaftlichen Lohnarbeit von hoher Relevanz, weil die Arbeiter_innen oft direkt am Hof oder in dem Hof zugehörigen Gebäuden wohnen und die Arbeitgeber_innen oft genau hier vertragsbrüchig werden: Sie ziehen mehr als erlaubt für Kost und Logis vom Lohn ab und „sparen“ damit Kosten. Die im Kollektivvertrag festgeschriebenen Löhne (die in jährlichen „Kollektivvertragsrunden“ neu ausgehandelt und angepasst werden) bleiben aber im Branchenvergleich ohnehin auf sehr niedrigem Niveau: Für 2017 beträgt der Bruttomonatslohn (für 40 Wochenstunden) in der Erntearbeit im Burgenland zum Beispiel 1.279,04 Euro, in Oberösterreich 1.175,00 Euro. Das entspricht einem Nettostundenlohn von rund 6 Euro. In der Praxis jedoch werden diese Löhne dennoch vielfach unterschritten, Überstundenzuschläge kaum ausbezahlt, Sonderzahlungen ignoriert. Davon weiß auch Lilla Hajdu zu berichten, sie arbeitet für die Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) Burgenland, macht Rechtsberatung und kümmert sich um das Einholen von ausstehenden Löhnen, wenn Erntearbeiter_innen sich zur Wehr setzen wollen: „Ich nehme Kontakt mit den Arbeitgeber_innen auf und versuche, für die Person Geld herauszuholen, wenn etwas ausständig ist – was in 99% der Fälle so ist. Irgendetwas ist immer ausständig.“

Das Bild vom idyllischen Bauernhof

In der Werbung – und von der bäuerlichen Berufsvertretung – werden landwirtschaftliche Betriebe gern als Familienbetriebe beschrieben. Darunter sollen sich die Konsument_innen zwei bis drei Generationen vorstellen, die gemeinsam auf einem malerischen Hof leben, wo ihnen die naturnahe Arbeit mit Tieren und Pflanzen leicht von der Hand geht. Solche Mehrgenerationenbetriebe, in denen die Arbeit innerhalb der Familie aufgeteilt wird, gibt es zweifelsohne. Das heißt nicht, dass die Arbeit leicht ist oder dass sie allen Spaß macht oder gar lukrativ erscheint (was sich daran ablesen lässt, wie viele Kinder sich gegen eine elterliche Hofübernahme entscheiden, sei es aus sozialen oder aus ökonomischen Gründen oder aus einer Mischung von beiden), aber die Produktionsmittel – Hof, Maschinen, Grund, Viehbestand usw. – gehören immerhin denen, die damit arbeiten. Kleine Höfe – die sogenannten kleinbäuerlichen Betriebe – gehen in Österreich zahlenmäßig massiv zurück. Jährlich werden mehrere tausend Betriebe aufgelassen, weil sich das (Land) Wirtschaften dort schlicht nicht mehr ausgeht. Der Grund ist, dass die europäische und auch die spezifische österreichische Landwirtschaftspolitik sich dem Prinzip des „Wachsens oder Weichens“ verschreibt, das heißt zum Beispiel, dass landwirtschaftliche Förderungen in erster Linie flächenstarken Betrieben zugute kommen und kleinstrukturierte, flächenarme Höfe benachteiligt werden. Die EU lässt hierbei offen, ob Nationalstaaten sich für ein gleichmäßiges Flächenfördersystem entscheiden oder dafür, dass ein bestimmter Grundsockel an Hektaren höher gefördert wird als alles, was darüber hinausgeht. Dieses zweite System würde kleinen Höfen zum Vorteil gereichen (und die österreichische Kleinstrukturiertheit, wie sie in der Lebensmittel- und Tourismuswerbung suggeriert wird, erhalten helfen), die österreichische Bundesregierung hat sich aber dagegen entschieden.

Hinzu kommt ein hoher Preisdruck, der vor allem vom Lebensmitteleinzelhandel ausgeht. In Österreich sind die Ketten Spar, Hofer und Rewe marktbestimmend. Sie nehmen so viele Lebensmittel ab, dass sie über die Preise entscheiden können. Das geht so weit, dass die Unternehmen auch über die Produktionsbedingungen bestimmen, wenn Höfe zum Beispiel für die konzerneigenen Bio-Ei-

genmarken (darunter «Ja Natürlich», «Zurück zum Ursprung» etc.) liefern. Die Bauernhöfe sind also zunehmend vom Regelwerk weniger Unternehmen abhängiger als von gesetzlichen Vorgaben. Das ist demokratiepolitisch ein großes Problem. Plus: Wer schlechte Preise für seine oder ihre Produkte bekommt, wird versuchen, am untersten Glied der Kette zu sparen – den Arbeiter_innen und ihren Lohnkosten. Übrigens unabhängig davon, ob bio oder konventionell produziert wird.

Wer macht wo die Landarbeit?

Zurück zum Schlagwort „Familienbetrieb“. Auch der Inntaler Schotthof, der größte Gemüsebetrieb in der Region, ist ein Familienbetrieb – weil der Besitz in einer einzigen Familie liegt, was bei landwirtschaftlichen Betrieben anders als bei Unternehmen der Industrie und des Handels durchaus noch die gängigste Eigentumsstruktur ist. Das bedeutet aber nicht, dass die Arbeit nicht ausgelagert, also externe Lohnarbeitskraft zugekauft wird. Große Betriebe wie der Schotthof beschäftigen zu Arbeitsspitzen mehr als einhundert Lohnarbeiter_innen. In welchen Kulturen wird landwirtschaftliche Lohnarbeit zugekauft? Vor allem da, wo Arbeit nach wie vor von Hand verrichtet werden muss – oder von Hand verrichtet billiger ist: Erdbeerpflücken, Weinlesen, Spargelstechen, Gemüse und Obst ernten. In manchen Ländern ist auch das Hüten von Vieh eine typisch ausgelagerte Arbeit: Hirt_innen in Westrumänien etwa sind in den seltensten Fällen auch Viehbesitzer_innen, Älpler_innen in der Schweiz sind zu einem Großteil österreichische und deutsche Saisonarbeitskräfte. Das führt uns zu der Überlegung, wieso und wohin Leute „auf Saison“ gehen. Bis in die 1960er Jahre war es im Burgenland (genauso übrigens wie in den USA) üblich, dass Kleinstbäuer_innen in der eigenen Herkunftsregion auf Saison gegangen sind. Weil sie von ihrem eigenen Betrieb nicht leben konnten, sind sie „mit der Ernte mitgegangen“ und als Lohnarbeiter_innen von Hof zu Hof gezogen. Heute wird das kaum mehr gemacht, eine Ausnahme ist die landwirtschaftliche Lohnarbeit, die über den Maschinenring vermittelt wird – und zu der zum Beispiel das gut entlohnte, maschinelle Lohndreschen gehört. Bäuer_innen, die heute in Österreich nicht von ihrem Hof leben können, und das sind sehr viele,

gehen im Nebenerwerb nicht auf den Nachbarhof, sondern in die Städte arbeiten. Die Dichte der Mühlviertler Bauern etwa, die unter der Woche im Schichtbetrieb der Linzer VOEST-Werke arbeiten, ist bemerkenswert hoch. Der Lohn in der VOEST ist aber eben auch viel höher als der in der landwirtschaftlichen Lohnarbeit. Detail am Rande: Die Branchengewerkschaft der Metallindustrie, namentlich die Produktionsgewerkschaft (PRO-GE), vertritt auch die landwirtschaftlichen Erntearbeiter_innen.

Warum geht aber eine österreichische Studentin in die Schweiz „auf Saison“, um auf der Alp zu käsen? Weil das Lohnniveau zwischen der Schweiz und Österreich ähnlich wie zwischen Österreich und Rumänien oder Serbien sehr hoch ist. Der Monatslohn auf der Alp mag weit unter dem Schweizer Mindestlohn liegen, für eine durchschnittliche österreichische Arbeitnehmer_in geht es dabei immer noch um viel Geld. Genauso verhält es sich in der österreichischen Landwirtschaft: 1.100 Euro im Monat kann für den österreichischen Arbeitsmarkt als Niedriglohn gelten (davon eine Wohnung, den Lebensunterhalt und die Ausbildung von zwei oder drei Kindern zu bezahlen und dann noch an kulturellen Angeboten teilzuhaben, ist so gut wie unmöglich); für eine rumänische Lehrerin, einen serbischen Lohnarbeitslosen ist es im Vergleich zu Lohn oder Arbeitslosengeld im Herkunftsland viel Geld.

Lohndumping. Was steckt dahinter?

Gehen wir einmal davon aus, dass kein Lohnbetrug stattfindet und die Arbeiterin, der Arbeiterin am Ende des Monats oder am Ende der Saison voll ausgezahlt wird. Dann bleibt immer noch die Diskussion über das sogenannte „Lohndumping“. Lohndumping ist ein etwas irreführender Begriff, will aber sagen, dass so viel Arbeitskraft am Markt ist, die aufgrund der Konkurrenz so billig angeboten wird, dass die Löhne sinken. Darum wird gern argumentiert – fast überall auf der Welt – dass diejenigen, die ihre Arbeitskraft billig anbieten, die also aufgrund ihrer geringeren Lebenshaltungskosten für weniger Geld zu arbeiten bereit sind bzw. es aufgrund ihrer rechtlich prekären Situation am Arbeitsmarkt sein müssen, die Löhne drücken. Von diesem Argument zum Rassismus am Arbeitsmarkt ist es nicht mehr weit: An den schlechten Löhnen sind „die

Ausländer_innen“ Schuld, darum müssen sie vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben. Fakt ist jedoch, dass an schlechten Löhnen immer die Arbeitgeber_innen Schuld sind, die die Situation der Nachbarländer (oder verarmter Bevölkerungsgruppen im eigenen Land) ausnützen, weil sie wissen, sie werden Arbeitskräfte finden, die für wenig Geld zu arbeiten bereit sind. Darum ist es Aufgabe der Gewerkschaften, Arbeitnehmer_innen unabhängig von Herkunft und Staatsangehörigkeit zu vertreten und für alle ein hohes Lohnniveau zu erkämpfen.

Arbeitskampf, selbstorganisiert: Wir wollen unser Recht!

Sehen wir uns so einen Arbeitskampf am Beispiel der Arbeiter_innen vom bereits erwähnten Schotthof, dem größten Gemüsebaubetrieb im Tiroler Inntal, an. Im Oktober 2013 entschlossen sich 70 von 120 Erntearbeiter_innen, die Arbeit niederzulegen. Sie forderten die Auszahlung ausstehender Löhne und Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld). „Wir sind am 1. Oktober um 6 Uhr morgens ins Büro gegangen und haben dem Chef gesagt, wir wollen unsere ausstehenden Löhne für all die Jahre, die wir gearbeitet hatten.“, erinnert sich Sorin Oprişiu. „Ich sagte ihm: Wir wollen unser Recht! Er tat so, als würde er nicht verstehen.“ Sorin Oprişiu war gemeinsam mit seiner Partnerin seit zehn Jahren am Schotthof beschäftigt gewesen. 2013 arbeitete er am Betrieb als Vorarbeiter. „In Wahrheit wussten wir seit Jahren, dass der [Betriebsleiter vom Schotthof] Norz auf unsere Kosten und auf Kosten unserer Rechte reich wird, aber wir verdrängten es einfach.“ Als jahrelange Mitarbeiter_innen konnten sie beobachten, wie der Schotthof als Betrieb wuchs. Dass sie sich schließlich gegen den ständigen Betrug wehrten, war durch das Beispiel zweier Kollegen motiviert: „Der Auslöser war ein Ereignis, das ein Jahr zurücklag, als zwei Arbeiter aus Serbien ihre rechtlichen Ansprüche im Büro eingefordert hatten und mehrere Tausend Euro erhalten haben. Wir alle wussten davon. Wir taten zu diesem Zeitpunkt nichts, aber das Feuer war entfacht.“ Hinzu kam, dass eine Arbeiterin sich über ihre Arbeitsrechte informiert hatte und diese Infos an die Kolleg_innen am Betrieb weitergab. „Jede_r hatte auch eine eigene persönliche Motivation, aber wir haben uns zusammengeschlossen, wir fühlten uns gemeinsam

stark.“ Nachdem der Betriebsleiter Norz nicht zahlen wollte, protestierten die Arbeiter_innen mit eindrucksvoller Geste auf dem Betriebsparkplatz. Vorbeifahrende wurden aufmerksam, eine soll gefragt haben, „Was macht ihr hier? Ihr braucht ein Transparent, damit klar ist, was hier passiert.“ In giftgrünen Lettern gaben sie ihrem Kampf daraufhin weithin sichtbaren Ausdruck: „Wir protestieren“, sprayten sie auf ein großes Stück Kartonverpackung. Das Foto, das ein Pressefotograf von dieser Protestversammlung machte, wurde ikonisch für den Arbeitskampf in der Inntaler Gemüseproduktion.

Der Zeitpunkt Anfang Oktober war nicht zufällig gewählt. Die Saison ging dem Ende zu, für viele Arbeiter_innen stand die Rückreise nach Rumänien und Serbien bevor. Ob sie im nächsten Jahr wieder Arbeit bekämen, war ungewiss. Die miserablen Arbeitsbedingungen hatten sie gründlich satt. „Wir haben 14 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche unter enormem Stress gearbeitet.“, erzählt Sorin Oprișiu. Das ging nicht zuletzt auf die Gesundheit. „Wir haben nie die Zuschläge für Überstunden bezahlt bekommen, kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Für alles mussten wir aufkommen: für das Werkzeug, für die Gummiringel, für ein kleines Zimmer, für unser Essen, für die Waschmaschine ... für alles.“ Seine Partnerin habe zusätzlich immer wieder bei einer Freundin der Chefin im Haus geputzt „und in der Stunde 5 Euro verdient.“ Auch das ist ein Verstoß, der regelmäßig vorkommt: Arbeiter_innen werden für außerlandwirtschaftliche Arbeiten eingesetzt; und sie werden an befreundete oder verschwisterte Höfe „ausgeliehen“. Hausarbeit, Bauarbeit, Leiharbeit – all das widerspricht der Anstellung als Erntearbeiter_und dem zugrunde liegenden Kollektivvertrag.

Wer vertritt wessen Interessen?

Die Arbeiter_innen vom Schotthof wandten sich zuerst an die Landarbeiterkammer, die ihre gesetzliche Vertretung ist. „Vor dem Protest waren wir in der Landarbeiterkammer, um uns zu informieren. Damals hat uns der Rechtsreferent, Günter Mösl, gesagt, wir sollen versuchen, es betriebsintern zu lösen, also direkt mit dem Chef. Da merkte ich schon, dass er uns nicht unterstützen wollte.“, sagt Sorin Oprișiu auf die Frage, ob und wo sie sich arbeitsrechtliche Unterstützung geholt hätten. „Am Tag des Protests war Mösl wieder da,

mit uns und mit dem Chef im Büro. Er hat sehr schnell Deutsch gesprochen mit dem Norz, sodass wir nichts verstanden haben. Danach verschwand er einen Tag, war nicht mehr erreichbar. Mir ist vorgekommen, er war eher auf der Seite des Bauern. Er hätte sich für uns einsetzen sollen, uns Mut machen und Informationen geben. Das tat er aber nicht.“ Günter Mösl widerspricht dieser Version nicht weiter. Er sei von den Medien kontaktiert worden und habe so die Dringlichkeit erkannt, dem Betrieb gemeinsam mit einem Kollegen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion einen Kontrollbesuch abzustatten. Diese „Kontrolle“ habe er beim Bauern angekündigt. Hier ist wichtig zu wissen, dass sich (in Tirol) die Landwirtschaftskammer als Arbeitgeber_innenvertretung und die Landarbeiterkammer als Arbeitnehmer_innenvertretung – anders als etwa Wirtschafts- und Arbeiterkammer – politisch und personell sehr nahe stehen. Symbolisch (aber auch praktisch) steht dafür die Tatsache, dass die beiden Institutionen in mehreren Landeshauptstädten im selben Haus untergebracht sind; das wäre im Fall von WKO und AK undenkbar.

Nachdem von der eigenen Interessenvertretung keine Unterstützung kam, war die Arbeiterkammer über Vermittlung einer Aktivistin bereit, einen Anwalt zu organisieren. Dieser verhandelte mit dem Betrieb einen Vergleich aus. Die Arbeiter_innen waren inzwischen in Rumänien und harrten der Dinge; die Kommunikation war schwierig, ständiges Hin- und Herreisen finanziell nicht möglich. Das sind Bedingungen, über die die Arbeitgeber_innen sehr gut Bescheid wissen – und die sie ausnützen. Sie verlassen sich darauf, dass die Arbeitnehmer_innen keine langwierigen Gerichtsverfahren in Österreich auf sich nehmen.

Was bleibt unterm Strich?

Letzen Endes musste der Schotthof mehr als 100.000 Euro nachbezahlen. Das scheint eine hohe Summe zu sein, ist aber dividiert durch die 70 Arbeiter_innen nur ein sehr geringer Anteil dessen, was ihnen zugestanden wäre. Zusätzlich geht es bei Lohnbetrug und falscher Anmeldung (es wird oft Teilzeit angemeldet und mehr als Vollzeit gearbeitet) nicht „nur“ um den individuellen finanziellen Verlust, sondern auch um den gesellschaftlichen: Weniger Lohnaus-

zahlung bedeutet weniger Lohnnebenkosten und damit weniger Einzahlung in die Sozialversicherung. Die Sozialversicherung funktioniert in Österreich nach dem sogenannten Solidaritätsprinzip, das heißt, alle zahlen je nach Lohnhöhe ein, und die Krankenkassen (usw.) decken daraus ihre Gesamtkosten. Es werden also von einem Arbeitgeber, einer Arbeitgeberin, die ihre Angestellten betrügt, quasi *alle* Versicherten betrogen.

Die am Protest beteiligten Arbeiter_innen sind nicht mehr ins Inntal zurückgekommen. Sie schätzten die Chance, dort auf einem anderen Gemüsebetrieb Arbeit zu finden, als sehr niedrig ein. Manche haben später bestätigt, dass der Protest die richtige Entscheidung war – sei es wegen des Geldes oder wegen der Würde, sich den Ausbeutungsverhältnissen nicht zu unterwerfen. Für andere waren die ökonomischen Auswirkungen sehr negativ, sie sagten sinngemäß, in Österreich seien sie abzüglich des Lohnbetrugs immer noch auf den dreifachen Lohn gekommen, den sie in Rumänien verdienen könnten. Das ist ein gängiges und verständliches Argument dafür, den Lohnbetrug hinzunehmen – die einzige Möglichkeit, dagegen anzugehen, ist ein effektiver und solidarischer Arbeitskampf und eine starke Gewerkschaft, die sich gegen unlautere und gesetzeswidrige Unternehmer_innen-Interessen durchsetzt.

Solidarisch handeln, gewerkschaftlich unterstützen

Kurz nach dem Protest am Schotthof wurde bundesweit die Sezoni-Kampagne gestartet. Diese Kampagne wird von engagierten Gewerkschafter_innen der PRO-GE, von Aktivist_innen und NGOs getragen, die sich in verschiedenen Regionen Österreichs für die Durchsetzung der Rechte von Erntehelfer_innen stark machen. Aktivist_innen gehen regelmäßig auf die Felder und verteilen Infomaterial, um die Arbeiter_innen über ihre Rechte in Kenntnis zu setzen. Mehrsprachige Infohotlines stehen für Nachfragen und rechtliche Unterstützung zur Verfügung, die Öffentlichkeit wird über die arbeits- und sozialrechtliche Situation der Arbeiter_innen aufgeklärt. Im Zuge der Kampagne wird viel recherchiert, das Gespräch mit (auch ehemaligen) Erntehelfer_innen gesucht. Interviews mit Arbeiter_innen, Aktivist_innen, Gewerkschafter_innen sowie weiteren solidarischen Akteur_innen entlang der Lebensmit-

telproduktion sind ebenfalls Teil der Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit – zum Beispiel für eigene Publikationen und Videos, aber auch für andere Medien. Und wenn es zu einem Arbeitskampf kommt, wird der gerichtlich oder außergerichtlich unterstützt.

Ein solcher Fall war der eingangs erwähnte von Violeta Popa (Name geändert). Violeta Popa arbeitete in sieben aufeinander folgenden Jahren auf einem landwirtschaftlichen Betrieb im Tullnerfeld in Niederösterreich. Dort wurde vor allem Speisekohl angebaut, für den Verkauf geschnitten und verpackt. Neben Popa waren sechs weitere Kolleg_innen als landwirtschaftliche Arbeitskräfte beschäftigt. Sie arbeiteten regelmäßig mehr als zwölf Stunden am Tag, erledigten neben den landwirtschaftlichen auch andere Arbeiten, die am Betrieb anfielen (Schneeschaufeln, renovieren, auf den Großgrünmarkt liefern), und richteten die vom Betrieb zur Verfügung gestellte Unterkunft über die Jahre selbst her: „In den vier Zimmern gab es anfangs noch nicht einmal einen Betonboden und nur Betten aus Metall.“ Sieben Jahre lang wurden Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit nicht richtig entlohnt, die Sonderzahlungen für Weihnachts- und Urlaubsgeld vorenthalten und nur auf Druck der Arbeitnehmer_innen die Stundenlöhne erhöht: „Bis April 2014 bekamen wir 3,50 Euro pro Stunde. Dann haben wir gesagt, dass wir nicht mehr wiederkommen – und so hat uns der Bauer 5 Euro pro Stunde bezahlt.“ Violeta Popa klagte, unterstützt von der Sezoneri-Kampagne, ihre Arbeitgeber_innen gemeinsam mit drei Kollegen vor dem Arbeitsgericht in St. Pölten. Eine KassiererIn in einem Geschäft nahe zu ihrem Arbeitsplatz hatte ihnen einen Kampagnenfolter zugesteckt, der sie motivierte, für ihre Rechte zu kämpfen. „Das hätten wir früher machen müssen, anstatt sieben Jahre lang auf unsere Rechte zu verzichten!“, ist Popas Fazit.

Mit Unterstützung der Produktionsgewerkschaft einigten sich die vier Kolleg_innen auf einen Vergleich mit dem Betrieb. Auch wenn auf der Hand lag, dass die Beweislast ausreichend gewesen wäre, um stattdessen einen Schuldspruch zu erwirken und den tatsächlich ausstehenden Lohn zur Gänze einzufordern, gilt auch hier: Arbeitnehmer_innen in Niedriglohnsektoren wie der landwirtschaftlichen Hilfsarbeit haben oft nicht die zeitlichen Ressourcen und die finanziellen Rücklagen, um lange Gerichtsverfahren durchzuhalten – und das ist den Arbeitgeber_innen bewusst. Es braucht

dafür das gesellschaftliche und gewerkschaftliche Bewusstsein, von welcher Relevanz die Durchsetzung des Arbeitsrechts marginalisierter Arbeitnehmer_innen für den gesamten Arbeitsmarkt ist, und die entsprechenden finanziellen Mittel, die es den Arbeitnehmer_innen ermöglichen, die kostenintensive und risikoreiche Zeit des Rechtsstreits zu überbrücken. Das wäre eine Möglichkeit, um zu einer Reihe von Präzedenzfällen zu kommen, auf Basis derer landwirtschaftliche Betriebe sich zweimal überlegen würden, ob sie den Kollektivvertrag einhalten oder nicht.

Gleiche Rechte für alle erkämpfen

Auch Bogdan und Andrei Oancea haben sich nach jahrelanger Überausbeutung bei einem Gemüsebetrieb im Inntal mit Unterstützung der Sezonieri-Kampagne gegen ihre Arbeitgeber_innen aufgelehnt und in einem Vergleich einen Teil ihrer Lohnnachzahlungen bekommen. „Wir dachten, dass ein Stundenlohn von 3 Euro normal wäre“, erzählt Andrei Oancea im Rückblick. Diese scheinbaren Normalitäten aufzubrechen und gleiche soziale und Arbeitsrechte für alle zu erkämpfen, ist ein erster Schritt in Richtung einer solidarischen Gesellschaft.

Zum Weiterlesen:

Sezonieri Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen in Österreich (Hg.), 2016: *Willkommen bei der Erdbeerernte! Ihr Mindestlohn beträgt ... Gewerkschaftliche Organisation in der migrantischen Landarbeit – ein internationaler Vergleich*. In deutscher, rumänischer und englischer Ausgabe. Bestellung: sezonieri@gmx.at, Download: www.sezonieri.at

Spass am Gerät

Ein Weg zu mündigem, selbstbewusstem und kreativem Umgang mit Technik

Technik beherrschen. Wissen, was Technik kann. Wissen, was Technik nicht kann. Wissen, was Technik kann, obwohl sie es nicht können sollte.

Technik gestalten, Technik anwenden, mit Technik spielen. Technikelemente kombinieren wie Farben, zusammenfügen, kneten wie Ton, mischen wie Farben.

Kritisch umgehen mit Technik, Technik kreativ anwenden.

1981 wurde der Chaos Computer Club (CCC) in Deutschland gegründet, ein Verein von und für Hacker, der sich hauptsächlich mit Datenschutz, Informationsfreiheit und Datensicherheit beschäftigt und für ein Menschenrecht auf Kommunikation eintritt. Er soll Hackern eine Plattform bieten, über die sie über Aktivitäten und entdeckte Sicherheitslücken berichten können, ohne Strafverfolgung befürchten zu müssen.

1984: Der CCC veröffentlichte den btx-Hack. Wau Holland, Gründungsmitglied des CCC, hatte bei einer Datensicherheitskonferenz Sicherheitsmängel im btx-System, einem europäischen Vorläufer des Internet, aufgezeigt. Im Dezember veranstaltete der CCC den ersten Chaos Communication Congress (1C3), zwölf Jahre vor der ersten Hackerkonferenz in den USA, der DEF CON (Der 34. Chaos Communication Congress (34C3) wird heuer in Leipzig stattfinden).

1985: Der CCC wehrte erfolgreich das erste Verfahren im Zusammenhang mit Informationsfreiheit ab. Die betroffene Firma zog die Klage gegen Veröffentlichungen von Informationen, die die Sicherheit ihrer Geräte betreffen, zurück.

2001: Die Bezirksregierung Düsseldorf hat Bestrebungen, zumindest in Nordrhein-Westfalen „unerwünschte“ Inhalte im Internet zu sperren, der CCC organisierte erstmals selbst eine Straßendemonstration.

2006: Mitglieder des CCC und die niederländische Stiftung „Wij vertrouwen stemcomputers niet“ („Wir vertrauen Wahlcomputern nicht“) demonstrierten, wie leicht sich Wahlcomputer manipulieren lassen. Auswirkungen des Hacks waren erhöhte Sicherheitsmaßnahmen bei mehreren Wahlen in Deutschland, ein Verzicht der Stadt Cottbus und weiterer kleiner Gemeinden, Wahlcomputer überhaupt zu kaufen, und der Entzug von Zulassungen für zahlreiche Wahlcomputer. In Folge des Hacks wurde Anfang 2007 in Deutschland eine Wahlprüfungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, mit dem Urteil vom 3. März 2009 erklärte das Bundesverfassungsgericht den Einsatz der Wahlcomputer bei der Bundestagswahl 2005 für verfassungswidrig.

Aus Protest gegen die beabsichtigte Auswertung biometrischer Daten in Ausweisen veröffentlichte der CCC in seiner Mitgliederzeitschrift einen Fingerabdruck des deutschen Innenministers Wolfgang Schäuble, um zu zeigen, wie leicht nicht änderbare biometrische Daten wie Fingerabdrücke „entwendet“ und von anderen benutzt werden können.

2011 analysierte der CCC eine bereits „verbesserte“ Version des (deutschen) Staatstrojaners und zeigt, dass auch diese Version fehlerbehaftet und die angeblich „revisions sichere Protokollierung“ gekapert werden kann.

2012 wurde der CCC in einer Anhörung zur Beschwerde gegen das Anti-Terror-Dateigesetz als Sachverständiger gehört.

2014 erstattet der CCC zusammen mit der Internationalen Liga für Menschenrechte e. V. Strafanzeige gegen die deutsche Bundesregierung, den deutschen Bundesminister des Inneren, die deutsche Bundeskanzlerin, den Präsidenten von deutschem Bundesnachrichtendienst, Militärischen Abschirmdienst und deutsches Bundesamt für Verfassungsschutz. US-amerikanischen, britischen und deutschen Geheimdienstagenten und ihren Vorgesetzten wurden verbo-

tene geheimdienstliche Agententätigkeiten sowie Beihilfe hierzu, Verletzungen des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs und Strafvereitelung im Amt durch Duldung und Kooperation mit der NSA und dem GCHQ vorgeworfen.

Hackerethik

Die Hackerethik ist nur bedingt einheitlich definiert. Der CCC hat sich auf folgende ethischen Grundsätze des Hackens geeinigt:

- Der Zugang zu Computern und allem, was einem zeigen kann, wie diese Welt funktioniert, sollte unbegrenzt und vollständig sein.
- Alle Informationen müssen frei sein.
- Misstrauere Autoritäten – fördere Dezentralisierung.
- Beurteile einen Hacker oder eine Hackerin nach dem, was er oder sie tut, und nicht nach üblichen Kriterien wie Aussehen, Alter, Herkunft, Geschlecht oder gesellschaftlicher Stellung.
- Man kann mit einem Computer Kunst und Schönheit schaffen.
- Computer können dein Leben zum Besseren verändern.
- Mülle nicht in den Daten anderer Leute.
- Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen.

Die Hackerethik ist – genauso wie die übrige Welt – in ständiger Diskussion und Weiterentwicklung.

Wird „digitale Kompetenz“ zu „Schule 4.0“?

„Sie können die Office-Programme praktisch verwenden, Sie können schneller und besser am Computer arbeiten, Sie erhalten ein internationales Zertifikat als Qualifikationsnachweis“, so wird der Nutzen des ECDL, des europäischen Computer-Führerscheins, auf dessen Homepage beschrieben. Ist das digitale Kompetenz: Die aktuelle Software eines Monopol-Herstellers im Büro einsetzen zu können? Sicher nicht.

Digitale Kompetenz baut auf grundlegender persönlicher, ethischer und sozialer Kompetenz auf, auf selbstbewusstem Wissen vom Zusammenhang der Dinge, deren Nutzung durch Andere und für sich selbst, dem selbstbewussten und kreativen Umgang mit eigenen Fähigkeiten und Interessen. Mündigkeit, selbstbewusster und kreativer Umgang mit der Welt, auch mit Technik, Verstehen, Anwen-

den und Gestalten von (auch digitalen) Werkzeugen, das sehen wir als Voraussetzung zum Leben in einer zunehmend technisierten, digitalisierten Welt.

2010 wurde der „Digitalerlass“ BMUKK-36.200/0043-ITuGM/2010 (Informationserlass „Digitale Kompetenz an Österreichs Schulen“ im Rahmen der neuen IT- Strategie des bmukk „efit-21“) verfasst. Die Beilage „Empfehlungen zur Mediennutzung, zur Internetpolicy, zum einfachen und sicheren Schulnetz“ beschreibt umfassend, auch wissenschaftlich hinterlegt, warum Beherrschung digitaler Techniken unumgänglich wird, in welchen Zusammenhängen „digitale Kompetenz“ gesehen wird und auch, wie digitale Unterstützung im Schulbetrieb gestaltet werden kann.

Was davon ist in der Realität des Schulbetriebs angekommen? Unter dem abschreckenden buzzword „Schule 4.0“ startete das Bildungsministerium (BMB) den Pilotbetrieb einer „Digitalisierungsstrategie“ im Schuljahr 2017/18. Schule 4.0 enthält auch sinnvolle Ansätze (aus Hackersicht). Ab 2017 sollen „neu einsteigende Lehrpersonen standardisierte digitale Kompetenzen“ mitbringen und „PädagogInnen weisen ihre digitalen Kompetenzen einschließlich digitaler Fachdidaktik bis zum Ende der Berufseinstiegsphase in Form eines Pflichtportfolios nach“. Themen wie Open Source und Creative Commons finden da Einzug in den Bildungsbereich.

Werden für „Schule 4.0“ ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen? Werden Weiterbildungsprogramme von bereits aktiven Lehrpersonen genutzt werden? Wird eine ausreichende Zahl an Lehrpersonen motiviert sein, die nötigen Änderungen umzusetzen? Wird für die Lehrenden genügend Freiraum geschaffen, um „Schule 4.0“ in eine fächerübergreifende Initiative zu formen? Was kann da schon schiefgehen? :-)

Das Ergebnis aller dieser Anstrengungen dann, wie vorgesehen, in gerade einmal eine Unterrichtsstunde pro Woche packen zu wollen, erscheint uns mutig.

Umgang mit Technik

Technik selbst gestalten, Technik Anderer kennen und beherrschen, ausbrechen aus den Spezifikationen technischer Geräte, Nutzung von Technik anders als vom Hersteller beabsichtigt – das ist für uns

technische Kompetenz, das bedeutet „Spas am Gerät“, das beschreibt die Intentionen der Hacker-Community.

Digitale Kompetenz ist mehr als das oberflächliche Beherrschen der Vorgaben des Herstellers. Wie funktioniert die Welt, wie funktioniert das Gerät, das ich in der Hand habe, wie funktioniert die Software, die ich nutze? Was noch kann ich damit anfangen, was kann ich daran ändern, was kann ich damit bewirken? Wofür soll ich es einsetzen, wofür kann ich es einsetzen, kann ich es auch ganz anders einsetzen? Der intellektuelle Reiz des Umgangs mit solchen Fragen, das Anders-Denken bei der Suche nach Lösungen, ergänzt mit handwerklichen und geistigen Fähigkeiten treibt die Hacker-Gemeinschaft zu immer wieder neuen Erkenntnissen und Lösungen. Dabei werden immer wieder Grenzen und Gefahren des Technik-Einsatzes erkannt und veröffentlicht.

Daraus entsteht Kompetenz. Kompetenz im Umgang mit der realen Welt, mit den Anforderungen von Gesellschaft und dem Zusammenwirken mit Technik. Wichtigste Voraussetzung dazu: Fähigkeit zu kritischem Umgang, kritischem Hinterfragen von „Vorgegebenem“, Autoritäten und Regeln: es gibt immer Alternativen.

Ist die Funktion einer Nähmaschine, eines Webstuhls, einer Eisenbahn schon aufgrund der physischen Gegebenheiten, schon durch Anschauen, erkennbar, gilt dies nicht für die digitalisierte, computerisierte und vernetzte Technik. Computer sind per Definition halbfertige Maschinen, die ihre Funktion und Wirkung erst im Zusammenwirken von „harter“ und „weicher“ Technik entfalten. Erst die Software bestimmt die konkreten Fähigkeiten der Maschine, und Software kann jederzeit – ob vom Benutzer beabsichtigt oder nicht – geändert werden und den Charakter der Maschine drastisch verändern.

Und wer weiß schon, was in einem Netzwerk alles passiert? Dass Daten von A nach B gelangen, dafür sorgen technische Protokolle und Übereinkommen. Doch passiert im Netzwerk nur das? Was kann sonst noch alles geschehen (und passiert auch), wer kann meine Daten mitlesen, verfälschen, blockieren? Wer nutzt meine höchst privaten Informationen für sich aus? Viele Fragen, wenig konkrete Antworten.

Das Netz – ursprünglich entstanden aus dem Zusammenschluss unzähliger selbstständiger gleichberechtigter Rechner – hat seinen

Charakter wesentlich geändert: Ganz wenige, riesenhafte und unkontrollierte Konzerne beherrschen und bestimmen weite Teile des Internets und schöpfen daraus unermesslichen Reichtum.

Wir Hacker sind auf der Suche nach Lösungen, wir sind auf der Suche nach Zugang zu Wissen, Informationen und Ressourcen, die uns verwehrt werden. Solche Themen diskutieren wir. Und wir beurteilen Ergebnisse nach dem „Hack-Faktor“: Wie originell und ungewöhnlich ist ein Problem/eine Lösung? Inwieweit widersetzt sie sich den etablierten Denkweisen?

Chaos Computer Club Wien (C3W)

Der Chaos Computer Club Wien (C3W) besteht als organisierte Hackergemeinschaft seit 2002. In enger Kooperation mit dem deutschen Chaos Computer Club e.V. leben wir dabei unser Verständnis von Chaos und beteiligen uns an zahlreichen netzpolitischen Initiativen. In den letzten Jahren haben wir im Rahmen der österreichischen Bürgerrechts- und Hackerbewegung dazu beigetragen, dass der Europäische Gerichtshof erstmals in seiner Geschichte eine Richtlinie der EU gesamthaft für ungültig erklärt hat. Damit wurde die Vorratsdatenspeicherung für ungültig erklärt und in Österreich eingestellt. Vergangenes Jahr haben wir entschieden, unsere Aktivitäten zu verstärken und wieder vermehrt nach außen zu richten.

Neben zahlreichen Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben (E-ID, Staatstrojaner) und Initiativen wie die Digital Roadmap Austria der Bundesregierung sind wir auch in der Praxis tätig.

Chaos macht Schule

Chaos macht Schule ist eine seit 2007 bestehende Initiative mehrerer Erfa-Kreise des CCC, die mit verschiedenen Bildungsinstitutionen zusammenarbeiten.

Aus der Präambel der Forderungen für eine zeitgemäße digitale Bildung an unseren Schulen von Chaos macht Schule (CmS): „Das Internet und soziale Netzwerke stellen für Kinder und Jugendliche wichtige Lebens- und Kommunikationsräume dar, in denen sie sich frei bewegen und entfalten. Viele können sich ein Leben ohne Smartphones und kontinuierliche Vernetzung mit ihren Freunden

nicht mehr vorstellen. Dennoch werden Inhalte der Medienkunde und Informatik nur unzureichend in unseren Schulen vermittelt. Daher entstand vor über zehn Jahren aus dem CCC heraus das Projekt CmS zur Förderung von Medienkompetenz und Technikverständnis bei Lehrern und Lehrerinnen, Schülern und Schülerinnen und deren Eltern. Auf Basis der in diesem Projekt gewonnenen Erfahrungen haben wir Forderungen für eine zeitgemäße Bildung an unseren Schulen entwickelt“. Das Forderungspaket umfasst nötige Schritte zu digitaler Mündigkeit, Stärkung der Lehrenden und Ausstattung der Bildungsstätten, das Schaffen von positiven Vorbildern und das Beiziehen externer ExpertInnen, wie auch im Leben außerhalb der Schulen. Das vollständige Forderungsprogramm kann auf unserer Homepage c3w.at/schule nachgelesen werden, über fachliche Kritik freuen wir uns.

Diese Initiative wird seit 2016 auch vom Chaos Computer Club Wien unterstützt. Mit dem Projekt Chaos macht Schule (CmS) wollen wir unser Wissen und unsere Erfahrungen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zugänglich machen. Zur kurzfristigen Umsetzung einer zeitgemäßen technischen Bildung müssen auch externe ExpertInnen eingebunden werden. Wir erwarten nicht, dass Lehrpersonen über Nacht alle Kompetenzen für die Schule 4.0 besitzen, sondern unterstützen sie dabei, mit unserem Wissen und selbstverständlich auch beim Abbau berechtigter Ängste. Bereits im ersten Jahr dieser Aktivitäten haben wir gemeinsam 24 Veranstaltungen im Schulbereich organisiert.

Georg Friedrich Haas, einer der renommiertesten Komponisten und Vertreter Neuer Musik, erklärte in seiner Eröffnungsrede zum „Steirischen Herbst 2017“¹:

„Kunst ist ein Ritual. Ein Ritual des ‚An-die-Grenzen-gehens‘. Wenn wir Künstlerinnen und Künstler die Grenzen des uns Möglichen ausloten, wenn wir die Traditionen immer von Neuem durch In-Frage-stellen neu beleben, wenn wir in bedingungsloser Ausdrucksstärke unsere Existenz in die Waagschale werfen – dann haben wir die Chance – niemals die Gewissheit! – dass sich die spirituellen Aspekte

1 <http://steirischerherbst.at/deutsch/Kurzartikel/Kasten-Startseite/steirischer-herbst-oder-warum-Europas-aeltestes-Festival-fuer-neue-Kunst-ausgerechnet-in-der-Steiermark-stattfinden-muss>

unseres Schaffens entwickeln können. Diese Spiritualität der Kunst ist – und war schon immer – rational. Wir denken in Klängen, in Farben, in Formen, in Erzählungssträngen.

Und wir haben ein Recht darauf, an der Qualität unserer Arbeit gemessen zu werden. An nichts anderem.“

Der intellektuelle Reiz des Auslotens, des In-Frage-Stellens treibt uns an und davon wollen wir etwas weitergeben. Deshalb gestalten wir im Rahmen der „PrivacyWeek“ des C3W einen eigenen Stream für Chaos macht Schule, vom Lötworkshop über Veranstaltungen für Schulklassen bis zu Grundsatzdiskussionen. Die restlichen Wochen des Jahres reicht ein kurzes Mail an schule@c3w.at und wir melden uns bei Ihnen.

Glossar:

btX: ein interaktiver online-Dienst der Vor-Internet-Ära, in Österreich ab 1982 eingeführt. Datenaustausch über Telefonleitung, in Österreich „Mupid“ als weitestverbreiteter Zugangsknoten beim Endbenutzer; Anzeige über TV-Gerät

Digital Roadmap Austria: Ergebnis eines von 2015 bis 2017 geführten „Bürgerbeteiligungs- und Transparenzprojekts“ der österreichischen Bundesregierung. Mehr als 600 TeilnehmerInnen haben dazu über 2.200 Kommentare abgegeben. Anfang 2017 hat der Ministerrat die „Digital Roadmap Austria“ ohne Berücksichtigung der Kommentare, ohne Rückbindung an die Beteiligten, beschlossen. Diese Fassung ist nach Meinung des C3W noch dürftiger als der Erstentwurf. Das Dokument ist stark behörden- und industrielastig, es fehlt eine gesamtgesellschaftliche Orientierung. Der C3W bezeichnet dieses Vorgehen als Fake-Bürgerbeteiligung und stellt dazu fest: „Die Vorgehensweise rund um die „Digital Roadmap“ fügt sich nahtlos in den Unwillen ein, den die Bundesregierung auch hinsichtlich Transparenzgesetz und direkter Demokratie zeigt. Doch dies ist nur eines der Probleme um die digitale Strategie der österreichischen Bundesregierung“.

e-ID „elektronische Identität“: für Österreich mit dem E-Government-Gesetz 2017 eingeführt. Soll die nicht erfolgreiche „Bürgerkarte“ ersetzen und eine qualifizierte digitale Unterschrift er-

möglichen. Die e-ID wird zukünftig mit jedem Reisepassantrag ausgestellt (opt-out möglich). C3W hat in der parlamentarischen Begutachtung seine Ablehnung u.a. wegen unkontrollierten Zugriffs- und Weitergabemöglichkeiten, überschießender Datenspeicherung, fehlender Nachvollziehbarkeit für Betroffene und fehlendem Strafraumen bei Übergriffen durch Behörden erklärt.

Erfa-Kreise: lokale Teilorganisationen der Chaos Computer Clubs (Wien ist seit 2002 Erfa-Kreis, Salzburg seit 2016); daneben gibt es noch lokale „Chaostreffs“.

Trojaner: abgeleitet von Trojanischem Pferd: bezeichnet ein schädliches Computerprogramm, das im Hintergrund und ohne Wissen der AnwenderInnen eine andere Funktion erfüllt. Dabei werden Sicherheitslücken am Rechner der EndanwenderInnen genutzt. Diese Sicherheitslücken werden zumeist für schädliche und kriminelle Programme verwendet. Schadprogramme und (noch nicht bekannte) Sicherheitslücken werden auf Schwarzmärkten gehandelt.

Bundestrojaner, Staatstrojaner: Schadsoftware, die von staatlichen Diensten beim Einbrechen in fremde Computer verwendet wird (werden soll). Ein Bundestrojaner war im Entwurf des Bundesministeriums für Justiz vom März 2016 vorgesehen, der Entwurf wurde als Folge massiven öffentlichen Protests zurückgezogen. Ein neuerlicher Versuch, in Österreich einen Bundestrojaner einzuführen, erfolgte im Überwachungspaket der Bundesregierung im Juli 2017. Im parlamentarischen Begutachtungsprozess wurden 6.350 öffentliche Stellungnahmen eingebracht, auch vom C3W. Der Gesetzesentwurf wurde bis jetzt nicht dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt. Dies wird in dieser Legislaturperiode voraussichtlich nicht passieren.

Peter Malina

Widerstand auf katholisch: Ungehorsam als Christenpflicht

Dieser für das Thema dieser Nummer wichtige Beitrag musste aus Platzgründen herausgenommen werden. Er ist aber auf der Webseite des schulheftes nachzulesen: www.schulheft.at

Widerstandsgeist in Kärnten/Koroška¹

Offensichtlich ist es ein Familienfoto. In Schwarz-Weiß. Ich zähle die Personen durch. Es sind zwanzig. Im Vordergrund am Boden sitzend drei Kinder, links daneben ein Hund. Dahinter stehend sechs Frauen in Kleidern oder Schürzen, dies ist nicht so genau zu erkennen. Einige von ihnen haben die Hände wie zu einem Gebet gefaltet, eine weitere hält ein Baby im Arm. Sie sind unterschiedlichen Alters. In der Reihe hinter ihnen sind sieben Männer zu sehen. Einige tragen einen Hut und fast alle Bärte. Auch sie sind unterschiedlichen Alters. Am rechten Rand der Gruppe vier junge Burschen. Sie sehen festlich gekleidet aus, einer mit weißem Hemd und Gilet, die Hände steckt er in die Hosentaschen. Der Junge ganz außen rechts legt die Hand auf die Schulter des neben ihm Stehenden. Jeweils seitlich der Gruppe sind Bäume zu erkennen. Im Hintergrund eine Leiter, die anscheinend an einen Baum gelehnt ist, und ein Haus. Manche Fenster mit Fensterbalken, ein Eingangsportal.²

Als 2011 die Arbeit an der Neugestaltung des Museums am Peršmanhof in Bad Eisenkappel/Železna Kapla ins Finale ging, stießen die KuratorInnen Lisa Retzl und Werner Koroschitz im Archiv des Slowenischen Wissenschaftlichen Instituts in Klagenfurt/Celovec auf Bildmaterial, das nicht eindeutig beschriftet und identifiziert war. Die Personen und Gebäude, die darauf zu sehen sind, könnten zum Peršmanhof gehören. Man war sich aber nicht sicher. Ich erhielt den Auftrag, mit den sieben Fotos Ana Sadovnik aufzusuchen. Als eine der Töchter der Peršman-Familie konnte sie vielleicht Auskunft geben. Ana erkannte Franciska Sadovnik, die Altbäuerin, die mit ihrem Ehemann Urban den Peršmanhof bewirtschaftete. Sie

1 Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag, gehalten am 15. Mai 2017 im Depot Wien, im Rahmen der Veranstaltungsreihe Geh Denken! des Vereins GEDENKDIENTST.

2 Alle Familienfotos, welche in diesem Beitrag beschrieben werden, sind Teil der Ausstellung an der Gedenkstätte Peršmanhof in Bad Eisenkappel/Železna Kapla, sowie publiziert in: Gudrun Blohberger/Lisa Retzl: Peršman, Göttingen: Wallstein Verlag 2014.

meinte, dass Franciska später, im Alter, kleiner und dicker wirkte, ihr Gesicht jedoch unverkennbar sei. Und sie erkannte auch das Wohnhaus sowie einen Teil eines Wirtschaftsgebäudes, das an das Wohnhaus angrenzte. Die Altbauern, Franciska und Urban Sadovnik, waren kinderlos, lebten aber dennoch in einem großen Familienverband am Peršmanhof. Insbesondere wenn Erntezeit war, waren Geschwister und deren Kinder sowie Nachbarn und Gesinde da, um zu helfen. In dieser Zeit sprach man in den Seitentälern Eisenkappels ausschließlich Slowenisch. Eine Schule gab es für die Kinder in einigen Kilometern Entfernung, in Leppen/Lepena. Diese wurde besucht, wenn es die Arbeit am Hof erlaubte. Auch in der Schule wurde Slowenisch gesprochen. Die „utraquistische Schule“, wie das damalige Schulsystem genannt wurde, nutzte die slowenische Sprache so lange, bis die Kinder genug Deutsch konnten, um dem Unterricht in deutscher Sprache folgen zu können. Slowenisch war somit eine Hilfssprache, die der Eindeutschung diente.³

Das Foto musste etwa fünfzehn bis zwanzig Jahre, bevor Ana Sadovnik geboren wurde, aufgenommen worden sein, also zwischen 1910 und 1920, vielleicht nach Ende des 1. Weltkrieges und in der Zeit der Grenzkonflikte zwischen Österreich und dem SHS Staat. Diese führten 1920 zu einer Volksabstimmung, die im Oktober in den Südkärntner Gemeinden zwischen der Drau und den Karawanken abgehalten wurde. Das Ergebnis der Volksabstimmung war – trotz des hohen Anteils slowenischsprachiger Bevölkerung – 59:41 für einen Verbleib bei Österreich. Der Wahlausgang findet einerseits seine Begründung in Versprechungen, die seitens der Politik an die Kärntner SlowenInnen abgegeben worden sind, andererseits in stärkeren wirtschaftlichen Beziehungen hin zum jungen Österreich. Die überwiegend bäuerliche Bevölkerung verkaufte ihre Ware mehr in Klagenfurt und Villach als zum Beispiel in Ljubljana oder Kranj. Obwohl das Wahlergebnis aus österreichischer Perspektive überraschend und positiv war, folgte in der Zwischenkriegszeit eine Phase der Repression und Germanisierung. Die Kärntner SlowenInnen waren zu einer nationalen Minderheit geworden. Jene, die für den

3 Vgl. zum zweisprachigen Schulsystem in Kärnten Peter Gstettner/Dietmar Larcher: Zwei Kulturen, zwei Sprachen, eine Schule. Interkulturelles Lernen und Volksgruppenverständigung in Kärnten, Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag 1985.

SHS Staat gestimmt hatten, wurden verfolgt und waren Schikanen ausgesetzt. Viele dieser Verfolgten wanderten aus, das kulturelle und gesellschaftliche Leben der Kärntner SlowenInnen war fast zerstört und bekam erst Anfang der 1930er Jahre wieder leichten Aufwind.⁴

Auf weiteren Fotos erkannte Ana Sadovnik ihren Vater Luka. Einmal ist er vor der Kaša – einem Getreidespeicher, der sich bis heute am Areal des Peršmanhofs befindet – abgebildet. Er hat einen schmalen Schnurrbart, einen Hut und Kleidung, wie sie Jäger tragen. In seinen Händen hält er ein Gewehr, an seiner Seite sitzt ein Hund. „Der Schwarze“ sei am nächsten Foto zu sehen, gab Ana Sadovnik Auskunft. Ein großes schwarzes Pferd, das vor einem Wagen eingespannt ist. Am Wagen sitzen die Eltern von Ana mit Verwandten und Nachbarn. Vermutlich aufgenommen anlässlich einer Fahrt zum Markt nach Bad Eisenkappel/Železna Kapla. Hier waren ihre Eltern bereits ein Paar und ein Foto später ist die Hochzeitsgesellschaft anlässlich der Heirat von Ana⁵ und Luka Sadovnik im Jahr 1931 zu sehen. Sie sind umgeben von Verwandten und Freunden. Es werden nur wenige Monate vergehen, bis das erste Kind zur Welt kommt – Franziska, so wie die Altbäuerin, der Name allerdings Deutsch geschrieben – und es werden weitere fünf Kinder folgen.

Da die Altbauern Franciska und Urban Sadovnik kinderlos geblieben waren, teilten sie in den 1930er Jahren ihren Hof auf und übergaben ihn an zwei ihrer Neffen. Den Peršmanhof übernahm Luka Sadovnik, den zweiten Teil erhielt sein Bruder. Die Altbauern lebten weiterhin am Peršmanhof. Trotz der Teilung blieb der Peršmanhof ein sehr großer Hof mit mehr als zehn Gebäuden und mehreren Hektar Grund und Wald. Ein Foto zeigt Katarina Dobravec, die Schwester des Bauern. Geschieden lebte und arbeitete sie mit ihren vier Kindern ebenso am Peršmanhof.

Das nächste Foto zeigt Luka Sadovnik als Wehrmachtssoldaten. Ein Portraitfoto. Kurz geschorene Haare, schmaler Oberlippenbart, aufgenommen vermutlich Anfang der 1940er Jahre. Obwohl unmit-

4 Vgl. zur Zwischenkriegszeit: Nadja Danglmaier/Werner Koroschitz: Nationalsozialismus in Kärnten. Opfer. Täter. Gegner, Innsbruck: Studienverlag 2015. S. 21ff

5 Zum besseren Verständnis: Die Mutter, Ana Sadovnik, geboren 1909; ihre Tochter Ana Marija Sadovnik, geboren 1935, gibt Auskunft über die Fotos.

telbar nach dem Anschluss Österreichs an Nazideutschland Repressalien gegen die kärntner-slowenische Bevölkerung einsetzten⁶, wurden mit Beginn des 2. Weltkrieges junge kärntner-slowenische Männer zur Wehrmacht eingezogen. Als das Foto entstand, das Ana und Luka Sadovnik samt einer großen Kinderschar vor ihrem Wohnhaus zeigt, ist Luka auf Fronturlaub zu Hause. Es ist das Jahr 1943. In den unmittelbaren Jahren zuvor waren viele seiner Freunde, Verwandten und Nachbarn deportiert worden: zur Zwangsarbeit in sogenannte Lager der „Volksdeutschen Mittelstelle“ im „Altreich“ und in Konzentrationslager.⁷ Die verwandten Nachbarn vom Čemerhof etwa waren im KZ-Dachau, im KZ-Ravensbrück und im Jugendkonzentrationslager Moringen inhaftiert.⁸ Nicht nur, weil sie Kärntner SlowenInnen waren, sondern auch, weil sie den Partisanenwiderstand, der sich ausgehend von Jugoslawien auf das Südkärntner Gebiet ausgedehnt hatte, unterstützt hatten. Unterstützt wurde der Partisanenwiderstand zum Beispiel von den BewohnerInnen des Peršmanhofs. Während Luka Sadovnik bei der Marine stationiert war, hatte sich sein Bauernhof – wohl auch aufgrund des Wohlwollens seiner Ehefrau – zu einem wichtigen Stützpunkt der PartisanInnen entwickelt. Luka Sadovnik diente also bei der Wehrmacht, während seine Frau Ana zu Hause PartisanInnen versorgte und ihnen Unterschlupf gewährte. Unterschlupf gewährte sie auch den jüngsten Kindern der Čemer-Familie, deren Eltern nicht mehr für sie sorgen konnten. 1944 kehrte Luka Sadovnik vorzeitig zurück nach Hause.⁹ Bei seiner Heimkehr entsteht noch ein

6 Vgl. zum Anschluss Österreichs und dessen Folgen für die kärntner-slowenische Bevölkerung: Avguštin Malle/Valentin Sima: *Narodu in državi sovražni – Volks- und staatsfeindlich*, Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag 1992.

7 Vgl. zur Deportation der Kärntner SlowenInnen: *Zveza slovenskih izseljencev/Verband slowenischer Ausgesiedelter* (Hsg.): *Pregon koroških Slovencev – Die Vertreibung der Kärntner Slowenen. 1942.2002*, Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag 2002.

8 Vgl. zu den Biographien von Verfolgten: Brigitte Entner: *Wer war Klara aus Šentlipš/St. Philippen? Kärntner Slowenen und Sloweninnen als Opfer der NS-Verfolgung*, Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag 2014.

9 Vgl. dazu: Lisa Rettl: *Die Ermordung der Familie Sadovnik am 25. April 1945*. In: Gudrun Blohberger/Lisa Rettl: *Peršman*, Göttingen: Wallstein Verlag 2014. S. 32

Foto, auf dem seine Ehefrau Ana jene Schürze trägt, die sie auch am 25. April 1945 tragen wird.

Als Ana Sadovnik 2011 den Fotobestand mit mir durchsah, sah sie zum ersten Mal ein Hochzeitsfoto ihrer Eltern. Sie sah ihren spielenden Cousin Filip und ihre Cousine Albina, wie sie mit ihren Brüdern vor dem Gemüsegarten für das Foto posiert. Ana sah ihre Mutter, die den kleinen Bruder Viktor im Arm hielt, und erinnerte sich an das Leben am Peršmanhof, das am 25. April 1945 ein jähes Ende fand. In Erwartung des Kriegsendes lagerten an diesem Tag zwischen 100 und 150 PartisanInnen am Peršmanhof. Im Nachbarort war die 4. Kompanie des I. Bataillons des SS- und Polizeiregiments 13 untergebracht – ein Bataillon, das für die „Bandenbekämpfung“ dort stationiert worden und rund 70 Mann stark war. Aufgrund eines angezeigten Viehdiebstals schlug dieses Bataillon am Abend des 25. April den Weg zum Peršmanhof ein und griff die dort lagernden PartisanInnen an. Es kam zu einem Feuergefecht, überrascht vom Angriff flüchteten die PartisanInnen in die umliegenden Wälder. Nach der Sicherung des von den PartisanInnen Zurückgelassenen wie Schriftstücken, Waffen, Fleisch etc. zog auch das Bataillon wieder ab. Wenig später kehrte jedoch ein Stoßtrupp von vier bis sechs Männern nochmals zurück. Mutmaßlich zwei von ihnen erschossen neun Angehörige der Familie Sadovnik vom Peršmanhof und zwei Kinder der Familie Kogoj vom Čemerhof. Unter den Todesopfern waren sieben Kinder.¹⁰ Teile des Gehöfts inklusive des Wohnhauses wurden niedergebrannt. Drei Kinder überlebten das Verbrechen an ihrer Familie – eines davon ist Ana Sadovnik, die bei den polizeilichen Ermittlungen später aussagen wird: „Es wurde an diesem Tage Mist geführt“.¹¹ Und die mir nun die Fotos erklärt.

Während die polizeilichen und gerichtlichen Ermittlungen zum Peršman-Massaker liefen (welche Jahre später ergebnislos eingestellt wurden)¹², wurden 1946 in Völkermarkt/Velikovec dreiund-

10 Vgl. dazu: Lisa Rettl. Ebenda. S. 29 ff

11 Vgl. dazu: Gudrun Blohberger/Lisa Rettl: Peršman, Göttingen: Wallstein Verlag 2014. S. 429

12 Vgl. dazu: Claudia Kuretsidis-Haider. „Strafsache wegen Verbrechen an der Familie Sadovnik.“ Das Verfahren des Volksgerichts Klagenfurt und der Umgang der österreichischen Justiz mit den Ereignissen auf dem Peršmanhof. In: Gudrun Blohberger/Lisa Rettl: Peršman, Göttingen: Wall-

achtzig gefallene Partisanen aus ihren Feldgräbern exhumiert und am Friedhof bestattet. Ein Jahr später wurde bei diesem Grab das Denkmal des antifaschistischen Widerstandes errichtet. Das Denkmal, das im Stil des sozialistischen Realismus drei kampfbereite PartisanInnen darstellt, war vielen Menschen in Völkermarkt/Velikovec ein Dorn im Auge, zumal es ihrer Ansicht nach die „Territorialansprüche“ Jugoslawiens unterstützte. Letztendlich wurde das Denkmal des antifaschistischen Widerstandes 1954 von unbekanntem Tätern gesprengt.¹³ Ein Jahr nach der Sprengung wurde der österreichische Staatsvertrag unterzeichnet.

Seit Oktober 1945 gab es eine neue Schulverordnung, die im traditionellen Siedlungsgebiet der Kärntner SlowenInnen zweisprachigen Unterricht für alle Kinder, unabhängig von ihrer Volksgruppenzugehörigkeit, vorsah. Der zweisprachige Unterricht sollte in den ersten drei Schulstufen erfolgen, danach war Slowenisch als Pflichtfach vorgesehen. Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags im Jahr 1955 und der damit festgelegten Lösung der bis dahin offenen Frage des Verlaufs der österreichisch-jugoslawischen Grenze kam es seitens der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung zu Protesten gegen dieses Modell. 1958 gab es per Erlass die Möglichkeit, sich vom zweisprachigen Unterricht abzumelden, wenige Monate später die Änderungen, dass – wer wolle – sich zum zweisprachigen Unterricht anmelden müsse. Wie vieles in dieser Zeit eine große Enttäuschung und ein tiefer Einschnitt für die slowenische Volksgruppe. Sich zum slowenischen Unterricht anmelden zu müssen, wurde als Zwang zur Deklaration empfunden und war verbunden mit der Angst, sich erneut Repressalien auszusetzen. Viele Kärntner SlowenInnen entschieden sich dafür, ihre Kinder nicht anzumelden. Danach lernten sie Slowenisch nur noch in den Familien, nicht mehr aber in der Schule.¹⁴

Anfang der 1960er Jahre wurden die gerichtlichen Ermittlungen

stein Verlag 2014. S. 49ff

13 Vgl. dazu. Lisa Rettl. PartisanInnen Denkmäler. Antifaschistische Erinnerungskultur in Kärnten, Innsbruck: Studienverlag 2006.

14 Vgl. zum zweisprachigen Schulsystem in Kärnten Peter Gstettner/Dietmar Larcher: Zwei Kulturen, zwei Sprachen, eine Schule. Interkulturelles Lernen und Volksgruppenverständigung in Kärnten, Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag 1985.

zum Peršman-Massaker auf Betreiben des Kärntner Partisanenverbandes neuerlich aufgenommen, jedoch genauso ergebnislos wieder eingestellt wie zehn Jahre zuvor. Das Verbrechen an den Familien Sadovnik und Kogoj ging als besonders sinnloses Verbrechen in das kollektive Gedächtnis der Kärntner SlowenInnen ein. Als 1965 am wiedererrichteten Wohnhaus des Peršmanhofs eine Gedenktafel angebracht wurde, gab es auch die erste Gedenkfeier.

Die überlebenden Kinder – mittlerweile erwachsen und selbst bereits Mütter und Väter geworden – bewirtschafteten noch bis 1965 den Hof, danach wurde er verkauft. Ana Sadovnik behielt jedoch weiterhin das Wohnrecht. Auch aus diesen Jahren gibt es Fotos. Ana Sadovnik mit ihren fünf Kindern, irgendwann in den 1970ern, vermutlich kurz nach der Zeit des Ortstafelsturms. Ihr Blick in die Kamera wirkt verlegen und scheu.

Seitens der Kärntner SlowenInnen wurde fast zwanzig Jahre nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages Anfang der 1970er Jahre die Umsetzung des Artikels 7 eingefordert: die Zulassung der slowenischen Sprache als zweite Amtssprache sowie zweisprachige Bezeichnungen und Beschilderungen von Ortsnamen in gemischten Ortschaften mit slowenischer Minderheitsbevölkerung. Die Auseinandersetzung darüber, bei welchen Ortsnamen dies umzusetzen sei, verlief in einer dermaßen aufgeheizten Stimmung, dass es im Herbst 1972 zum Ortstafelsturm kam. Alle jene Ortstafeln, die mit zweisprachigen Ortsnamen aufgestellt worden waren, wurden vom Mob im Beisein der Gendarmerie mit lautem Getöse abmontiert. Dies sind jene Jahre, in denen Ana Sadovniks Kinder zur Schule gingen. Auch wenn die Kinder der 1970er Jahre nicht mehr wie ihre Eltern davon erzählen werden, dass sie in der Schule „auf Scheiteln knien“ mussten oder beim Gebrauch der slowenischen Sprache mit Rohrstöcken geschlagen wurden, so werden sie sich daran erinnern, dass sie im Bus oder am Bahnhof beschimpft und angespuckt wurden, wenn PassantInnen ihre Unterhaltungen in slowenischem Dialekt hörten. Es gab jene, die trotzdem weiter sprachen und sich demonstrativ den Anfeindungen entgegenstellten, es gab aber auch jene, die stumm wurden, Slowenisch nur noch in den eigenen vier Wänden sprachen und die Sprache ihren Kindern nicht mehr weitergaben. Umgeben von einer deutschsprachigen Mehrheit brauchte es nicht viel, um die Sprache gänzlich zu verlieren.

1982 richtete der Verband der Kärntner Partisanen in einem Teil des Wohnhauses am Peršmanhof ein kleines Museum ein. Fortan lebte Ana Sadovnik Tür an Tür mit einer Ausstellung, welche die Verfolgungsgeschichte der Kärntner SlowenInnen, den Widerstandskampf der Kärntner PartisanInnen und die Ermordung ihrer Familie zum Inhalt hatte. Ein Jahr nach der Eröffnung der Ausstellung wurden zudem die gesprengten Teile des Denkmals des antifaschistischen Widerstandes, das einst in Völkermarkt/Velikovec stand, wieder zusammengebaut und das Denkmal am Peršmanhof wiedererrichtet. Es folgten alljährliche Gedenkfeiern, immer am letzten Sonntag im Juni.¹⁵ Ana Sadovnik war für die wenigen BesucherInnen, die die Ausstellung in den ersten Jahren hatte, manches Mal so etwas wie ein Ausstellungsobjekt: „Einmal haben sie einen ganzen Omnibus angeschleppt und zu mir gesagt, ich soll erzählen: Ich hatte schon angefangen, da bin ich zurück ins Haus gerannt und habe gesagt: ‚Nein, ich kann nicht.‘“¹⁶

Nach dem Ortstafelsturm 1972 kam es 2011 zur Ortstafellösung. 164 zweisprachige Ortstafeln wurden aufgestellt – auch hier ein Ringen um jede Tafel. Seitdem hat Bad Eisenkappel eine zweisprachige Ortstafel. „Die mit den meisten Buchstaben“, wie Bürgermeister Franc Josef Smrtnik, der sich einst an eine zweisprachige Ortstafel gekettet hatte und der in den Zeitungen gerne als „erster slowenischer Bürgermeister“ bezeichnet wird, immer betont. All dies verfolgte Ana Sadovnik von ihrer Gemeindewohnung in Bad Eisenkappel/Železna Kapla aus, in die sie 2001 gezogen war, um ihren Kindern näher zu sein. Sie erlebte auch die Ortstafelverrückungen von Landeshauptmann Haider, und dass Maja Haderlap mit ihrem Roman „Engel des Vergessens“¹⁷ den Ingeborg-Bachmann-Preis gewann und anschließend mit dem „Großen Goldenen Ehrenzeichen des Landes Kärnten“ von Landeshauptmann Dörfler geehrt wurde.

15 Vgl. zum Erinnerungs- und Lernort Peršmanhof: Gudrun Blohberger: Der Peršmanhof in Bad Eisenkappel/Železna Kapla. In: Die Mühen der Erinnerung. Zeitgeschichtliche Aufklärung gegen den Gedächtnisschwund, Schulheft Nr. 105 2002. S. 77ff

16 Aus: Andreas Pittler und Helena Verdel. Spurensuche: erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen, Wien: Österreichischer Bundesverlag 1990. S. 448

17 siehe: Maja Haderlap. Engel des Vergessens, Göttingen: Wallstein Verlag 2011.

Von der Neugestaltung der Ausstellung am Peršmanhof erfuhr sie, aber sie sah sie nicht mehr. Ana Sadovnik verstarb im November 2012.

Die Diskussionen rund um die neue Kärntner Landesverfassung im Jahr 2017 erlebte Ana also nicht mehr. Die ursprünglich formulierte Version mit dem Satz „Die Fürsorge des Landes und der Gemeinden gilt den deutsch- und slowenischsprachigen Landsleuten gleichermaßen“ musste wegen des Bauchgeföhls eines Kärntner Politikers, und weil er darin eine Bevorzugung der slowenischen Volksgruppe gegenüber der deutschen sah, geändert werden. Letztendlich einigte sich die Politik auf: „Das Land Kärnten bekennt sich gemäß Artikel 8 Abs. 2 der Bundesverfassung zu seiner gewachsenen sprachlichen und kulturellen Vielfalt, wie sie in Kärnten in der slowenischen Volksgruppe zum Ausdruck kommt. (...) Die Fürsorge des Landes gilt allen Landsleuten gleichermaßen.“¹⁸ Nicht zuletzt aufgrund der Mobilisierung seitens der Kärntner SlowenInnen blieb zumindest die eindeutige Nennung der „slowenischen Volksgruppe“ erhalten.

Ob sie nun wollen oder nicht: Kärntner SlowenInnen müssen – wie andere Minderheiten auch – sich widersetzen und widerständig sein, sie müssen ihre Rechte einfordern, um nicht unterzugehen. Sie müssen beständig auf der Hut sein und den andauernden Versuchen, ihre Sprache und Kultur zu verdrängen, Protest entgegensetzen. Sie müssen es, selbst wenn von Slowenien keine Gefahr von Gebietsansprüchen mehr ausgeht. Sie müssen es, selbst wenn dies noch so anstrengend ist. Wenn sie der Widerstandsgeist verlässt, sind sie verloren.

**Informationen zum Museum und zur Gedenkstätte Peršmanhof
weitere unter: www.persman.at**

18 siehe: <https://kurier.at/politik/inland/kaernten-dreierkoalition-einigte-sich-doch-noch-auf-neue-landesverfassung/245.860.813>; abgerufen am 23.9.2017

Erich Hackl

Alphabet mit Auslassungen

Stichworte zum Thema Heimat, Land, Widerstand

ARBEIT Wer über ungetrübte Erinnerungen seiner Vorfahren verfügt, wird das Leben auf dem Land nicht a priori für das gesündere halten. Berichte von Mühsal und Armut, beides gemildert durch das Versprechen auf ein Jenseits, in dem die Äcker weniger steinig sind, die Rücken weniger gekrümmt... Aber ebenso sehr wie die detailfreudigen Schilderungen meiner Eltern, die im Unteren Mühlviertel aufgewachsen sind, hat mich ein erfindungsreiches Gedicht des Schriftstellers Wulf Kirsten beeindruckt. Kirsten lebt seit langem in Weimar, stammt jedoch aus der Gegend um Meißen, deren Massiv wie das Mühlviertel aus Granit besteht, und ist dem ländlichen Österreich wie dessen kritischen Chronisten – vor allen anderen dem Kärntner Michael Guttenbrunner, dem Oberösterreicher Franz Kain – eng verbunden gewesen. Kirstens Vater war Steinmetz, seine Mutter ging zu Bauern arbeiten. Sie hatten fünf Kinder und ein Stück Land, das ihnen im Zuge der Bodenreform in der sowjetisch besetzten Zone 1945 übereignet wurde; das Gedicht „die ackerwalze“ handelt davon, wie sie mangels Zugviehs sich selbst ins Joch spannten und statt einer eisernen Walze, die nicht aufzutreiben war, eine gestürzte Grabsäule übers Feld zogen, „bergauf, bergunter“, um Erdklumpen zu zerdrücken, das Saatbeet zu bereiten. Ihre Schinderei ist, im Gedicht, aufgehoben in der im Lehm sich abzeichnenden Inschrift auf dem gerundeten rollenden Grabstein: „geliebt, beweint und unvergessen“.

BRÜDERLICHKEIT Ohne Verweis auf ihre Seelenlandschaft lassen sich Leben, Werk und Gesinnung der Linzer Arbeiterschriftstellerin Henriette Haill nicht begreifen. Im Mühlviertel, hat sie einmal gesagt, sei sie aufgegangen, „als wenn ich es selbst gewesen wäre. Das Hohe, das Gigantische ist mir nichts, mir ist nur das Kleine, wie ich selbst bin, etwas. Die Hügel, die kleinen Erhebungen, das Herbe. Das Mühlviertel ist ja herb im Winter. Mich hat das Herbe so ange-

zogen.“ Darüber hat sie unzählige Gedichte, auch in Mundart, und viele Erzählungen verfaßt. Aber nicht diese will ich jetzt würdigen, sondern eine Reminiszenz aus dem Ersten Weltkrieg, bei der sich Haills Tugend erweist, mit dem Herzen eines anderen zu fühlen. Damals, 1915, mußten russische Kriegsgefangene einen alten Wasserspeicher am Linzer Römerberg instandsetzen. Mit einem der jungen Männer, Porfiri Oleschko, freundete sich die elfjährige Jettel an. Porfiri erzählte ihr von seinen Eltern, den Geschwistern, der Not zu Hause in Odessa und davon, daß er im Krieg, aus revolutionärer Überzeugung, nicht auf die österreichischen Soldaten geschossen habe. Nach beendeter Arbeit, ehe der zerlumpfte Trupp wieder abgezogen wurde, küßte er die rauhe, rissige Hand ihrer Mutter und strich dem Mädchen übers Haar, während er ihr seine Wahrheit zuflüsterte: „Du darfst nicht vergessen Porfiri Oleschko, einmal nicht mehr Krieg, einmal alle Brüder.“ Haill sah ihn noch einmal, nach Wochen, auf einem Gerüst am neuen Linzer Dom, wo die Gefangenen Handlangerdienste verrichten mußten. „Ich winkte und rief nach ihm, er aber sah und hörte mich nicht. Er stand und blickte nach Osten, wo in weiter Ferne Brüder einander immer noch töteten und seine arme, verwüstete Heimat lag.“

CHRISTKINDL, BESITZANZEIGEND Elektropost aus einer Heimat, die weder arm noch verwüstet ist, genau hundert Jahre später. Erstens: „Sehr geehrter Herr Hackl, wir möchten keine Flüchtlinge in unserer Christkindlsiedlung. Wir sind ganz sicher, dass Ihre Mutter das auch nicht gewollt hätte. Mit freundlichen Grüßen Ihre Gegenübernachbarn Von meinem iPhone gesendet Sandra [REDACTED]

4400 Steyr“. – Zweitens: „Sehr geehrter Herr Hackl! Ich habe von Ihrem direkten Nachbarn in der Goldbacherstraße, Steyr Herrn Schober erfahren, dass Sie überlegen im Haus Ihrer verstorbenen Mutter Asylanten oder Flüchtlinge unterzubringen. Ich möchte Ihnen – nachdem ich Sie bislang nicht erreichen konnte – auf diesem Weg mitteilen, dass ich in unserer Siedlung keine Flüchtlinge oder Asylanten einquartiert haben möchte und ich mir das auch offen zu sagen traue. Mit freundlichen Grüßen aus der [REDACTED]straße Mag. Gerhard [REDACTED]

[REDACTED] 4400 Steyr“.

DEFINITIONEN Die erste stammt vom spanischen Dichter Antonio Machado, der in der andalusischen Metropole Sevilla aufwuchs und in der kastilischen Kleinstadt Soria seine Erfüllung fand. *Uno es de donde nace al amor, no a la vida*, lautete seine Botschaft. „Einer ist von dort, wo er zur Liebe erwacht, nicht zum Leben.“ Den zweiten Satz hat Machados Landsmann Max Aub geschrieben, der in Paris geboren und im mexikanischen Exil gestorben ist: *Se es de donde se hace el bachillerato*. „Man ist von dort, wo man die Matura macht.“ Wo man also erste Bindungen außerhalb des Elternhauses eingeht, nach Orientierung sucht, das Bewußtsein von Recht und Unrecht schärft, Wissen und Ohnmacht im Umgang mit Lehrern und anderen Erwachsenen erfährt. Die dritte schlüssige Definition hat der Dramatiker Heiner Müller gegeben, im Monolog „Ajax zum Beispiel“, sie lautet kurz und bündig: „Heimat ist/ Wo die Rechnungen ankommen sagt meine Frau“.

EINMAL NOCH ...schrieb mein Vater am 13.3.1982 auf ein Blatt Papier, unter der Überschrift „Gedanken in der Intensivstation“... „möchte ich vorm Haus auf der Gasse beim Wasser spielen/ neben dem Fluder kleine Wasserräder laufen lassen/ in der Hammer Schmiede spielen, den Wasserrädern zuschauen/ mit Onkel Hans den Wehrkanal bis zur Weißen Aist abgehen/ am Sonntag vorm. während des Hochamtes den Reiterweg mit meiner Großmutter begehen/ mit meiner Mutter die Gärten spritzen/ Mit Tante Gusti in die Maiandacht gehen/ in der Mühlkammer Holz bearbeiten u. basteln/ auf dem Mühlboden alte Bücher und Schriften anschauen und lesen/ dem Müller Onkel Max in der Mühle helfen/ auf dem Mühlanger herumlaufen und in der Waldaist baden/ meiner Mutter beim Brotbacken im großen Backofen helfen/ im Herbst bei der Flachsbearbeitung mithelfen/ Freunden und Gästen in der großen Stuben an langen Winterabenden zuhören/ möchte ich Wiesen, Felder und den Wald begehen/ dem Köhler das Essen bringen und beim Kohlenziehen helfen/ den Handwerker zusehen und kleine Hilfsdienste leisten/ einmal noch möchte ich ein Kind sein wie vor 56 Jahren!“

FREUNDSCHAFT In Erinnerung der Partisanentätigkeit im Salzkammergut würdigte Franz Kain die Bedeutung der Großfamilie.

Entfernte Verwandte, zu denen früher kaum noch Beziehungen bestanden hatten, seien den von den Nazis Gejagten beigegeben. „Eine alte, im Dialekt noch durchaus lebendige Bezeichnung für die Verwandtschaft ist ‚Freundschaft‘. Der Ausdruck ‚wir sind in der Freundschaft‘ heißt soviel wie ‚wir sind miteinander verwandt‘. Diese Freundschaft hat sich bewährt in der schwersten Zeit als eine Freundschaft auf Leben und Sterben. Tauf- und Firmpaten, meist nur noch Formalität und freundliche Gefälligkeit, bekamen das Gewicht echten und tapferen Beistandes. Viele dieser ‚Godn‘ und ‚Gödn‘ haben in bewundernswerter Solidarität unter Einsatz ihres eigenen Lebens das der tödlich bedrohten ‚Patenkinder‘ gerettet.“ – Auch unter der Francodiktatur half der Familienzusammenhalt oft über politische Abgründe hinweg. Der österreichische Spanienfreiwillige Josef Kotz, der während des Bürgerkriegs Josefa Gimeno Charco geheiratet hatte und kurz vor der Niederlage der Republik nach Frankreich geflohen war, kehrte 1940, nach dem Überfall Deutschlands auf Frankreich, heimlich nach Barcelona zurück, wo er unter seinem katalaniserten Namen José Cots als Chauffeur arbeitete. Obwohl sie mit den Frankisten sympathisierte, hielt seine Schwägerin ihre schützende Hand über ihn, so daß er bis Ende des Zweiten Weltkrieges von politischer Verfolgung verschont blieb. 1946 ließ er sich mit Frau und vier Kindern repatriieren.

GEFANGENSCHAFT Der Bildhauer Josef Pillhofer hielt es für möglich, daß „auch eine Gefangenschaft im kleinsten Raum Heimat werden“ könne. Das erinnert mich an die Berichte der Steyrer Arbeiter Franz Draber und Josef Bloderer, die wegen ihrer Widerstandsaktionen gegen das Naziregime verhaftet und zum Tod verurteilt wurden. Fast zwei Jahre lang waren sie in der Strafanstalt München-Stadelheim eingesperrt, 200 Tage allein in der Todeszelle, was bedeutet, daß sie zweimal pro Woche – die Hinrichtungen fanden immer dienstags und donnerstags statt – gewärtig sein mußten, unters Schafott gezerrt zu werden. Trotzdem richteten sie sich, Draber vor allem, in der Zelle so gut wie möglich ein, hielten sich mit Jiu Jitsu in Form, diskutierten geschichtliche und philosophische Fragen und reparierten den bayrischen Gefängniswärtern Fahrräder und Bienenkörbe. Nach einem Bombenangriff Ende November 1944 gelang ihnen durch eine unversperrte Pforte die Flucht nach draußen. In

zehn Nächten schlugen sie sich, getrennt voneinander, bis in die Steyrer Gegend durch, wo sie die Befreiung erlebten. Draber hat mir erzählt, wie viel Überwindung es ihn kostete, außerhalb der Gefängnismauern nicht stehenzubleiben, als Schüsse knallten und ihm die Wärter hinterherriefen: Draber, sei nicht dumm, mach dich nicht unglücklich, bleib stehn! Für einen schauderhaft langen Moment hätten ihm seine Beine nicht gehorcht. Das wirft die Frage auf, ob nicht auch der Trägheit, im physikalischen Sinn, Heimat eignet.

HEIMWEH Frage Nr. 5 aus Max Frischs „Fragebogen“ zum Thema Heimat: „Gesetzt den Fall, Sie wären in der Heimat verhaftet: könnten Sie deswegen bestreiten, daß es Ihre Heimat ist?“ Eine Antwort darauf hat Fritz Kalmar gegeben, in einer seiner „Heimwegeschichten aus Südamerika“, die er unter dem Titel „Das Herz europaschwer“ veröffentlicht hat. Darin wird erzählt, wie im fernen Bolivien die aus Wien vertriebenen Juden Anfang 1945 in helle Aufregung gerieten, als sie von den Luftangriffen auf die Stadt erfuhren. In ihrem Urteil waren sie gespalten; während die einen die Zerstörungen für einen Akt der Barbarei hielten, erschienen sie den anderen als logische Folge der Naziherrschaft und der Gesinnungslumperei der Bevölkerung. Unter den Diskutanten saß ein alter Mann, Herschel Goldglas nennt ihn der Autor, der in Wien ein schlecht gehendes Kurzwarengeschäft geführt hatte, von den Nazis erniedrigt und verhöhnt worden war und in La Paz nur dank der Hilfe seiner Landsleute überleben konnte. Goldglas schwieg, er hörte sich nur an, was die Leute sagten. „Aber auf einmal brach es aus ihm heraus, eine Explosion war das. ‚Zerstören sollen sie es!‘ schrie er, dieser stille Mensch schrie, brüllte beinahe, ‚zerstören, zerschlagen, vernichten, bis nix mehr übrig bleibt als ein Haufen Trümmer, und dort sollen sie ein Taferl aufstellen, auf dem steht *Hier war Wien!*‘. In diesem Moment hielt er inne, schlug beide Hände vor die Augen und schluchzte, heulte: ‚Aber zu dem Taferl möchte’ ich hinfahren, zurück dorthin und nie mehr weggehen von dort, mein Lebtag nie mehr weggehen!‘ Tränen rollten über seine Wangen, er weinte, schämte sich dessen und rannte davon.“

IDYLLE Was der Kommunistin Haill das Mühlviertel, ist ihrem Genossen Kain das südliche Salzkammergut gewesen: Landschaft,

die seinem Wesen entsprach, nicht weil er sie, wie Haill, aus freien Stücken erwählt hatte, sondern weil er in sie hineingeworfen worden war. Sie gefiel ihm, aber er hielt sie weder für lieblich noch für idyllisch, denn, so schrieb er über sich in der dritten Person, „er weiß zu viel von ihr“.

JUBELN „Zirkusgasse! Heimat!“ jubelte Fritz Kalmar, als wir von der Schrottgießergasse in die Zirkusgasse einbogen. Fritz war damals neunzig, er lebte seit 1939 im Exil, verbrachte aber jedes Jahr mehrere Wochen in seiner Geburtsstadt Wien. In der Zirkusgasse hatte er mit seiner Mutter und seinen Brüdern gewohnt, von hier aus war er jeden Morgen über Saltorbrücke und Rudolfsplatz ins Wasagymnasium gegangen, an dessen Fassade heute eine Tafel an ihn erinnert. Schräg gegenüber dem Wohnhaus hatte sein älterer Bruder ein Kaffeehaus betrieben, das nach der Annexion Österreichs arisiert und umbenannt worden war: von Café Mignon in Café München. Aus Fritz' Mund klang der neue Name wie ein Peitschenhieb. Auf derselben Straßenseite wie das Wohnhaus hatte sich der Türkische Tempel befunden, eine Synagoge, die in der Pogromnacht geschändet und niedergebrannt worden war. Jetzt stand dort ein Gemeindebau aus den achtziger Jahren. Das einzige Gebäude in der Straße, das noch genauso aussah wie in seiner Jugend, und dem gleichen Zweck diente, war das Stundenhotel an der Ecke Schmelzgasse: Gruß der Heimat an einen Vertriebenen, der sie bejubelt.

KOMMUNISMUS Während der Vorführung des Films „Über die Jahre“, des österreichischen Regisseurs Nikolaus Geyrhalter, mußte ich an ein Bonmot aus der Zeit des Kalten Krieges denken, das Johannes Bobrowski einmal zitiert hat: „Kommunismus ist, wo allen alles gehört und niemand etwas hat.“ Die Menschen, die Geyrhalter über zehn Jahre gefilmt hat, leben im nördlichen Waldviertel. Zu Beginn der Dreharbeiten, 2004, sind sie die letzten Arbeiter einer Textilfabrik, die kurz darauf geschlossen wird. Ihre Ansprüche an das, was man für gewöhnlich das Leben nennt, sind – gemessen an den „Herausforderungen“, mit denen der Kapitalismus die Menschen traktiert – in ihrer Bescheidenheit derart subversiv, daß einem der Gedanke kommt, sie könnten sich nichts Besseres wünschen als den Kommunismus.

LOSER Der hegemonialen Auffassung zufolge gelten sie jedoch gerade ihrer beständigen Anspruchslosigkeit wegen als *Loser*: Verlierer, die umso verachtenswürdiger sind, als ihnen nicht in den Sinn kommt, das Leben für ein verpflichtendes Gewinnspiel zu halten. Ihr Widerstand ist beachtlich, trotz der Tatsache, daß ihnen Aufbruch und Empörung fremd sind. Vermutlich gehen die meisten von ihnen nicht einmal wählen oder geben jenen Parteien ihre Stimme, die gegen „Sozialschmarotzer“ wie sie hetzen.

MACHADO Noch einmal der Dichter Antonio Machado: *Se canta lo que se pierde*. „Man besingt, was man verliert.“ Die Kindheit, die Liebe, die Heimat, oder was man für sie hält.

NESTBAUEN Eugenie Kain zufolge, der Tochter des Schriftstellers, die selber eine bedeutende Schriftstellerin war, lassen sich zwei Menschentypen unterscheiden: die Nestbauer und die Zeltaufsteller. Mit den Nestbauern, die ihre Häuser in die Landschaft klotzen, umzäunen, mit allerlei *Schöner Wohnen*-Zeug, „Hier wache ich“-Schildern und Alarmanlagen dekorieren, wollte sie sich nicht anfreunden; das Zelten dagegen war ihr lieb und vertraut. Unterwegs sein, „daheim im Reisen – und auf der Hut“, das war Eugenies Praxis wie Programm. Ans Wohnen stellte sie keine großen Ansprüche – ihr genügten ein Küchenradio, ein großer Eßtisch, ein eigener Schreibtisch, Platz für Bücher, ein ruhiger Raum zum Schlafen.

ORIGINALE Vor neunzig Jahren hat der junge Ernst Fischer sich an der Provinz abgearbeitet, an der Kleinstadt, die ihm im Gegensatz zur großen nichts, oder nur Abstoßendes, bedeutete, und mir scheint, sein harsches Urteil ist nicht überholt: „Hier in der Provinz, wo sich das Leben langsam im Kreise dreht, ist jeder, da große Aufgaben, lodernde Horizonte fehlen, immerfort mit sich selber beschäftigt, hier wuchert der Individualismus, hier wird man zum Original, weil es das einzige ist, was man werden kann. Der Pensionist, der Raunzer, der Nörgler, er ist das Urbild des Originals, und mannigfaltig variiert beherrscht der Typus die Stadt. Wunderliche Gestalten, geisterhafte Figuren, Sonderlinge und Eigenbrötler aller Art treiben sich in den Kaffeehäusern, in den Gärten und Gassen umher, und der Schatten, den sie werfen, ist grotesk, phantastisch,

unwahrscheinlich. Kleine Absonderlichkeiten blähen sich auf und werden zur Weltanschauung, eifersüchtig wacht jeder von diesen Aposteln seiner selbst darüber, daß keiner ihm nachahme, keiner ihm ähnlich sei. Nirgends gibt es so selbstbewußte, so selbstgefällige Narrheit wie in der Provinz.“

PERIPHERIE Alberto Nessi ist im Mendrisiotto aufgewachsen, dem südlichsten Zipfel des Tessins, hart an der italienischen Grenze, der lange das Armenhaus der Schweiz war – die Männer suchten Arbeit in den Marmorsteinbrüchen von Carrara, von wo sie mit Staublungen zurückkamen, oder wanderten nach Amerika aus, die Frauen verdingten sich in den Städten als Ammen oder Küchenhilfen. Man könnte also sagen, daß das Mendrisiotto an sich schon Peripherie war, geografisch wie sozial. Aber bereits als Jugendlichen zog es Nessi an die Peripherie dieser Peripherie, in das Niemandsland zwischen Fabrik, Halde und Gestrüpp, das ihm „ein Ort der Entdeckungen“ war. Geheimnisvoll, ungebunden, frei. Davon ist nichts geblieben. „In meiner Umgebung wohnt heute an der Peripherie die Feindseligkeit. Jene Feindseligkeit, die wir dem Fremden entgegenbringen, wenn er die Grenzen heimlich überschreitet. Das ‚Unbekannte‘, das ich in meiner Jugend gesucht habe, ist heute anderswo zu finden: in den Augen der Einwanderer, die ferne Wüsten und Meere gesehen haben, im kleinen Jungen aus Sierra Leone, der neben mir wohnt, in den Erlebnissen der Frau aus dem Iran, die ihre Heimat verlassen musste, in der Geschichte von Karuna, dem Flüchtling aus Sri Lanka, der in einer Fabrik im Mendrisiotto arbeitet, in den Gesichtszügen des bosnischen Mädchens Alma, das vor dem Krieg geflohen ist und nun mit meiner Tochter zur Schule geht. Die neue Peripherie sind sie. Sie sind es, die Geschichten zu erzählen haben. Doch in diesen Geschichten spiegelt sich nicht mehr die Poesie des Geheimnisvollen, sondern das Drama der Entwurzelung.“

STIMMUNG In einem nachgelassenen Gedicht bringt Franz Xaver Hofer zur Sprache, was ihn zeitlebens geprägt hat – ohne den Begriff, Prägung, überhaupt zu verwenden. Er kommt auch ohne die geläufigen Synonyme wie Herkunft, Wurzeln, Kindheit, Formung oder Heimat aus. Das Wort, das er stattdessen setzt, trifft in seiner Verhaltenheit den Sachverhalt viel besser:

„Ich komme aus dieser Stimmung./ Woanders komme ich nicht her./ Ich gehe wohin, ohne das Woher/ vergessen zu können oder zu wollen:/ Ich komme aus der Stimmung/ des Kornspeichers/ der Scheune/ des Kellers/ und der schwarzen Selchkammer.“

TOTSCHLAG Ein anderer Mühlviertler Autor, Bauernkind wie Hofer, der die Torheiten des heutigen Landlebens grimmig benennt und, stets gefährdet, darüber zu verzweifeln, die Fülle handwerklicher und bäuerlicher Verrichtungen rühmt, ist Richard Wall: „Wer sagt, das Einfamilienhaus ist eine Brutstätte von Mord und Totschlag, gehört nicht zu uns! Also, wohin gehöre ich?“

VAGABUND Der größte soziale Dichter des vergangenen Jahrhunderts, Theodor Kramer, hat den Vagabunden – einem Menschen-schlag angehörig, der bei uns offenbar ausgestorben ist – wie allen Menschen am Rand jene Gerechtigkeit widerfahren lassen, die ihnen von den Behausten vorenthalten wurde, und in ihrer Bedürftigkeit, Verzweiflung, Verworfenheit, aber auch in ihrem Stolz ernst genommen. Daniela Strigl weist darauf hin, daß in Kramers Gedichten Heimat nicht als Vorrecht der Bodenständigen erscheint, sondern auch den Landstreichern, Stromern, Vaganten zugestanden wird, und zitiert ein Rollengedicht Kramers über einen im Burgenland umherziehenden Vagabunden, der darauf besteht, das Land genauso zu lieben wie der Bauer – und sich durch das Verständnis, das er für ihn aufbringt, ein Stück weit über seinen Kontrahenten erhebt: „Wie viel es, Bauer, sind, die mich vertreiben;/ an dir allein versteh ich Haß und Ruh./ Ich lieg, der Erbfeind, hier vor deinen Scheiben,/ und liebe doch das Land so tief wie du. (...) Vielleicht muß einer düngen, pflügen, graben/ und ein Erhalter und Bewahrer sein,/ ein anderer aber nichts als Beine haben,/ die rastlos fallen in ein Schreiten ein.“

WEITE UND WÜRDE In einem Gespräch über seinen Film „Seit die Welt Welt ist“ hat Günter Schwaiger staunend festgestellt, daß Weite sich erst dann einstellt, wenn man die Nähe sucht. „Je näher man einer Figur kommt, desto mehr erweitert sich der Horizont. Je tiefer man in den Mikrokosmos dringt, umso größer wird der Makrokosmos. Die Figur von Gonzalo, die familiäre Beziehung, das

Dorf, die Entvölkerung, die Landschaft – all das zusammen stellt etwas Universelles dar. Je länger wir dort arbeiteten, umso klarer wurde mir, daß dieses Dorf für so vieles symptomatisch ist, was nicht nur in Kastilien, sondern in der ganzen Welt passiert.“ Nehmen wir Schwaiger den Ausrutscher, seinen Protagonisten Gonzalo Martínez Arranz als „Figur“ zu bezeichnen, nicht weiter übel; beeindruckend an dem Film ist nämlich gerade die mitgeteilte Tatsache, daß er durch den langen, geduldigen Blick auf einen oder einige Menschen, die er durch den Alltag und in der Arbeit begleitet, die Welt zu verstehen hilft. Aber da ist noch etwas, das Mitgefühl nämlich, ohne das Kunst entbehrlich wäre. Es prägt auch zwei andere Dokumentarfilme, die mich in letzter Zeit tief beeindruckt haben, Geyrhalters Langzeitprojekt, das ich schon erwähnt habe, und Volker Koepps „Landstück“ über Natur, Glück und Ökonomie in der nordostdeutschen Uckermark. In allen drei Filmen wird sichtbar, was sich selten offenbart: Würde. Die Würde im Widerstand, müßte man hinzufügen, gegen die hegemonial gewordene Auffassung, daß es im Leben darum geht, den Nutzen zu maximieren, dem Leiden anderer gegenüber indifferent zu bleiben. Alle Erfahrung abzustoßen, die der Geldvermehrung nicht dienlich ist. Der Druck wächst, sich in eine Akkumulations- und Tauschwertmaschine zu verwandeln. Das ist auch der Grund, warum viele in ihrer Enttäuschung oder Verwirrung die falschen Schlüsse ziehen und, selber bedürftig, die Bedürftigen zu ihren Feinden erwählen. Anders die Helden, Heldinnen dieser Filme. Ihnen zuhören, sie ansehen zu können, auf der Leinwand, im Kinosaal, weckt in mir:

ZUVERSICHT die wenigstens für die Dauer der Vorstellung und einige Stunden, Tage danach anhält. Schwer zu sagen, ob das viel ist oder wenig, in dieser Zeit.

Erwin Riess

Vom Widerstand in Zeiten, in denen das Schreiben der Wahrheit nicht nur umfangreiche Recherchearbeit erfordert.

Anmerkungen zu Peter Weiss¹

Zum hundertsten Geburtstag des schwedisch-deutschen Autors Peter Weiss, der in Nowawes bei Potsdam geboren wurde, erschien 2016 im Suhrkamp Verlag eine Biografie, die ich für die Zeitschrift „Die Presse“ rezensierte. Im Folgenden werde ich daraus zitieren, aber auch zusätzliche Gedanken anführen, die unter anderem auf einer weiteren Biografie über Peter Weiss, nämlich jener des in New York lebenden Peter Weiss-Forschers Robert Cohen ^{*}), basieren. Cohen ist in Zürich aufgewachsen, in seiner Jugend verkehrte Bertolt Brecht im Haus seiner Eltern. Früh schon wurde dadurch das Interesse des Knaben auf das epische Theater gelenkt, dem Peter Weiss – auf Brechts Lehrstücken und dessen Umgang mit historischen Stoffen beruhendem Werk – eine Weiterentwicklung hinzufügte, die wesentlich vom Holocaust und vom Leben im Schatten eines möglichen Atomkriegs geprägt ist, jene des Dokumentarischen Theaters.

Der 1982 verstorbene Autor war Schöpfer von zentralen Stücken und Romanen der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Mit dem großen Welttheaterdrama „Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats, dargestellt durch die Schauspielgruppe des Hospizes zu Charenton unter Anleitung des Herrn de Sade“, das 1964 im Berliner Schillertheater uraufgeführt wurde, etablierte Weiss sich im Kreis der führenden Theaterautoren und Autorinnen seiner Zeit. Sein dokumentarisches Drama zum Ausschwitz-Prozeß „Die Ermittlung“ wurde 1965 gleichzeitig in fünfzehn europäischen Theatern uraufgeführt, wenn man die Eifersüchteleien der Theater und

1 Erwin Riess verfasste seine Texte in der alten Rechtschreibung. In literarischen Texten verzichtet er auf die übliche wissenschaftliche Zitierweise

ihre bessene Jagd nach exklusiven Uraufführungen kennt, eine erstaunlicher und bis heute unerreichbarer Vorgang. Schließlich verankerte das große Romanprojekt der formal an Dante orientierten Romantrilogie „Die Ästhetik des Widerstands“ (1975 bis 1981), die nichts Geringeres unternahm als Macht, Klassenkämpfe und Kunst in mehreren Epochen und Kulturkreisen zueinander in Beziehung zu setzen, den Autor unter den führenden Schriftstellern seiner Zeit. Mit dem Roman schuf Weiss ein überzeitliches Kompendium des Widerstands von Ausgebeuteten, Marginalisierten und Stimmlosen in der Weltgeschichte, ein stupender Gegenentwurf zur ewiggleichen Eliten-Geschichtsschreibung, in der die Millionen Sklaven und Ausgepowerten ausschließlich als Verfügungsmasse von Herrschaft erscheinen. In Aberhunderten und Tausenden Lesekreisen wurde Weiss' „Ästhetik“ zur Standardliteratur in der ausklingenden Studentenbewegung, nur vergleichbar mit den Kapital-Lesekreisen der damaligen Zeit.

Peter Weiss war Sohn einer Schauspielerin und eines jüdischen Textilfabrikanten, der aus einfachen ungarischen Verhältnissen stammte. In die ersten drei Jahrzehnte von Peter Weiss' Leben fielen die großen Zäsuren des zwanzigsten Jahrhunderts, zwei Weltkriege, Oktoberrevolution, Aufkommen und Herrschaft des Faschismus, der Einsatz der Atombombe. Zeit seines Lebens versuchte Peter Weiss, sich vor den großen Strukturfragen der Zeit nicht zu drücken, sondern sie mit einer ans Wissenschaftliche grenzenden und an Brecht geschulten Arbeitshaltung zu begreifen und zu gestalten. Er war sich dabei immer Brechts Mahnung bewußt: „Was immer an Wissen in einer Dichtung stecken mag, es muß völlig umgesetzt sein in Dichtung.“

Früh schon sah sich der junge Peter Weiss in eine Außenseiterrolle gedrängt. Vor der abweisenden Mutter und dem pedantischen strengen Vater flüchtete der Knabe in eine Traumwelt. Die Mutter hatte aus erster Ehe zwei Söhne, Arwed und Hans, beide gliederten sich willig in das NS-Getriebe ein und nahmen darin gehobene Positionen ein, Arwed war sogar bei der SS. Dem jungen Peter aber blieb die Teilnahme an den sportlichen Ertüchtigungen der Hitlerjugend wegen seines jüdischen Vaters Jenö verwehrt. Gleichzeitig war es eben die Abstammung von einem ungarischen Dorfjuden, die den introvertierten Jüngling davor bewahrte, selber zum Täter

zu werden und mit Jungmännern seiner Schulklasse mordbrennend in Polen und Frankreich einzufallen und Schuld auf sich zu laden.

Beide Biografen machen hier den existentiellen Grundkonflikt des deutschsprachigen Autors aus, der nie die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten sollte. Die Isolation, das Gefühl und das Wissen, nicht dazuzugehören, der bohrende Zweifel, wenn er denn einmal von einer Gruppe akzeptiert wird, der zum nächsten Zerwürfnis treibt – dieses psychosoziale Muster bestimmte Peter Weiss' Leben. Zwei jahrelange Psychoanalysen, unter anderem beim Freud-Schüler Lajos Székely, vermochten an der grundlegenden Konstellation nichts zu ändern, wohl aber statteten sie den jungen, grüblerischen Mann mit dem Wissen um jene psychischen Zusammenhänge aus, die für den späteren Autor bestimmend werden sollten. Die psychischen Prozesse wurden benennbar, handhabbar, das um sich selbst und um die eigenen Behinderungen kreisende solipsistische Rasonieren trat in den Hintergrund, mehr und mehr wurde Peter Weiss zu einem eingreifenden und empathischen Denker. In der künstlerischen Arbeit an der Welt und ihren Strukturen verpflichtete sich der junge Mann dazu, die vorgefundene Welt nicht widerstandslos hinzunehmen. Damit veränderte er sich selbst und schuf sich auf eine poetologische Weise neu.

Dennoch sollte ihn das Erlebnis der Ausstoßung bis an sein Lebensende begleiten. Noch als arrivierter und vielfach ausgezeichnete Autor litt er darunter, die späte Verankerung auf der Seite der sozialistischen und kommunistischen Linken wieder verloren zu geben. Körperliche Zusammenbrüche waren die Folge. Seine Romantrilogie „Ästhetik des Widerstandes“ machte ihn für die einen zum Renegaten, anderen wiederum galt er als gefährlicher Repräsentant des gottlos Bösen. Mit seinem Stück „Trotzki im Exil“ (1971) schaffte er es sogar, sich den offenen Haß beider Seiten zuzuziehen. Im selben Jahr trat Weiss der Schwedischen Linkspartei bei, die sich einem westeuropäischen Weg zum Sozialismus verschrieben hatte. Anselm Perten, ein Hochschulprofessor und Theaterregisseur aus Rostock, führte Peter Weiss und sein Werk in der DDR ein. Wenige Jahre lang war er ein mehr akzeptierter denn geschätzter Autor aus dem Westen, der sich auf die Seite der Fortschrittskräfte gestellt hatte. Die Idylle dauerte aber nicht lang, der Weg von einer persona gratissima zu einer persona non grata war kurz, er endete mit einem

Polbürobeschluß samt Einreiseverbot. Umso erstaunlicher, daß der in der DDR Unerwünschte keine drei Jahre später eine Einladung zum sowjetischen Schriftstellerkongreß nach Moskau erhielt, diese auch annahm und eine Reise nach Wolgograd (das ehemalige Stalingrad) anschloß. Schon in den späten sechziger Jahren hatte Weiss auf einer fünfwöchigen Reise Kuba besucht, wo sein Interesse am Kolonialismus und den Befreiungsbewegungen Nahrung und Stoff erhielt – wovon die vielfach gespielten Stücke „Der Lusitanische Popanz“, „Viet Nam Diskurs“ sowie ein Gutteil der „Ästhetik“ zeugen. Daß Weiss in diesen Stücken die in der „Ermittlung“ erarbeitete Form des Dokumentarischen Theaters weiterentwickelt, wird von den Biographen zu Recht herausgestrichen. Heute lebt das Dokumentarische Theater in zeitgenössischen Ausprägungen in der Arbeit von Theaterkollektiven wie dem „Rimini Protokoll“ fort.

Der Weg des jungen Peter Weiss zu einem der Welt zugewandten Zeitgenossen war nicht einfach. Rasch wechselnde Wohnorte – Przemyśl, Bremen, Berlin – ließen kaum Freundschaften und Orientierung zu. 1935 nahm der Vater die Leitung einer Textilfabrik in London an, die Familie folgte. Ein Jahr später taucht sie in Warnsdorf im nordböhmischen Textildistrikt auf, damals ein Zentrum der prohitleristischen Henlein-Partei. Wieder wird dem Vater die Leitung einer Textilfabrik übertragen. Peter arbeitet im Betrieb mit, versucht sich als Maler (und später als Dokumentarfilmer). 1937 kommt es zu einem Briefkontakt mit Hermann Hesse, der zu einem väterlichen Freund und Mentor wird und den Peter Weiss mehrfach in Montagnola im Tessin besucht, teils unter Begleitung seiner Freunde Robert Jungk und Hermann Levin Goldschmidt. Jungk war nach Deutschland zurückgekehrt, um Untergrundarbeit zu verrichten; diese praktische Haltung zum Faschismus beeindruckte Weiss nachhaltig.

Nach der Besetzung des Sudetenlandes durch die Wehrmacht flüchtet die Familie nach Schweden, Weiss bleibt in der Schweiz und folgt im Jänner 1939 nach, wo der Vater wiederum eine Textilfabrik einrichtet. Es folgen die Arbeit im Werk und ein Kunststudium in Stockholm, 1946 wird ihm die schwedische Staatsbürgerschaft verliehen. Eingehend befasst Weiss sich mit dem Surrealismus. Im „Zweiten Manifest“ hatte Breton den Surrealismus als sozialrevolutionäre Bewegung mit zweifacher Perspektive beschrieben; die eine,

von Marx kommende, besagte, es gehe darum, die Welt zu verändern. Rimbauds Ziel aber war es, das Leben zu ändern. Im Surrealismus seien beide eins. Die Einsicht, daß diese beiden Veränderungsprozesse – die soziale und die psychische Revolution, die äußere und die innere Befreiung – einander bedingen, gehörte für Weiss zum göltigen Erbe des Surrealismus. Diese bildete fortan eine Konstante in seinem Werk bis hin zum Schluß seiner „Ästhetik des Widerstands“, in der beide Haltungen noch einmal aufgenommen werden.

1947 reist er als Korrespondent nach Deutschland, seine Reportagen erscheinen bei Bonnier unter dem Titel „Die Besiegten“ auf Schwedisch. Zur selben Zeit lehnt Walter Suhrkamp ein Manuskript ab, erst dreizehn Jahre später wird der „Der Schatten des Körpers des Kutschers“ vom selben Verlag angenommen, dem er fortan verbunden bleibt.

Ende der fünfziger Jahre gerät Weiss in eine persönliche Krise. *„Vor und zurückschaukelnd dachte ich an das Schwankende und Schwindelnde in der Situation des Schreibenden und Lebenden, der diese beiden Tätigkeiten nicht zum Einklang bringen konnte. Da verlor ich die Balance und kippte mit dem Stuhl hintenüber.“*

Er bekommt erst wieder Boden unter den Füßen, als er im August 1960 im Haus seines Verlegers Siegfried Unseld in Frankfurt wohnt und in dessen Bibliothek die damals noch unveröffentlichten *Arbeitsjournale* Bertolt Brechts liest. Im selben Jahr studiert er Brechts *Schriften zum Theater. Über eine nicht-aristotelische Dramatik*. Beindruckt zeigt Weiss sich auch von Brechts Text *Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit*. Es sei leicht, über die Schlechtigkeit der Welt und den Triumph der Rohheit im allgemeinen zu klagen. Da treten viele auf, als „seien Kanonen auf sie gerichtet, während nur Operngläser auf sie gerichtet sind“. Diese halten für Wahrheit nur, was schön klingt. Die Wahrheit ist aber etwas Trockenes, Praktisches, etwas, was zu finden Mühe macht und Studium verlangt, dann ist es keine Wahrheit für sie, nichts was sie in Rausch versetzt. *„Das Elend mit ihnen ist: Sie wissen die Wahrheit nicht.“*

1965 bekennt Peter Weiss sich mit dem Aufsatz „10 Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt“ zum Sozialismus und erntet dafür massive Ablehnung aus dem Westen. *„Ich bin zur Einsicht gelangt, daß Schreiben und Leben sich nicht voneinander trennen lassen. Versuche ich dennoch, die Welt des Schreibens als etwas Freiste-*

hendes zu sehn, so führt dies nur zu Konstruktionen, voll Entstellung und Betrug. Der Schreibende verheimlicht sich seine gelebte Welt, und der Lebende steht fremd vor dem Geschriebenen.“

Auf die Frage, was von Peter Weiss bleiben wird oder bleiben sollte, antwortet Christa Wolf:

„Bleiben sollte diese intensive und nicht nachlassende Wahrheits-suche als Haltung, die nie ganz frei von Irrtümern ist, die aber die Irr-tümer wieder überwinden kann und die vor allen Dingen sich selbst einbezieht in den Prozess der Wahrheitsfindung und sich als Autor und Intellektueller dabei mitverändert. Das ist eine Haltung, die ich einfach zeitgemäß finde, zukunfts-gemäß.“

- *) Cohen ist unter anderem auch Autor des wundervollen semi-dokumen-tarischen Romans „Exil der frechen Frauen“, in dem er den Schicksalen dreier fortschrittlicher und kommunistischer Frauen, unter ihnen Olga Benario, aus dem Berlin der zwanziger Jahre nachgeht – eine kongeniale Seitenlinie zu Weiss' Romantrilogie „Ästhetik des Widerstands“.

Literatur

Werner Schmidt. Peter Weiss. Biografie. 460 Seiten, HC, Suhrkamp 2016

Robert Cohen. Peter Weiss in seiner Zeit. Metzler Verlag, 1992

Robert Cohen. Das Exil der frechen Frauen, Rotbuch Verlag, 2009, 624 Seiten

Antifaschismus geht uns alle an!¹

Aktuell leben wir leider in einer Zeit, in der nicht nur europaweit rechtsextreme Parteien und Ideologien am Erstarken sind, Gedenktafeln für Opfer des Nationalsozialismus zerstört werden und im Internet rassistische Hetze und neonazistische Propaganda verbreitet wird, sondern leider auch in einer Zeit, in der Journalist_innen, antifaschistische Aktivist_innen und Geflüchtete zunehmend (physisch) bedroht und angegriffen werden. Umso wichtiger ist es, dass sich möglichst viele Menschen in unterschiedlichen Bereichen dahingehend engagieren, menschenfeindlichen Gesinnungen vorzubeugen und ihnen, wo auch immer sie auftreten mögen, Einhalt zu gebieten. Die Plattform *Stoppt die Rechten* (www.stopptdierechten.at) versucht auf mehreren Ebenen nicht nur (strafrechtlich) gegen Neonazis vorzugehen, sondern vor allem auch über entsprechende Ideologien, Akteur_innen und Aktivitäten in Österreich aufzuklären.

Informieren, dokumentieren und weiterbilden

Stoppt die Rechten wurde 2010 gegründet und berichtet seitdem tagesaktuell über Rechtsextremismus und Neonazismus in Österreich. Bereits 2010 hatte sich die Anzahl rechtsextrem motivierter Straftaten im Vergleich zu 2004 verdoppelt, und so beklagten unter anderem die Grünen, dass Rechte und Rechtsextreme nicht nur offener in Erscheinung treten, sondern sich vor allem im Internet verstärkt vernetzen und dort ihre menschenfeindlichen Gesinnungen verbreiten würden. Um der „Desinformationspolitik“ des Innenministeriums etwas entgegen zu setzen, sollte die damals neu einge-

1 Anmerkung zu Redaktionsschluss: Das Ausscheiden der Grünen aus dem österreichischen Parlament hat auch Einfluss auf das Projekt „Stoppt die Rechten“, da die Betreuung und Befüllung der Seite von der Grünen Bildungswerkstatt und dem grünen Parlamentsklub finanziert wurde. Aktuell sieht es daher so aus, als könnte das Projekt vorerst nicht weitergeführt werden

richtete Internetseite *Stoppt die Rechten* daher vor allem zur Aufklärung beitragen und Vorfälle sowie auch Internetauftritte einschlägiger Gruppen dokumentieren. Inzwischen ist die Internetseite zur wichtigsten Informations- und Dokumentationsquelle über aktuelle Entwicklungen im österreichischen Rechtsextremismus geworden. Die Website stellt Informationen, Hintergrundanalysen und Kommentare zu Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und Neonazismus hierzulande bereit, dokumentiert rechtsextreme Vorfälle und berichtet (gemeinsam mit *Prozessreport*) von Gerichtsprozessen wegen Verstößen gegen das Verbotsgesetz. Damit liefert das Projekt einen bedeutenden Beitrag zur Aufklärungsarbeit über Rechtsextremismus und Neonazismus in Österreich.

Die Mitarbeiter_innen von *Stoppt die Rechten* sind zudem auch in der Bildungsarbeit tätig und versuchen auf vielfältige Art und Weise, das Wissen darum, was Rechtsextremismus und Neonazismus ausmacht, was in Österreich strafrechtlich verfolgt werden kann oder wie rechtsextremen Einstellungen am besten vorgebeugt bzw. gegen diese argumentiert werden kann, verschiedenen interessierten Spektren zugänglich zu machen. Konkret bedeutet das, dass *Stoppt die Rechten* auch unterschiedliche Veranstaltungsformate (Vorträge, Workshops, Seminare etc.) zu den Themenbereichen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (in Österreich) entwickelt hat, die unterschiedliche Zielgruppen dabei unterstützen, sich argumentativ gegen diskriminierende Äußerungen zu wappnen und derartigem Gedankengut vorbeugend entgegen zu wirken. Nachdem *Stoppt die Rechten* außerdem mit vielen antifaschistischen Initiativen sowie Wissenschaftler_innen im Bereich der Rechtsextremismusforschung vernetzt ist, unterstützt die Plattform auch andere gerne dabei, Vortragende und Workshopleiter_innen zu diesen und ähnlichen Themen zu finden. Egal, ob ein Überblicksvortrag über rechtsextreme Straftaten in der Steiermark, eine Podiumsdiskussion zu den Möglichkeiten und Herausforderungen der Präventionsarbeit, ein Input zum Verhältnis von Burschenschafnern zur FPÖ oder zur Rolle von Frauen im österreichischen Rechtsextremismus gefragt ist, freuen sich die Mitarbeiter_innen von *Stoppt die Rechten* über Anfragen und unterstützen gerne im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Das konkrete Angebot kann sowohl auf der Internetseite eingesehen oder unter stopptdierechten@gbw.at angefragt werden.

In regelmäßigen Abständen führt die Plattform außerdem selbst Vorträge, Workshops und Podiumsdiskussionen mit Rechtsextremismus-Expert_innen für ein interessiertes Publikum durch. Weiters organisiert *Stoppt die Rechten* gemeinsam mit dem Parlamentsklub der Grünen alle zwei Jahre eine „Rechtsextremismus Enquete“, die im Parlament stattfindet und offen für alle Interessierten ist, die sich vorher zur Veranstaltung anmelden.

Bis zum Jahr 2002 veröffentlichte das Innenministerium einen jährlichen Rechtsextremismusbericht. Dieser jedoch wurde von der damaligen schwarz-blauen Bundesregierung eingestellt. Übrig blieben lediglich wenige diesbezügliche Seiten im Verfassungsschutzbericht. Da rechtsextreme Straftaten in Österreich weiterhin kontinuierlich ansteigen, wurde 2016 erstmals wieder ein solcher Rechtsextremismusbericht erstellt – diesmal von den Grünen und *Stoppt die Rechten*. Dieser Rechtsextremismusbericht dokumentiert und analysiert die aktuelle rechte Szene in Österreich, ihre Verstrickungen in die Politik und ihre Vernetzung im Internet. Eine Besonderheit ergibt sich auch aus dem Umstand, dass erstmals auch Überblickstexte über rechtsextreme Entwicklungen, Szenen und Vorfälle in den österreichischen Bundesländern thematisiert werden und damit eine bedeutende Leerstelle gefüllt wurde. Weitere Berichte sollen ab nun in regelmäßigen Abständen veröffentlicht werden.

Nicht zuletzt unterstützt *Stoppt die Rechten* außerdem die Vernetzung von antifaschistischen Initiativen, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen. Im Oktober 2016 fand daher erstmals eine Leser_innenkonferenz statt, die einerseits die bisherige Arbeit der Plattform evaluierte und andererseits Interessierten die Möglichkeit bot, sich auf dem Gebiet auszutauschen und weiterzubilden.

Rechtsextremismus und Neonazismus melden!

Im Rahmen von *Stoppt die Rechten* gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, aktiv zu werden und sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Einerseits ist es möglich, Beiträge für die Website (beispielsweise als `regelmäßige_r` `externe_r` `Autor_in`) zu schreiben und/oder sich mit der Plattform für Veranstaltungen, Publikationen, Kampagnen etc. zu vernetzen. Andererseits können engagierte Personen *Stoppt die Rechten* in ihrer Arbeit unterstützen, indem sie

der Plattform beispielsweise rechtsextreme, rassistische oder neonazistische Vorfälle und Hasskommentare melden. Wenn jemand also rechtsextreme, rassistische oder neonazistische Vorfälle, Hakenkreuzschmierereien, zerstörte Gedenktafel oder ähnliches beobachtet, von einem Neonazi-Konzert in der Gegend hört oder auf solche Inhalte im Internet stößt, gibt es die Möglichkeit, *Stoppt die Rechten* diese Informationen über das auf der Homepage dafür vorgesehene, vertrauliche und auch verschlüsselte Formular zukommen zu lassen. Auf der Website finden sich auch praktische wie auch technische Tipps und Tricks, die dabei helfen (können): Um beispielsweise Facebook-Postings zur Anzeige zu bringen, sollte der/die Melder_in einen Screenshot davon gemacht haben, und wenn er_sie nicht will, dass Fotos oder pdfs, die sie_er gemacht hat, auf ihn_sie zurück geführt werden können, lohnt es sich, die Meta-Daten zu löschen. Weil zwar alles gemeldet, jedoch nicht jeder Vorfall auch strafrechtlich verfolgt werden kann, lohnt es sich, zuerst einen Blick darauf zu werfen, was ich wie wo melden und zur Anzeige bringen kann.

Anzeigen und melden

Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit können auf vielfältige Art und Weise angetroffen werden, so beispielsweise als Beschmierungen, Beschimpfungen, Äußerungen (in den Medien, im Internet in Form von Internetseiten oder Postings in sozialen Medien oder bei Veranstaltungen), Drohungen (durch Anrufe, Briefe...), Sachbeschädigungen (Angriffe auf Vereinslokale, Denkmäler ...), tätliche An-/Übergriffe, Verbreitung einschlägiger Materialien u.v.m.. Für verschiedene Delikte gibt es daher auch unterschiedliche rechtliche Bestimmungen, mit denen gegen diese facettenreichen Erscheinungsformen vorgegangen werden kann. So verbietet beispielsweise das Verbotsgesetz u.a. jede Form der NS-Wiederbetätigung, der Verhetzungsparagraf, die „Beeinträchtigung“ bestimmter Personen in ihrer Menschenwürde und das Abzeichengesetz gegen das öffentliche Zurschaustellen von Abzeichen, Uniformen oder Uniformteilen verbotener Organisationen.

Grundsätzlich müssen Behörden, wenn sie von einer Straftat erfahren, aktiv werden. Das kann erreicht werden, indem den Behörden dies durch eine Meldung, Sachverhaltsdarstellung oder Anzeige

mitgeteilt wird. Oft ist vereinfachend von „Anzeige“ die Rede, wenn es sich tatsächlich jedoch um eine Meldung oder Sachverhaltsdarstellung handelt. Die Anzeige ist an die jeweils zuständigen Behörden zu richten, das ist teils die Polizei und teils die Staatsanwaltschaft. Die Anzeige besteht aus einem formlosen, aber wahrheitsgetreuen Schreiben, was sich wann wo genau ereignet hat, wer der/die beteiligten Täter_innen, eventuell auch Betroffenen und Zeug_innen waren. Sollte die anzeigende Person den/die Täter_innen nicht ge-/erkannt haben, besteht auch die Möglichkeit, Anzeige gegen Unbekannt zu erstatten. Es ist auch möglich, anonym zu bleiben, denn es reicht aus, die Anzeige abzuschicken, weil die Behörden verpflichtet sind, diese an die zuständige Abteilung weiterzuleiten. Um diese Vorgehensweise zu erleichtern, hat *Stoppt die Rechten* auch eine Vorlage für eine Anzeige bzw. Sachverhaltsdarstellung auf der Website veröffentlicht.

Anzeige erstattet werden kann, wenn bestimmte Strafbestände erfüllt werden bzw. die berechtigte Vermutung besteht, dass diese erfüllt werden könnten. Für rechtsextreme Vorfälle sind vor allem das Verbotsgesetz, das Abzeichengesetz, das EGVG sowie der Paragraph der Verhetzung von Bedeutung. Das bedeutet aber nicht, dass Rechte/Rechtsextreme und Neonazis ausschließlich gegen diese Gesetze verstoßen bzw. wegen solcher Delikte angeklagt werden. Ein Blick in die bisherige Berichterstattung von *Stoppt die Rechten* verdeutlicht, dass es bislang auch immer wieder zu Anzeigen und Anklagen wegen Nötigung, Beleidigung, illegalem Waffenbesitz oder sogar wegen versuchtem Mord gekommen ist. Wenn sich jemand nicht sicher ist, ob ein bestimmter Sachverhalt angezeigt werden kann, ist es möglich, beispielsweise das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) oder auch *Stoppt die Rechten* um eine Einschätzung bitten. Je nach dem, was genau angezeigt wird, sollten unterschiedliche Aspekte berücksichtigt werden. Wenn es beispielsweise um neonazistische Kommentare in einem Onlinemedium wie z.B. dem Forum einer bestimmten Tageszeitung geht, empfiehlt es sich, einen Screenshot zu machen und diesen an die Anzeige anzuhängen. Wenn hingegen Hakenkreuzsprayerien angezeigt werden sollen, ist es nützlich, Fotos davon beizulegen. Wenn jemand wiederum Zeug_in eines Vorfalls geworden ist, ist es ratsam, direkt nach Beobachtung einer Tat ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben, das später auch beim Verfassen der Anzeige oder auch

bei einer potentiellen Zeug_innenaussage (vor Gericht) von Vorteil sein kann.

Nicht alles kann jedoch bei der Polizei auch tatsächlich angezeigt, also straf- oder auch privatrechtlich verfolgt werden. Damit diese Taten nicht in Vergessenheit geraten, engagieren sich unterschiedliche Stellen, um derartige Vorfälle zu dokumentieren. In Österreich gibt es aktuell mehrere Stellen, wo rechtsextreme, aber auch rassistische oder antisemitische Vorfälle gemeldet werden können. Um Mehrfacharbeit zu vermeiden und nicht alles allen Meldestellen zukommen zu lassen, lohnt es sich, darauf zu achten, wofür welche Anlaufstelle genau zuständig ist und was bezweckt werden soll. *Stoppt die Rechten* zu kontaktieren, macht vor allem dann Sinn, wenn eine Person gerne hätte, dass das eingebrachte Thema auf der Homepage dokumentiert bzw. darüber berichtet wird oder strafrechtlich relevante Angelegenheiten zur Anzeige gebracht werden sollen. Für unterschiedliche Erscheinungsformen von Rassismus hingegen ist ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus Arbeit – die ideale Anlaufstelle und für alle Angelegenheiten Antisemitismus betreffend, das Forum gegen Antisemitismus.

Hasspostings im Internet: Social Media

Sollten sich die beobachteten Vorfälle oder Äußerungen im Internet ereignet haben, gibt es folgende Möglichkeiten: Die meisten Social Media Kanäle verfügen inzwischen über eigene Meldemöglichkeiten, und so können auf Twitter, Facebook, Instagram etc. User_innen und Postings direkt im jeweiligen Netzwerk gemeldet werden. Die Meldung sollte dann vom zuständigen Netzwerk überprüft werden und idealerweise werden die gemeldeten Inhalte in weiterer Folge gelöscht. Ähnliches gilt auch für viele Internetforen. Da in der Regel relativ viel gemeldet wird, kann das leider mitunter ein bisschen dauern. Es gibt übrigens sowohl die Möglichkeit, User_innen zu melden, die mit Hasskommentaren auf sich aufmerksam machen und auch jene, die diese Botschaften verbreiten. Zudem können bei manchen Plattformen bestimmte Benutzer_innen stumm geschaltet oder blockiert werden, so dass diese nicht mehr auf das Profil der Melder_innen kommen bzw. sie nicht mehr von ihren Hasskommentaren belästigt werden. In vielen Fällen dauert die Bearbeitung

einer Meldung eher länger als mensch vielleicht erwartet. Wichtig ist dennoch, sich davon nicht abschrecken zu lassen! Eine genaue Anleitung zu den unterschiedlichen Meldemöglichkeiten findet sich ebenfalls auf *Stoppt die Rechten*; für Meldungen in den einzelnen Sozialen Medien bietet www.saferinternet.at eine gute Übersicht.

Geliebt und gehasst

Stoppt die Rechten hat sich über die Jahre hinweg hierzulande einen Namen gemacht und wird von mehreren Tausend Leser_innen täglich aufgerufen. Zudem werden die Mitarbeiter_innen der Plattform bei Veranstaltungen (Vorträgen, Workshops und Podiumsdiskussionen) sowie auch in österreichischen Tageszeitungen als Expert_innen herangezogen. So ist in der österreichischen Medienlandschaft mal von einer „antifaschistischen Homepage“ (Tiroler Tageszeitung vom 15.04.2011), einer „antifaschistischen Website“ (derstandard.at vom 02.07.2016), einer „antifaschistischen Initiative“ oder einem „Rechtsextremen-Watchblogs“ (derstandard.at vom 13.02.2016) die Rede, wenn es um *Stoppt die Rechten* geht.

Über die Jahre hinweg ist *Stoppt die Rechten* nicht ausschließlich auf positive Resonanz gestoßen. Gerade jene, die auf der Seite kritisiert werden, versuchen immer wieder, die wichtige aufklärerische Arbeit der Plattform zu diskreditieren. So sind sich beispielsweise Harald Vilimsky (OTS vom 22. März 2013), die FPÖ (OTS vom 11. Juni 2013) und unzensuriert.at (vom 9. Juni 2013) darüber einig, dass es sich bei *Stoppt die Rechten* um eine „Hetz-Seite“ handeln würde. Wolfgang Jung (FPÖ) spricht darüber hinaus in einer Presseaussendung vom 06.02.2012 von den „linken Dreckschleudern von ‚Stoppt die Rechten‘“, Karl Weidinger in der Presse (vom 29.07.2015) von der „Plattform der politisch korrekten Jagdgesellschaft ‚Stoppt die Rechten‘“ und der Blog Geheimpolitik (vom 1. März 2013) von einem „antifaschistische[n] Agitationsportal“.

Trotz dieser Diffamierungsversuche kann als Fazit festgehalten werden: Wer den Rechten derart ein Dorn im Auge ist, muss seine/ihre Arbeit wohl gut machen. Da aktuelle Prognosen leider alles andere als einen Rückgang rechter und rechtsextremer Einstellungen vorhersagen, wird *Stoppt die Rechten* leider auch in der Zukunft im Kampf gegen Rechtsextremismus von großer Bedeutung sein!

„Nicht zittern, sondern kämpfen, nichts ist umsonst.“¹

Diese Feststellung formulierte er gemeinsam mit seinem Bruder Oskar wegen ‚Vorbereitung zum Hochverrat‘ zum Tode verurteilte Rudolf Klekner in einem Kassiber an seine Mutter Maria. Sie hat nicht nur ihre beiden Söhne durch Hinrichtung im Wiener Landesgericht verloren, sondern auch ihr Mann Rudolf kam im KZ Buchenwald zu Tode.

In einer Gedenkveranstaltung im überfüllten Großen Schwurgerichtssaal des Straflandesgerichts in Wien, die am Nationalfeiertag 2016 stattfand, wurde jener Menschen (Österreicher und Österreicherinnen) gedacht, die wegen ihres Widerstandes gegen das mörderische NS-Regime zum Tode verurteilt und ermordet wurden. Diese Menschen, die im vollen Bewusstsein und Kraft ihrer politischen Einsicht Widerstand leisteten, zu zeigen, ist Aufgabe des vierbändigen Buches „Mein Kopf wird euch auch nicht retten...“, des Buches über die Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof „Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“ und war auch Aufgabe dieser Veranstaltung, an der zahlreiche Angehörige (darunter auch Kinder) der Hingerichteten teilnahmen.

In „Mein Kopf wird euch auch nicht retten“ werden auf 2225 Seiten von 170 dieser Opfer neben kurzen Biografien nahezu 2000 Korrespondenzen und Kassiber wiedergegeben, in denen sich nicht nur ihre letzte für viele qualvolle Lebensphase, sondern auch ihr Humanismus und die Sorge um ihre Familien und Angehörigen widerspiegelt.

1 Aus: Lisl Rizy/Willi Weinert: „Mein Kopf wird euch nicht retten“. Korrespondenzen österreichischer WiderstandskämpferInnen aus der Haft. 4 Bde, 2225 Seiten. (mehr als 1000 Abb. und Fotos), Wien 2016.
Willi Weinert: „Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“. Biografien der im Wiener Landesgericht hingerichteten WiderstandskämpferInnen. Ein Führer durch die Nationale Gedenkstätte der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof, und zu den Opfergräbern auf Wiens Friedhöfen. 375 Seiten, (mehr als 700 Abb. und Fotos). Wien 2015.

Auch wenn das so genannte Opferfürsorgegesetz die Funktion hatte, nach 1945 einerseits den überlebenden Opfern, andererseits deren Hinterbliebenen eine bescheidene Abgeltung ihres durch das NS-Regime verursachten Leids angedeihen ließ, wurde ihnen vom ‚offiziellen‘ Österreich nicht jene Würdigung zuteil, die ihnen hätte zukommen müssen. Im Gegenteil, in einem nicht kleinen Teil der durch die Nazipropaganda „verseuchten“ Gehirne wurden sie als ‚Vaterlandsverräter‘ denunziert, die den (‘gegen den Bolschewismus‘) kämpfenden Soldaten ‚in den Rücken gefallen‘ sind. Es waren genau jene Vorwürfe, die in den Urteilen gegen sie von den NS-Richtern formuliert wurden.

Gerade dieses Bewusstsein der notwendigen Widerständigkeit – befördert mit dem nach 1945 etablierten Kalten Krieg, der den antifaschistischen Widerstandskampf als überwiegend kommunistisch fundiert sah – war diesem offiziellen Österreich suspekt.

Aber der Widerstandskampf steht im Einklang mit der historischen Wahrheit – die Bekämpfung des Mörderregimes war zutiefst den humanistischen Zielen verpflichtet, entsprach der wenn auch nicht von der Mehrheit verstandenen Notwendigkeit der Wiederherstellung grundlegender demokratischer Strukturen im von den Nationalsozialisten besetzten Österreich. Diese Überzeugung verband WiderstandskämpferInnen, die aus unterschiedlicher Weltansicht und mit unterschiedlichen Mitteln agierten.

Die Schuld eines Systems, einer Ideologie, nicht eines unerklärbaren Bösen.

Über die Zeit des Faschismus wurde lange geschwiegen, in den staatlichen Gremien, in den Medien etc. Es dauerte ein Vierteljahrhundert, bis über den Widerstand in Österreich geschrieben und geredet werden konnte und er letztlich auch in die Schulbücher Eingang fand. Doch in den letzten Jahrzehnten wurde immer stärker die allein rassistisch motivierte Verfolgung von Menschen, vor allem die der Juden in den Vordergrund gestellt, weil sie die Beschäftigung mit dem politischen System zum Großteil erließ und damit das „Böse“ als Erklärung dominieren konnte. Der Nazifaschismus wird und wurde hauptsächlich auf die Verfolgung und Ermordung der Juden reduziert.

Die Beschäftigung und Darstellung des politischen Widerstandes blieb ein, salopp gesagt, ‚Minderheitenprogramm‘ und erreichte kaum das Bewusstsein breiter Schichten in Österreich. Wenn von Opfern aus dieser Zeit geredet oder geschrieben wurde und wird, dann werden eben nahezu ausschließlich die Opfer des NS-Rassenwahns verstanden.

Der Massenmord wird zum Judenmord, zum kaum erklärbaren Holocaust; andere Opfer werden mehr oder weniger negiert: Das System des Faschismus wird dabei zum scheinbar nicht erklärbaren Bösen reduziert und auch der Neofaschismus etc. verharmlost.

Dahinter steht, was der Widerstandskämpfer und Jurist Eduard Rabofsky (sein Bruder Alfred wurde als Widerstandskämpfer geköpft) vor Jahrzehnten formulierte, dass nämlich die primäre Beschäftigung mit den Opfern des rassistisch motivierten Mordes, der sich letztlich einer Erklärung entzieht, die Beschäftigung mit dem Aufstieg und der Funktion des Nazifaschismus in den Hintergrund treten lässt.

Der Begriff Holocaust steht bereits als Synonym für jegliche Gräueltaten der Nazis, ob es sich um die Vernichtung der Juden, um die millionenfache Vernichtung von Sowjetbürgern und Menschen anderer Staaten und Völker oder um die massenhafte Vernichtung von „Zigeunern“ handelt, für die die NS-Rassenideologie den Begriff Untermenschen kreiert hatte.

Der österreichische Staat verschwand, aber es gab Widerstand

Dem Buch „Mein Kopf wird euch auch nicht retten ...“ ging das Buch „Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“ voraus, das sich mit den in der Gruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofs beerdigten WiderstandskämpferInnen beschäftigt und einen Führer durch dieses Gräberfeld darstellt. Auch darin wird der gemordeten Menschen des österreichischen, politischen Widerstandes gedacht. Nach der Hinrichtung im Wiener Landesgericht wurden ihre Leichen, nach ihrer Verwertung am Anatomischen Institut der Universität Wien, dort beerdigt.

So wie die Hinrichtungen mehrheitlich geheim erfolgten (die Angehörigen erhielten erst nach geraumer Zeit, oft erst auf Nachfra-

ge, die Verständigung über den ‚Vollzug des Urteils‘), war auch die Beerdigung ihrer Überreste‘ geheim, weil man mögliche damit verbundene (antinazistische) Manifestationen unterbinden wollte. Mit wenigen Ausnahmen erfuhren die Angehörigen der Ermordeten erst nach der Befreiung 1945, dass deren ‚letzte Ruhestätte‘ sich in der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof befindet.

Durch Kurzbiografien, in den meisten Fällen mit Porträtfotos, wird in den Büchern den KämpferInnen ein Gesicht gegeben und durch Dokumente etc. ihr Widerstand sichtbar gemacht. Das Buch, das sich mit einem der zentralen Erinnerungsorte der ‚Topografie des NS-Terrors‘ in Wien beschäftigt, stellt das bislang umfangreichste Nachschlagewerk zu österreichischen WiderstandskämpferInnen dar. Etwa drei Viertel aller durch den NS-Volksgerichtshof in einem Hochverratsprozess zum Tode verurteilten ÖsterreicherInnen werden darin erfasst.

„Mein Kopf wird euch auch nicht retten ...“ ist der Titel des daran anschließenden Buches, das seinen Titel ... aus der protokollierten Aussage des zum Tode verurteilten Widerstandskämpfers Franz Strohmayer ableitet. Er formulierte diesen Satz, als der Vertreter der Anklagebehörde ihm wenig Augenblicke vor seiner Hinrichtung mitteilte, dass sein Gnadengesuch abgelehnt wurde und das Urteil jetzt vollstreckt werde.

Beide Bücher sollen dazu beitragen, das Andenken an diese Menschen wach zu halten, die einer brutalen, schier unbezwingbaren Diktatur Widerstand leisteten und als kampffenschlossene Minderheit den richtigen Weg beschritten. Wenn ihr Wirken auch nicht massenwirksam wurde, so repräsentieren sie doch das bessere Österreich. Sie kontrastieren positiv das Bild der Totengräber der Republik Österreich, wie dekorierte Kampfflieger, österreichische SS-Offiziere, KZ-AufseherInnen, Blutjuristen, also der Handlanger und MitläuferInnen des Nazifaschismus.

Wenn seit geraumer Zeit der Begriff ‚Opferthese‘ im Gespräch ist, und man meinen könnte, dass es im einschlägigen Diskurs zur ‚political correctness‘ gehört, diese Kollektivschuld-Doktrin bei jeder Gelegenheit im Munde zu führen, so sind beide Bücher als schlagendes Argument dagegen zu lesen.

Der Begriff ‚Opferthese‘, der offensichtlich von einer selbstgerechten, nur scheinbar ‚kritischen‘ Nachgeborengeneration be-

nutzt wird – so als hätten sie gerade als erste ‚entdeckt‘, dass es in Österreich vor und nach 1938 viele Menschen gab, die den Nazifaschismus unterstützten und nach 1945 welche so taten, als wäre nichts gewesen – wird durch die Darstellung des aktiven Widerstands konkreter ÖsterreicherInnen widerlegt.

Wenn die Propagandisten dieser Doktrin behaupten, dass sich Österreich nach 1945 das Mäntelchen des ‚Opfers‘ umgehängt und es sich in der ‚Opferrolle‘ gemütlich gemacht hätte, um so von seiner ‚Täterrolle‘ vor 1945, also seiner Mittäterschaft am NS-Regime abzulenken, so übersehen sie geflissentlich das Wirken dieser Österreicher und Österreicherinnen, deren ‚Blutzoll‘ für immer einen Teil des Fundaments des wiedererstandenen Österreichs von 1945 darstellen wird.

Wer sich nämlich nicht mit gefälligen Verallgemeinerungen zufrieden gibt, muss sich die Frage stellen:

Was heißt denn da Österreich, was und wer ist damit gemeint? Und man merkt, dass dieser Behauptung eine unzulässige Verkürzung zugrunde liegt, mehr noch, ein Leugnen der Tatsache, dass Österreich de facto 1938 (das erste) Opfer Hitlerdeutschlands war.

Wieso wird da die Phrase eines ‚Täterstaates‘ strapaziert, wenn es nach der Annexion 1938 den Staat Österreich als handelndes, staatliches Subjekt nicht mehr gegeben hat? Wie kann ein nicht mehr existierender Staat Mitschuld an Naziverbrechen gehabt haben, wie der Kern dieser These behauptet? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass mit dieser Behauptung einer kollektiven, also einer nicht eingrenzbaaren Schuldzuschreibung, von der individuell festzumachenden, also eingrenzbarer Schuld abgelenkt werden soll.

Wenn in den beiden hier besprochenen Büchern der Widerstandskämpferinnen gedacht wird, von denen Hunderte im Wiener Landesgericht hingerichtet wurden, so sind gerade sie es, die diese kollektive Täterthese ad absurdum führen.

Mehr noch, es waren nach 1945 abertausende ÖsterreicherInnen, die sich sehr wohl zugutehalten konnten, vor 1945 gegen den Faschismus gekämpft zu haben und die nach 1945 ebenso immer wieder gegen die Altnazis und gegen den Neofaschismus aufgetreten sind und berechtigter Weise stolz sein können, dass sie gegen den Nazifaschismus gekämpft haben. Sie brauchen sich nicht durch eine konstruierte Opferdoktrin verleumden zu lassen.

Der hingerichtete Straßenbahner Rudolf Sturm – dreißigjährig (9.8.1913 – 13.4.1943) – formulierte in einem Kassiber den Gedanken:

„Man wird einmal erzählen, schreiben und viele andere Sachen tun, um das Andenken jener Opfer wachzuhalten, die notwendig waren. Später wird es Gewohnheit und darüber hinaus vergessen. Wer denkt heute noch an die Märzgefallenen von 1848, wer an die Opfer von 1918, wer an den 15. Juli 1927, an den Februar 1934, wer frage ich?“

Nach gut zwei Generationen, kann leider gesagt werden, dass schon der erste Satz nie eingetroffen ist: „Man wird einmal erzählen, schreiben und viele andere Sachen tun, um das Andenken jener Opfer wach zu halten, die notwendig waren.“ In keiner Phase der österreichischen Nachkriegsgeschichte wurde Gebührendes, schon gar nicht Ausreichendes getan, „um das Andenken an die Opfer wachzuhalten“. Nein, es war und ist nur ein kleiner Kreis von Antifaschisten, der der Opfer dieser Zeit gedachte und gedenkt und dem Vergessen und neuen Anfängen entgegenzuwirken versucht.

Wehret den Anfängen!

Die beiden Bücher sind dem Versuch verpflichtet, das Andenken an die Menschen im Widerstand wachzuhalten. Interessierten Nachgeborenen, die sich über diese Zeit und ihre Menschen informieren wollen, wird die Möglichkeit geboten, ihr Wissen um den Kampf gegen den Nazifaschismus zu erweitern. Vor allem aber sich zu informieren über die ermordeten Menschen, deren Charakterstärke, Geradlinigkeit und Weltsicht sie aktiv gegen das NS-Regime vorbehaltslos kämpfen ließ.

Die Autoren möchten an ihrem Beispiel die Notwendigkeit der bewussten Widerständigkeit vor Augen führen – damals und jederzeit.

Das Webportal „zurerinnerung.at“ hat unter dem Motto „Geschichte schreiben, Erinnerungen sichern und bewahren“ damit begonnen, Biografien von in der Gruppe 40 beerdigten WiderstandskämpferInnen online zugänglich zu machen. Ergänzend dazu werden kontinuierlich an den Gedenksteinen in der Gruppe 40 Plaketten mit einem QR-Code angebracht, die – mit Hilfe eines Smartphone – gelesen, es den Besuchern ermöglichen, weitere Informationen zu den jeweiligen Personen vor Ort abzurufen.



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung
Drechslergasse 42, 1140 Wien

Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT wurde im Herbst 1993 gegründet. Sie ist benannt nach Alfred Klahr (1904–1944), Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs und Opfer des Faschismus, der in seinen Schriften 1937/38 die Herausbildung einer eigenständigen österreichischen Nation marxistisch begründete und damit einen entscheidenden Beitrag zur Fundierung des Widerstandskampfes gegen die deutsch-faschistische Fremdherrschaft sowie zur Wiederherstellung der demokratischen Republik Österreich am 27. April 1945 leistete.

Die von der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT herausgegebenen „Mitteilungen“ beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit der Geschichte der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung, darunter auch zahlreiche Beiträge über die Auswirkungen der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 auf Österreich und die österreichische Revolution des Jahres 1918.



Die „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ erscheinen vierteljährlich im Umfang von 32 bis 40 Seiten.

Ein Jahresabo kostet

5 Euro (inkl. Versandkosten).

Kostenlose Probeexemplare können unter

klahr.gesellschaft@aon.at bestellt werden.

Bisherige Jahrgänge sind im Volltext unter
www.klahrgesellschaft.at/Jahrgaenge.html abrufbar.

DOW

■ ■ Dokumentationsarchiv
des österreichischen
Widerstandes

ARCHIV
BIBLIOTHEK
MUSEUM
VERANSTALTUNGEN

Altes Rathaus, Wipplingerstraße 6–8,
1010 Wien, Eingang im Hof

T: +43 1 22 89 469 - 319 | E-Mail: office@doew.at
Web: www.doew.at

Öffnungszeiten

Archiv und Bibliothek: Montag bis Donnerstag 9 bis 17 Uhr

Ausstellung: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 9 bis 17 Uhr,
Donnerstag 9 bis 19 Uhr

Eintritt frei! Anmeldung für kostenlose Führungen:
T: +43 1 22 89 469 - 319 | E-Mail: office@doew.at

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes ist Erinnerungsort und Museum, Forschungsstätte, Begegnungsort, Beratungsstelle und Archiv. Es wurde 1963 gegründet und ist seit 1983 eine Stiftung der Republik Österreich und der Stadt Wien.

Inhaltliche Schwerpunkte sind Widerstand und Verfolgung, Holocaust, Roma und Sinti, Exil, Medizin und Biopolitik im Nationalsozialismus, NS- und Nachkriegsjustiz, Rechtsextremismus, Restitution und Entschädigungen nach 1845.

Drei Dauerausstellungen des DÖW beschäftigen sich mit den Ereignissen in der NS-Zeit vor allem auf dem Gebiet des ehemaligen Österreich:

- Die Dauerausstellung im Alten Rathaus zeigt die Vorgeschichte des Nationalsozialismus ebenso wie Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nach 1945.
- Die Gedenkstätte für die Opfer der Gestapo Wien erinnert in der Saltorgasse 6 an die Opfer des NS-Terrors und thematisiert gleichzeitig die Täter.
- Die Gedenkstätte Steinhof im Otto Wagner-Spital beherbergt die Ausstellung „Der Krieg gegen die ‚Minderwertigen‘. Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien.“

Autor_innenverzeichnis

Gudrun Blohberger, Pädagogische Leiterin an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und Vorstandsmitglied des Društvo/Vereins Peršman

Eva Borst, Professorin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Mainz

Lisa Bolyos arbeitet für die Straßenzeitung Augustin und ist in der Sezoniери-Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen aktiv. www.sezonieri.at

Judith Goetz, Literatur- und Politikwissenschaftlerin, Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (www.fipu.at) sowie des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus, bis September 2017 Mitarbeiterin des Projekts *Stoppt die Rechten*

Melanie Groß, Professorin für Erziehung und Bildung mit dem Schwerpunkt Jugendarbeit, Fachhochschule Kiel für Angewandte Wissenschaften

Erich Hackl, Schriftsteller, Wien und Madrid

Daniela Koweindl, aktiv in der Sezoniери-Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen. www.sezonieri.at

Peter Malina, Historiker, Wien

Elke Renner war AHS-Lehrerin und Lehrbeauftragte für Politische Bildung

Erwin Riess schreibt Stücke, kultur/politische Essays und erzählende Prosa, zuletzt „Herr Groll und die Stromschnellen des Tiber“, Roman 2017 und seit 15 Jahren die Kolumne „Herr Groll auf Reisen“ in der Straßenzeitung Augustin

Michael Rittberger, Integrationslehrer i. R., Promotion in Erziehungswissenschaft

Lisl Rzyz, Soziologin, Wien

Conrad Schuhler, Vorsitzender des isw – Institut für sozio-ökologische Wirtschaftsforschung, München

Sonja Waldgruber, Produktionsentwicklerin und -managerin, Business Analyst

Herbert Waloschek war Abteilungsleiter in einer Großbank im Bereich Organisation und Informationstechnologie

Willi Weinert, Historiker, Wien

LIEFERBARE TITEL

Nr. Titel	Preis		Preis
87 Umwelterziehung	€ 8,70	126 Leben am Rand	€ 14,00
88 Lehren und Lernen fremder Sprachen	€ 8,70	127 Führe mich sanft Beratung, Coaching & Co.	€ 14,00
89 Hauptfach Werkerziehung	€ 8,70	128 Technik-weiblich!	€ 14,00
90 Macht in der Schule	€ 8,70	129 Eine andere Erste Republik	€ 14,00
92 Globalisierung, Regionalisierung, Ethnisierung	€ 10,90	130 Zur Kritik der neuen Lernformen	€ 14,00
93 Ethikunterricht	€ 8,70	131 Alphabetisierung	€ 14,00
94 Behinderung. Integration in der Schule	€ 10,90	132 Sozialarbeit	€ 14,00
95 Lebensfach Musik	€ 10,90	133 Privatisierung des österr. Bildungssystems	€ 14,00
96 Schulentwicklung	€ 10,90	134 Emanzipatorische (Volks)Bildungskonzepte	€ 14,00
97 Leibeserziehung	€ 12,40	135 Dazugehören oder nicht?	€ 14,00
98 Alternative Leistungsbeurteilung	€ 11,60	136 Bildungsqualität	€ 14,00
99 Neue Medien I	€ 11,60	137 Bildungspolitik in den Gewerkschaften	€ 14,00
100 Neue Medien II	€ 10,90	138 Jugendarbeitslosigkeit	€ 14,00
101 Friedenskultur	€ 10,90	139 Uniland ist abgebrannt	€ 14,00
102 Gesamtschule – 25 Jahre schulheft	€ 10,90	140 Krisen und Kriege	€ 14,00
103 Esoterik im Bildungsbereich	€ 10,90	141 Methodische Leckerbissen	€ 14,00
104 Geschlechtergrenzen überschreiten	€ 10,90	142 Bourdieu	€ 14,00
105 Die Mühen der Erinnerung Band 1	€ 10,90	143 Schriftspracherwerb	€ 14,00
106 Die Mühen der Erinnerung Band 2	€ 10,90	144 LehrerInnenbildung	€ 14,00
107 Mahlzeit? Ernährung	€ 10,90	145 EU und Bildungspolitik	€ 14,00
108 LehrerInnenbildung	€ 11,60	146 Problem Rechtschreibung	€ 14,00
109 Begabung	€ 11,60	147 Jugendkultur	€ 14,00
110 leben – lesen – erzählen	€ 11,60	148 Lebenslanges Lernen	€ 14,00
111 Auf dem Weg – Kunst- und Kulturvermittlung	€ 11,60	149 Basisbildung	€ 14,50
112 Schwarz-blaues Reformsparen	€ 8,70	150 Technische Bildung	€ 14,50
113 Wa(h)re Bildung	€ 14,00	151 Schulsprachen	€ 14,50
114 Integration?	€ 14,00	152 Bildung und Emanzipation	€ 14,50
115 Roma und Sinti	€ 14,00	153 Politische Bildung	€ 15,00
116 Pädagogisierung	€ 14,00	154 Bildung und Ungleichheit	€ 15,00
117 Aufrüstung u. Sozialabbau	€ 14,00	155 Elternsprechtag	€ 15,00
118 Kontrollgesellschaft und Schule	€ 14,00	156 Weiterbildung?	€ 15,00
119 Religiöser Fundamentalismus	€ 14,00	157 Bildungsdünkel	€ 15,50
120 2005 Revisited	€ 14,00	158 Linke Positionen	€ 15,50
121 Erinnerungskultur – Mauthausen	€ 14,00	159 Bildungsanlass Erster Weltkrieg	€ 15,50
122 Gendermainstreaming	€ 14,00	160 Das Ende der Schule	€ 15,50
123 Soziale Ungleichheit	€ 14,00	161 Österreich und der EU-Bildungsraum	€ 16,00
124 Biologismus – Rassismus	€ 14,00	162 Neue Mittelschule	€ 16,00
125 Verfrühpädagogisierung	€ 14,00	163 Schulmöbel	€ 16,00
		164 Demokratisierung	€ 16,50
		165 Strategien für Zwischenräume	€ 16,50
		166 Lehrer/innenhandeln wirkt	€ 16,50
		In Vorbereitung	
		168 Chancenindex	€ 16,50

